

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. Juni 1911

9. Heft

Friedrich Austerlitz: Wir und die Freiheitlichen

Am 14. Mai war im Jahre 1907 der Hauptwahltag. Am 15. Mai trat die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie zusammen und fasste über das Verhalten bei den Stichwahlen den Beschluss: Wir werden in erster Linie überall, wo wir können, gegen den Klerikalen, gegen den Christlichsozialen entscheiden, ganz gleichgültig, welche Parteibezeichnung sein Gegner trägt. Der Schwarze ist für uns in allen Fällen das grössere Uebel. Diese Grundsätze stellen wir ohne jede Rücksicht auf Gegenleistung auf und werden überall frei und selbständig so vorgehen, wie es nach unserer Ueberzeugung die proletarischen und freiheitlichen Interessen vorschreiben. Und diese Parole ist getreulich befolgt worden; nicht weniger als zwanzig Deutschfreiheitliche sind mit sozialdemokratischer Hilfe in den Stichwahlen gewählt worden. Mit einer einzigen Ausnahme wurde mit unserer Hilfe allen Freiheitlichen das Mandat gerettet, das von Christlichsozialen bedrängt war, und die einzige Ausnahme (Wels), wo der Christlichsoziale siegte, haben nicht wir verschuldet. Dort stand der Volksparteiler Holter in sehr schlechter Stichwahl (Holter 2193, Zaunegger 3793, der Sozialdemokrat 1866 Stimmen); überdies erklärte Herr Holter am Tage nach der Hauptwahl bei der Bezirkshauptmannschaft, dass er von der Kandidatur zurücktrete, was natürlich die bürgerlichen Wähler vollständig desorganisierte. Trotzdem erhielt er bei der Stichwahl 3869 Stimmen und der Christlichsoziale siegte nur mit 102 Stimmen Majorität (mit 3971 Stimmen); es hatten also auch hier die Sozialdemokraten, obwohl der freiheitliche Kandidat die Sache selbst verloren gab, ihre Pflicht voll erfüllt, gingen auch noch für den flüchtenden Freiheitlichen vollzählig zur Wahl. Ueberhaupt darf man sagen, dass die Sozialdemokraten in den 1907er Stichwahlen die Sache der Freiheitlichen zu ihrer eigenen gemacht haben, für die freiheitlichen Stichwahlkandidaten mit dem gleichen Elan gefochten haben wie für ihre eigenen, die sozialdemokratischen. Und sie haben auch unter den Kandidaten keine Ausnahme gemacht; wer als freiheitlicher Kandidat aufgetreten war und mit einem Schwarzen in Stichwahl stand, war ihrer rückhaltslosen Unterstützung sicher. So erschien die Aufforderung, für den seither zu den berüchtigtesten Sozialistenfressern emporgediehenen Herrn Weidenhoffer in der Stichwahl zu stimmen, ganz in derselben Art wie die Aufforderung für die sozialdemokratischen: „Alle Mann an Bord und jeder tue seine Pflicht!“ hiess es am Tage der Stichwahl, in dem Aufruf der „Arbeiter-Zeitung“, genau so wie für Pernerstorfer für den Dr. Weidenhoffer! Und es war weiss Gott keine platonische Unterstützung, vielmehr eine höchst reale; Herrn Weidenhoffer, der mit 2904 eigenen Stimmen in die Stichwahl gekommen war, wurden nicht weniger als 2159 sozialdemokratische Stimmen zugeführt, so dass er, der in der Hauptwahl hinter seinem christlichsozialen Konkurrenten zurückgeblieben war, ihn dann in der Stichwahl um 2030 Stimmen überholen konnte. Diese werktätige Hilfe ist den Freiheitlichen auch später nicht versagt worden; zum Exempel hätten die Freiheitlichen das Mandat nach dem verstorbenen Grafen Kolowrat (Plan-Land) nie behaupten können, wenn die Sozialdemokraten nicht mit wahrer Todesverachtung für den Herrn Josef Mayer wählen gegangen wären. Die in der sozialdemokratischen Stichwahlparole niedergelegtem Grundsätze sind von uns immer und vollständig gehalten worden. Wir haben nie nach links, immer nur nach rechts geschaut und der dort stand, der Schwarze, erschien uns als das grössere Uebel, das abzuwenden wir nicht schwankten.

Nichts selbstverständlicher, als dass wir uns darin nicht geändert, unsere Auffassung von dem schweren Uebel des Klerikalismus nicht verändert oder aufgegeben haben. Darüber braucht man auch keine Beweise zu häufen; wer die deutschösterreichische Sozialdemokratie kennt und ihre Wirksamkeit, in welcher Zeit immer, beobachtet hat, der weiss auch, dass sie die Partei ist, die in Oesterreich gegen den in dem Staate der Gegenreformation doppelt gefährlichen Klerikalismus immer auf der Wacht stand, und dass das Zurückdrängen der schwarzen Macht vornehmlich das Werk ihrer Energie ist. Aber wohl fangen wir in der Ueberzeugung zu schwanken an, ob jene Deutschfreiheitlichen, die wir im Parlament gesehen haben, den Ehrennamen, den sie tragen, überhaupt noch verdienen, und beginnen, was noch wichtiger ist, zu zweifeln, ob die traurige Spielart des bürgerlichen Freisinns, wie sie in vielen der Nationalverbänder, bei denen die nationale Flagge die schlimmste Konterbande decken muss, verkörpert ist, von welchem Gesichtspunkt immer die Wertung als kleineres Uebel noch aushält. Just nach der „Parteibezeichnung“, die der Gegner des Christlichsozialen trägt, werden wir nicht fragen; wohl aber werden wir uns die Leute, die wir als das „kleinere Uebel“ erachten sollen, immer genau darauf besehen, ob sie wirklich das kleinere Uebel sind. Hoffentlich werden viele von den Nationalverbändlern die Prüfung auf ihre Freiheitlichkeit auch bestehen; niemand wünscht es sehnlicher als wie die Sozialdemokratie, die sich darüber keiner Täuschung hingibt, dass zur Bewältigung der freiheitlichen Aufgaben, vor die uns das schwarzgelbe Oesterreich stellt, auch auf geraume Zeit die Mitwirkung des Bürgertums nicht zu missen ist, ja geradezu ein Zusammenwirken zwischen dem fortgeschrittenen Bürgertum und dem Proletariat nötig sei. Aber die blosser „Bezeichnung“ als Freiheitliche wird es nimmer tun, und der schleissigen Fahne des Nationalverbandes ohne Prüfung und Wahl zu folgen, werden wir uns ernstlich bedenken müssen.

Denn diese Fahne, die den bürgerlichen Wählern als ein Ehrenpanier vorgetragen wird — aber sie werden sich, wenn sie erst hinter die Kulissen dieses „Verbandes“ gesehen haben werden, rasch verlaufen — wird das Proletariat als Freiheitsfahne keineswegs gelten lassen. Sie möchten in den Wahlen wieder von den zwei „Weltanschauungen“ reden, als welche eine wir den National-, als welche andere wir den Christlichsozialen Verband glauben sollen, und beteuern nun mit dem durch die Wahlfurcht geschärften Eifer, dass zwischen diesen zwei „Weltanschauungen“ die „Kluft“ unüberbrückbar sei. Und hoffen, dass man ihnen das glauben werde, nachdem man sie dreieinhalb Jahre im trauesten Verein gesehen hat und die berühmten zwei Weltanschauungen in der holden Bienentherei so restlos aufgegangen sind! Hoffen, dass man ihnen das glauben werde, obwohl sie als Ziel des Wahlkampfes die Vergrösserung und Verfestigung des „deutschen Blockes“ erklären und hinter den aufgedonnerten Worten ihrer Wahlaufufe nichts steckt als die Werbung für die Bienentherei! Sie waren mit den Christlichsozialen vereinigt und verbunden, und werden es, nach den Wahlen und in aller Zukunft, noch inniger sein: wo bleibt da der weltengrosse Gegensatz? Man sage nicht, dass die „Weltanschauung“ mit dem „Block“ nichts zu schaffen habe, dass sie unversehrt bleibe, wengleich sich die Freiheitlichen aus allgemein staatlichen und aus nationalen Gründen zu der Arbeitsmehrheit für den Tagesbedarf verstehen mussten und verstanden haben. Selbst wenn es so wäre, wie es jene Deutschfreiheitlichen, denen sich ob der Verbrüderung mit den Schwarzen doch hie und da das Gewissen regt, unausgesetzt beteuern: dass nämlich die freiheitliche Intimität mit den Christlichsozialen für die freiheitlichen Ueberzeugungen nichts bedeute, sie nicht antaste oder reduziere, so müsste sich jene „Freiheitlichkeit“ doch neben der Werktagsarbeit einer Regierungsmehrheit einmal zeigen, irgendwie bemerkbar machen, müsste, wenn sie den Verdacht nicht heraufbeschwören will, dass sie verschwunden sei, doch nach Betätigung verlangen; aber man weise uns durch die ganze Bienentherei hindurch, die ja auch weiter das freiheitliche Idol sein soll, auch nur die bescheidenste Sache, die zeige, dass die Freiheitlichen noch existieren! Haben die Freiheitlichen, die über die „Einseitigkeit“ der Sozialdemokraten so lebhaft zu zetern wissen, jemals irgendwelche Fühlung mit den Sozialdemokraten gesucht, denen das Prädikat einer freiheitlichen Partei kein Zurechnungsfähiger abstreiten wird? Es ist eben einfach nicht wahr, dass die Freiheitlichen

mit den Christlichsozialen nur für die nationale Abwehr, nur für die Bewältigung der parlamentarischen Aufgaben verbunden wären; wahr ist, dass sie dafür, dass die Schwarzen nationales Bewusstsein posieren, einen ganz erklecklichen Kaufpreis zahlen: den Verzicht auf den Ausbau des modernen Staates, den Verzicht auf jede Tat, die den Prozess der Entklerikalisierung Oesterreichs fortführen würde. Sie sollten es nur probieren, etwa die Ehereform oder die Feuerbestattung ernstlich zu betreiben; sie würden schon erfahren, was es heisst, mit den Schwarzen Bundesgenossenschaft zu halten! Sie können es gar nicht mehr probieren — was sich fasslich in dem willenslosen Erdulden des schändenden Stürgkh-Regimes zeigt: weil die Intimität mit den Klerikalen ihr freiheitliches Bewusstsein angefressen und zerfressen und sie innerlich schon längst zu Halb- und Ganzklerikalen gemacht hat! Nichts also selbstverständlicher, als dass man nun auch gegen diese „Freiheitlichkeit“ misstrauisch wird und bei vielen Dutzenden dieser so beschaffenen Freiheitlichen vergeblich darnach forscht, wodurch sie sich die Qualität als geringeres Uebel erworben haben sollen.

Aber das ist natürlich nicht das Entscheidende, denn zum Schlusse bliebe doch die Erwägung, dass selbst die Ganzgrauen noch nicht so schwarz seien, wie die Ganzschwarzen. Für uns noch wichtiger ist die Frage, wie es sonst um die Freiheitlichkeit der Freiheitlichen bestellt sei. Die Frage des Klerikalismus und Nichtklerikalismus oder Antiklerikalismus ist in jedem modernen Staate ungemein wichtig, und in einem Staate, wie es Oesterreich ist, kommt ihr ohne Zweifel eine noch grössere Bedeutung zu. Aber erschöpft, wie es sich die guten Freiheitlichen einbilden möchten, ist der Begriff einer modernen, bürgerlich-freisinnigen Partei mit einer paar gelegentlichen, rein platonischen und immer zaghafter werdenden antiklerikalen Redensarten natürlich nicht. Wenigstens die Sozialdemokratie stellt sich unter dem bürgerlichen Freisinn noch etwas anderes und stellt sich darunter mehr vor, als an Freisinn in dem famosen Nationalverband verkörpert erscheint. Obwohl es nun sicherlich ungerecht wäre, über alle die Abgeordneten, die im Nationalverband vereinigt waren und über alle die Leute, die nun auf den Beitritt zum Nationalverband kandidieren, in Bausch und Bogen ein abschätziges Urteil zu sprechen, so ist es doch wieder wahr, dass sich unter ihnen eine stattliche Zahl, weitaus die Mehrheit, befindet, die zu den gehässigsten, zu den geschwornen Feinden aller Bestrebungen der Arbeiterklasse gehören und deren ganzer Habitus ein solcher ist, dass sie im normalen Staat, zum Beispiel im Deutschen Reich, als die Inkarnation der Rückwärtseri erkannt werden würden. Vor allem hat in dem Nationalverband auch der skrupelloseste Agrarismus seinen Sitz; die ganze deutsche Agrarpartei, die ja auch, was die reine „Freiheitlichkeit“ betrifft, eine höchst fragwürdige Erscheinung ist, ist auf die dummfreche Hohenblumerei eingeschworen. Nicht bloss, dass ihr ganzes Programm der Lebensmittelwucher ist — die deutschen Agrarier hassen ganz direkt die Arbeiter und geben ihrem Hasse auch ungescheut Ausdruck; ihr Verhältnis zu der grossen Bewegung, die in der Sozialdemokratie verkörpert ist, ist kein anderes wie etwa das der preussischen Junker, wie ja auch die Zügellosigkeit ihrer Sprache gegenüber der Sozialdemokratie hinter den Ausbrüchen des infernalisches Hasses der Junkerkaste gegenüber der Arbeiterpartei nicht zurückbleibt. Aber der Hass gegen die Sozialdemokratie wird nun überhaupt das Wesensmerkmal der allermeisten Nationalverbändler, voran der Deutschradikalen, die ja gar nichts anderes sein wollen als wie brutale Scharfmacher; allmählich aber aller dieser sogenannten Freiheitlichen, unter denen die paar halbwegs sozialpolitisch denkenden Elemente immer mehr die kümmerlichen Fettaggen auf der freiheitlichen Bettelsuppe werden. Sie alle konspirieren mit den Ausbeutern, werden immer deutlicher ihre mehr minder bezahlten Agenten, für sie und von ihnen werden die gelben Schandgewerkschaften gegründet, die in der auf den Verrat dressierten „nationalen“ Arbeiterpartei ihre politische Fortsetzung finden; alles an ihnen, ihr Denken und Reden, ihr Handeln und Unterlassen, alles atmet einen wahrhaft tückischen, vor keinem Mittel zurückschreckenden, aller moralischen Schranken spottenden Hass gegen die Sozialdemokratie; jede ihrer Lebensäusserungen ist von dieser blindwütigen Wut geradezu durchtränkt. Sie schreien nach Ausnahmsgesetzen gegen die Arbeiter (denn ein Streikgesetz nach ihrem Ebenbild wäre die komplette Rechtloserklärung der Arbeiter), sie sind die verbissensten Gegner jeder

echten Sozialpolitik, die Feinde des demokratischen Fortschrittes, wenn er auch der Arbeiterschaft zugute kommt (man denke nur an den böswilligen Widerstand, den sie in allen Ländern und Kommunen der Erweiterung des Wahlrechtes entgegensetzen); alles, was in zivilisierten Staaten den Begriff des bürgerlichen Freisinnes bildet und ergibt, fehlt ihnen, und alles, was in Kulturstaaten als fluchwürdig reaktionäre Gesinnung angesehen und gebrandmarkt wird, eignet ihnen. Es gibt keines der Laster der Christlichsozialen, die man früher als spezifisch christlichsoziale Laster betrachtete, das sie nicht getreulich nachahmen und nachmachen würden: von der Fälschung der Wählerlisten an bis zum Missbrauch jeglicher Amtsgewalt (jeglicher: so zum Beispiel ist die Justiz in Deutschböhmen, so wie sie sich mit der Politik kreuzt, bis ins Mark korrumpiert und überhaupt die korrupteste Klassenjustiz, die in Oesterreich angetroffen werden kann), von der gewissenlosen Verlästerung des politischen Gegners bis zu seiner bewussten persönlichen Verleumdung, wie sie nun die ganze Schriftleiterpresse erfüllt; alles, was die Christlichsozialen berüchtigt gemacht hat, üben nun mit gleicher Infamie die Freiheitlichen. Dass alle diese Schändlichkeiten im Namen der deutschen Nation geschehen, dass der Ausbeuter in der Provinz die Arbeiter bei den Wahlen zwingt und presst unter nationalen Vorwänden, dass dieses hasserfüllte Treiben das nationale Mäntelchen sich leiht: das kann für die Sozialdemokratie das Urteil über solche Freiheitliche nicht beirren. Wir könnten Dutzende und Dutzende von den Abgeordneten des Nationalverbandes anführen und fragen, was eigentlich an ihnen freiheitlich sein soll. Politisch schwärmen sie für die allerinnigste Verbindung mit den Christlichsozialen, für ein Verbünden, das schon einem Aufgehen ähnlich sieht; und sozialpolitisch, in dem Verhältnis zu den Lebensbestrebungen der Arbeiterklasse, sind sie die allerärgsten Reaktionäre. Wo sollen wir nun an ihnen etwas entdecken, das sie den Arbeitern als kleineres Uebel erscheinen liesse?

Es ist also nicht der Kampf, den die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie führen, es ist die schändliche Art dieses Kampfes, die das Verhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der deutschen Nation, von dem nicht zum wenigsten ihre politische und nationale Entwicklung abhängt, unrettbar vergiften muss. Kein vernünftiger Mensch wird erwarten, dass politische Gegensätze etwa durch Stichwahlhilfe beseitigt oder auch nur gemildert werden könnten, obwohl auch hier gesagt werden kann, dass zum Beispiel der Fall Weidenhoffer in seiner schamlosen Undankbarkeit an persönliche Ehrlosigkeit streift und in zivilisierten Staaten in dieser Krassheit einfach unmöglich wäre. Auch kann der Umstand, dass Bürgertum und Arbeiterschaft in Oesterreich auf eine geraume Zeit vor Aufgaben stehen, die nur durch gemeinsame Kraft bezwungen werden können, die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass sich für grosse und vielleicht die wichtigsten Gebiete, voran für die ganzen Sudetenländer, die Parteien des Bürgertums und die Partei des Proletariats in unversöhnlichem Wettbewerb treffen, was zur Abschwächung der Gegensätze natürlich nicht beiträgt. Sogar die Spekulation der Freiheitlichen auf Wahlhilfe von den Sozialdemokraten gegen die Christlichsozialen und von den Christlichsozialen gegen die Sozialdemokraten können wir begreifen, wengleich sie, aller scheinbaren Begründungen ungeachtet, bei den Parteien, die Feinde und Freunde der „Deutschfreiheitlichen“ zugleich sein sollen, eine Naivität voraussetzt, die sich bei politischen Parteien am wenigsten in Stichwahlnöten einstellt. Wir lächeln zwar über diese komischen Spekulanten, die, als ob das selbstverständlich wäre, annehmen und erzählen, dass die Freiheitlichen in Tirol drei Mandate gewinnen „müssen“, weil in dem einen Bezirk, wo sie den Sozialdemokraten das Mandat abzunehmen sich vorgenommen haben, die Christlichsozialen ihnen helfen werden, in dem anderen, wo die Christlichsozialen daran glauben sollen, selbstverständlich die Sozialdemokraten einspringen werden; aber wir verstehen dennoch, dass sich die Freiheitlichen einbilden, alle Parteien würden zum Schluss keine andere Sorge haben, als ihren Besitzstand zu mehren, geschehe es auch auf ihre Kosten und könnten nie auf den Einfall geraten, den Platz zwischen zwei Sesseln etwa den Freiheitlichen anzuweisen. Wir verstehen es, dass sich die Freiheitlichen einbilden, für die ganze Welt das kleinere Uebel zu sein, also für die Sozialdemokraten die freiheitliche, antiklerikale Partei vorzustellen, für die Klerikalen die bürgerliche, antisozial-

demokratische Partei abzugeben, denn eine gewisse Logik liegt darin, obwohl wir niemandem raten möchten, sich auf die „Logik“ allein zu verlassen, weil schliesslich der Selbsterhaltungstrieb in jeder Partei stärker ist als die Logik der — anderen. So wie die Freiheitlichen florieren möchten, hat ja auch lange Zeit der Freisinn in Deutschland gelebt, unter Eugen Richter davon gelebt, dass er den Sozialdemokraten als das kleinere Uebel gegenüber den Konservativen, den Konservativen als das kleinere Uebel gegenüber den Sozialdemokraten erschien; aber er hat sehr kümmerlich gelebt und die Logik des „kleineren Uebels“ ging niemals so weit, dass die reichsdeutschen Fortschrittler üppig werden konnten — wie es unseren Freiheitlichen in so hohem Masse beliebt. Aber zu politischen Erwägungen hätte man Zeit, wenn der Hauptwahlkampf vorüber: wenn eben für Stichwahlen nicht entscheidend wäre, wie der Wahlkampf geführt wird. Was wir nun in diesem Wahlkampf von seiten der Freiheitlichen erleben, übersteigt schlechthin alle Vorstellungen, die man sich über die politische Unmoral, über den Grad der geistigen und ethischen Verwahrlosung der Gegner der Sozialdemokratie in diesem anmutigen Oesterreich notgedrungen machen musste, übersteigt an Niedrigkeit der Gesinnung und persönlicher Gemeinheit alles, was in österreichischen Wahlkämpfen überhaupt erlebt wurde, selbst das, was die Wiener Arbeiter in den schlimmsten Zeiten der Luegerei, also etwa in den 1897er Wahlen, erfahren haben. In den Wiener Redaktionen redet man natürlich weiter nur von „Freiheitlichen“, als ob die Weidenhoffer und Ertl in Niederösterreich, die Seidel in Schlesien, die Knirsch und Stransky in Böhmen, als ob die losgelassene Meute dieser Verleumdergesellen urchte Nachfahren der Herbst und Plener wären und der Inbegriff aller edlen und schätzbaren Tugenden der deutschen Nation. Wer aber diesen Wahlkampf wirklich mitmacht, wem der Wutgeifer, der aus der von den Wiener Zentralstellen mit Verleumdungen gespeisten Schriftleiterpresse ins Gesicht spritzt, wer diese neuen „deutschen Männer“, gegen die selbst Verleumder- und Schimpfroutiniers vom Kaliber Franko Steins wahre Waisenknaben waren, nun gegen die Sozialdemokraten „kämpfen“ sieht: der nimmt eine wahrhaft beispiellose Entartung des deutschen Bürgertums wahr und erkennt den freiheitlichen Namen geschändet, wenn ihn solche Vertreter künden sollen. Der Sozialdemokratie nun anzusinnen, dass sie auch diese „Freiheitlichkeit“ respektieren soll und einem Verband Reverenz leisten möge, der solche Elemente zu einer traurigen Einheit verbindet, das hiesse ihr zumuten, die eigene Ehre mit Füßen zu treten. Es ist wohl schon Tollheit ohne Methode, auf der einen Seite als Lebensziel die Vernichtung der Sozialdemokratie auszuschreiben und für dieses Lebensziel jedes, aber auch jedes, selbst das schurkischeste Mittel als erlaubt anzusehen, auf der andern Seite aber dieser selben Sozialdemokratie die Verpflichtung zuzuschieben, für jenen selben Nationalverband, überall, wo seine Mannen gefährdet, ohne Zögern in die Bresche zu treten! Das ist auch keine Spekulation mehr auf unsere Naivität, das wäre schon die Spekulation auf unsere Dummheit!

Die Sozialdemokraten haben in Oesterreich von den Freiheitlichen blutwenig geheischt und gar nichts erwartet. Denn das eine, was sie begehren und erwarten, ist das, was jede Partei schon aus Selbstachtung nötig halten wird: dass der politische Kampf in anständigen Formen sich bewege, zur rohen Barbarei nicht entarte. Wenn nun der Nationalverband unfähig ist, diese primitiven Voraussetzungen auf der ganzen Linie einzuhalten und durchzuführen, wenn sich die Nationalverbändler dort, wo sie auf Stichwahlhilfe nicht zu rechnen brauchen, der sittlichen Pflichten gegen uns völlig entbunden halten, dann wird keine Berufung auf sagenhafte Weltanschauungen uns zu überzeugen vermögen, dass wir uns opfern müssen, um sie zum Gedeihen zu bringen. Sie sind gewarnt!

Engelbert Pernerstorfer: Von Schönerer bis Wolf

Mitten in der Wahlbewegung fordert mich die Redaktion des „Kampf“ auf, etwas über die Wandlungen der Schönererpartei zu schreiben. Indem ich dem Wunsch der Redaktion nachkomme, bin ich mir bewusst, nicht eine aktenmässige Darstellung geben zu können. In einer Zeit, in der ich nur ab und zu einige Stunden in meiner Wohnung verweilen kann, wo ich reichhaltiges Material über die politische Parteienentwicklung in Oesterreich während der letzten Jahrzehnte habe, in einer Zeit, in der zu einer pragmatischen Darstellung die nötige Musse durchaus mangelt, kann ich nichts anderes tun, als aus dem Born meiner Erinnerung zu schöpfen, um über Menschen und Verhältnisse zu erzählen. Was ich berichte, ist der Wahrheit gemäss und wird wohl noch einmal, vielleicht von mir selber, ausführlich mit den nötigen Belegen dargestellt werden.

Anfangs der Siebzigerjahre kam Schönerer als junger Mann ins Parlament. Er trat anfangs wesentlich als Demokrat auf. Politische und persönliche Freundschaft verband ihn bald mit den Vertretern des linken Flügels der deutschen Parteien. Es dauerte nicht lange und er nahm als einziger im österreichischen Abgeordnetenhaus eine schroffnationale, irredentistische Haltung ein. Bekannt ist sein damals, etwa 1876 oder 77 gesprochenes Wort: „Immer lauter ertönt der Ruf: Wären wir doch schon bei Deutschland!“ Dieses Wort flog von einem Ende des Reiches zum andern und fand insbesondere lauten Widerhall in der deutschen akademischen Jugend, die damals in ihrer Gesamtheit einem extremen Nationalismus huldigte. In Wien war auf der Universität der Sammelpunkt dieser deutsch-irredentistischen Stimmung der „Leseverein der deutschen Studenten“. Wegen des zitierten Wortes und wegen anderer hypernationaler Worte wurde alsbald Schönerer der Liebling der akademischen Jugend. Ein Antrag in einer Generalversammlung des Lesevereines im Jahre 1888, den Abgeordneten Schönerer zum Ehrenmitglied zu ernennen, wurde einstimmig angenommen, einige Tage darauf wurde der Leseverein wegen seiner konsequent staatsfeindlichen Tendenzen aufgelöst.

Diese Ernennung zum Ehrenmitgliede, die Schönerer durch eine Abordnung bekanntgemacht wurde, brachte uns junge Leute zum erstenmal in persönliche Berührung mit ihm. Trotz der chauvinistisch-nationalen Stimmung der deutschen Studenten lebte damals in ihnen noch ein starkes demokratisches Empfinden. Die Sympathie mit Schönerer hatte wohl ihren Hauptgrund in seiner nationalen Haltung, wurde aber doch auch wesentlich dadurch verstärkt, dass Schönerer im Parlament einer der entschiedensten Fürsprecher der politischen Freiheit war und gegen die Unterdrückung insbesondere der Arbeiterschaft starke und leidenschaftliche Worte fand. Die deutschnationale Studentenschaft Wiens zog damals noch an jedem 13. März zum Grabdenkmal der Märzgefallenen, wobei es niemals an oft recht heftigen Konflikten mit der Polizei fehlte.

Vom Antisemitismus war zu dieser Zeit bei Schönerer noch keine Spur. Als ich ihn kennen lernte, geschah dies in einem vornehmlich jüdischen Kreise. Noch erinnere ich mich lebhaft einer Zusammenkunft von vielleicht 40 bis 50 Personen im Hotel Wandl, der auch Dr. Heinrich Friedjung beiwohnte, der sich schon damals durch seine Schrift über den österreichisch-ungarischen Ausgleich einen geachteten Namen in politischen Kreisen gemacht hatte. Schönerer feierte in einer Rede den Politiker Dr. Friedjung und schloss sie mit den Worten: „Nicht Friedjung — Kampfjung soll er heissen“.

Die Auflösung des Lesevereines hatte die Folge, dass die älteren Mitglieder dieses an Mitgliedern überaus zahlreichen Vereines sich neuerlich zusammenschlossen. Diese Vereinigung von meist jungen, arbeitslustigen und tatkräftigen Männern („Deutscher Klub“) wurde der Mittelpunkt vieler politischer und nationaler Aktionen. Wir bildeten in dem damals in Wien bestehenden, in ganz Oesterreich angesehenen „Deutschen Verein“ den linken Flügel und griffen die korrupte Wiener Presse und die zagen Abgeordneten bei allen Gelegenheiten frisch und temperamentvoll an. Bei allen sonstigen Verschiedenheiten in politischen Fragen ging doch durch diese jungdeutsche Bewegung ein starker demokratischer Zug, der sich unter anderem auch in der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zeigte. Den „Deutschen Verein“ brachten wir nach und nach in unsere Hände.

In Schönerer sahen wir unsern Vertreter im Parlament. Er hatte Mut, Uner-schrockenheit und Rücksichtslosigkeit, Eigenschaften, die wir um so mehr schätzten, je weniger sie sonst im Parlament zu finden waren. Er brachte in Vereinigung mit anderen deutschen demokratischen Abgeordneten (unter ihnen war auch Kronawetter) einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ein. Dieser Antrag ist besonders deswegen beachtenswert, weil er den Gedanken der Gleichheit des allgemeinen Wahlrechtes konsequent durchführte und die Zahl der Mandate ohne irgend eine nationale Berücksichtigung auf die gesamte Bevölkerung gleichmässig rein ziffern-mässig verteilte. Seine streng demokratische Gesinnung betätigte Schönerer auch durch zahlreiche Interpellationen, die sich auf die Verweigerung der politischen Rechte gegen-über der Arbeiterschaft und auf die damals ganz allgemein von den Behörden geübte Bedrückung der Arbeiter bezogen. Schönerers Popularität war gross und verdient. Wäre es ihm damals gelungen, was innerlich eben nicht möglich war, eine grosse Partei zu gründen, so hätte ihr in der Tat der Name einer Volkspartei gebührt. Aber Schönerer war und blieb politisch ein Mann der Stimmungen. Auch seine Grundsätze entsprachen keiner theoretisch gesicherten Ueberzeugung, sondern waren der Ausfluss einer selbst-herrlichen Natur, die von den Anhängern blinde Unterwerfung forderte.

Der „Deutsche Klub“, in dem sich jüngere und ältere deutschnationale Politiker zu regelmässig gepflogenen Meinungs-austausch zusammenfanden, ging daran, ein Programm auszuarbeiten, auf dessen Grundlage eine neue grosse deutsche Volkspartei gebildet werden sollte. An den bezüglichen Beratungen nahm eine Reihe von Juden teil. Das war von 1879 auf 1880. Im Deutschen Klub wurde damals der „Deutsche Schulverein“ gegründet, nach dessen Muster in den folgenden Jahren ähnliche Vereine von den Tschechen, Polen und Italienern gebildet wurden. Die politischen Beratungen waren sehr charakteristisch. Es zeigte sich, dass, wenn auch in Bezug auf die rein-politischen Fragen eine leidliche Uebereinstimmung in demokratischem Sinne herrschte, in wirtschaftlicher Beziehung die Meinungen weit auseinandergingen. Da wurden neben radikalen Forderungen einer arbeiterfreundlichen Sozialpolitik sowohl extremzünftlerische Stimmen als auch agrarreaktionäre Stimmen laut. Ueber jeden einzelnen Punkt wurde abgestimmt und so wurden einander vollständig widersprechende Punkte mit wechselnden Mehrheiten angenommen. Als nun das Ganze fertig war und in Form eines Aufrufes hinausgehen sollte, zeigte sich, dass niemand ausser Schönerer diesen Aufruf unter-zeichnen wollte. Dieser stiess sich an die Widersprüche nicht. Schon auf dem deutsch-österreichischen Parteitag (1879 oder 80) hatte die junge Gruppe die Grundzüge eines Programms für eine neue deutsche Volkspartei verteilen lassen. Diese kurzen Grund-züge litten nicht an den Gebrechen des späteren Aufrufes. Sie enthielten bloss staats-rechtliche Forderungen (betreffend das Verhältnis zu Ungarn, die Loslösung Galiziens und Dalmatiens, den Ruf nach einem festen Bündnis mit dem Deutschen Reich), dann wesentlich Forderungen rein nationaler und politischer Natur. Dieser kurze Pro-grammentwurf war von Dr. Heinrich Friedjung verfasst und nach seinem Entwurf fast unverändert angenommen worden. Er bildete auch die Grundlage für den schon er-wähnten Aufruf. Diese beiden Dokumente wieder gaben den Diskussionsstoff für das umfangliche Produkt, das unter dem Namen des Linzer Programms eine gewisse Be-rühmtheit erlangt hat.

Man schritt auch an die Gründung eines kleinen, zweimal im Monat erscheinenden politischen Blattes, der „Deutschen Worte“, zu deren Redakteur ich bestellt wurde. Sie brachten es nie zu einer namhaften Auflage. Anfangs der Achtzigerjahre bemächtigte sich Schönerer des damals in Berlin blühenden Antisemitismus, zuerst in einer ziemlich wenig aggressiven Form, denn der Gruppe, die sich um ihn sammelte und insbesondere der ihm zujubelnden Studentenschaft gehörten noch viele Juden an. Zu gleicher Zeit gab er, selbst Grossgrundbesitzer, seinen agrarischen Neigungen immer mehr nach. Und zwar zuerst auf einem Gebiete, das am bedenklichsten erschien, auf dem Gebiete der Volksschule. Bei der Reform des Volksschulgesetzes (einer Reform nach rückwärts) trat er, ganz im Sinne vieler bäuerlicher Kreise, direkt im Abgeordneten-hause für die Ver-schlechterung des Volksschulgesetzes ein. Ich selbst hatte seine Rede angehört. Nach der Sitzung begleitete ich ihn nach Hause und erklärte ihm, dass ich nicht mehr mit

ihm gehen könne. Unsere Trennung hatte zur Folge, dass die „Deutschen Worte“ in mein Eigentum übergangen, worauf Schönerer die „Unverfälschten Deutschen Worte“ gründete. Ich wandelte meine „Deutschen Worte“ in eine populär-wissenschaftliche, hauptsächlich sozialpolitische Monatsschrift um und als solche erschienen sie von Anfang 1884 bis Ende 1904.

Und nun entwickelte sich Schönerer immer weiter von seinen Anfängen hinweg. Nur in seinem nationalen Chauvinismus blieb er der Alte. Oft und oft hat er sich im Abgeordnetenhaus als ein Anhänger der Hohenzollern erklärt. Er war und blieb der Führer der deutschen Irredenta in Oesterreich und lud dadurch begreiflicherweise den Hass der Regierungen auf sich, der auch, als er sich zu einer unbedachten und rohen Handlung hinreissen liess, zu einer schweren Verurteilung führte, die ihn durch fünf Jahre der politischen Rechte beraubte. Er ergab sich ausserdem einem ungezügelter Antisemitismus, durch den er dem Deutschtum in Oesterreich die grössten Wunden schlug. Dieser Antisemitismus hat fortgewuchert und beherrscht auch heute noch vielfach den „Deutschen Nationalverband“. Die Sache ist nur die, dass Schönerer seinen Antisemitismus ehrlich bekannte, während die Deutschnationalen ihn nur tückisch ausüben dort, wo sie es ohne Gefahr tun können, aber mit Regierungsjuden aller Art unter einer Decke spielen.

Als 1901 Schönerer mit einer Gruppe von 26 Mann ins Haus zog, war der Höhepunkt seiner parlamentarischen Macht gekommen. Aber unter seinen Anhängern war ein Mann, dem er misstraute. Karl Hermann Wolf war in der Badenizeit zu einer unerhörten Popularität gekommen. Das gefiel Schönerer nicht. Er mochte nie jemand neben sich aufkommen lassen. Sein Klub hatte zu tun und zu lassen, was er befahl, der Autokrat war vollständig in ihm zur Erscheinung gekommen. Es war eine gemischte Gesellschaft um ihn, in der sich Leute wie Franko Stein, Herzog, Berger befanden. Es brodelte in diesem kleinen Hexenkessel, bis er sprang. Heute hat die Schönererpartei keine politische Bedeutung mehr in Oesterreich. Er selbst ist ein politischer Einsiedler geworden.

Bezeichnend ist die Haltung, die Schönerer gegenüber der organisierten Arbeiterschaft eingenommen hat. Anfangs ihr Freund und Verteidiger, ist er, je länger, je mehr, ihr erbitterter Feind geworden. Er konnte wohl als blinder Bismarckanbeter und als nationaler Chauvinist nicht anders. Als 1906 die Regierung dem Abgeordnetenhaus die Vorlage des allgemeinen gleichen Wahlrechtes übergab, stellte sich Schönerer mit seiner Gruppe in der heftigsten Weise dagegen. Als die „Arbeiter-Zeitung“ ihn an seinen eigenen Antrag erinnerte, da suchte er nach einer Ausflucht. Sein Antrag sei nur für den Fall gemeint gewesen, dass Galizien, Bukowina und Dalmatien selbständig geworden seien, also, wie die Formel hiess, nur für die deutschen Bundesländer. Aber in seinem Antrage stand kein Wort davon. Es war nur eine lahme Flucht vor seiner Vergangenheit. Denn, selbst angenommen, Schönerer hätte gemeint, was er später gesagt hat, so wäre es doch eine selbst bei Schönerer ungewöhnliche Donquichotterie gewesen, einen Antrag einzubringen, der nur einen Sinn gehabt hätte nach einer höchst schwierigen und langwierigen staatsrechtlichen Operation, deren Gelingen auch denen, die sie forderten, als äusserst problematisch erscheinen musste.

Hamerling hat Schönerer einst „Charakterfettaug auf einer Bettelsuppe“ genannt. Wir können ihn mit bestem Willen nur einen politischen Don Quichotte nennen. Aber bei allen seinen Narreteien und höchst verwerflichen politischen Betätigungen — etwas hat er doch, was ihn von seinen Jüngern vorteilhaft unterscheidet. Er machte keine Kompromisse, er ging seinen Weg — es ist wahr, ohne Verstand und manchmal ohne jeden Sinn, aber gerade und aufrecht.

Von allen, die um ihn gewesen sind, war Wolf derjenige, der einmal politisch etwas versprach. In der Tat, selten hat jemand politisch so viel Glück gehabt wie er. Hätte er Selbstzucht und Ernst gehabt, er hätte Führer werden können. Aber wie hat er — durch eigene Schuld — jahrelang ringen müssen, um sich mühsam eben noch auf der Oberfläche zu halten. Er hat alle Bitternisse des Herabgleitens erleben müssen und ist heute ein Bienerthanhänger sans phrase.

Ich möchte nicht missverstanden werden. Dass er sich von Schönerer getrennt hat, mache ich ihm gewiss nicht zum Vorwurf. Dass er die utopistischen Gedanken einer alldeutschen Politik im Sinne Schönerers verlassen hat, würde nur von politischem Verstand zeugen. Ueberhaupt ist der zu bedauern, der im politischen Leben nichts zulernt. Aber in den Grundlinien seines Charakters muss sich jeder, der auf Achtung Anspruch macht, gleich bleiben. Wer sich zur Leibgarde der Habsburger zählt, ist aller Hochschätzung wert, wenn seine Stellung seiner Ueberzeugung entspricht. Aber dass jemand, der einmal nicht nur schwarzweissrot, sondern extrem schwarzweiss gewesen ist, als Schwarzgelber endet, das ist schwer zu begreifen.

Aber Wolf ist darin nur der hervorragendste Typus seiner engeren Parteigenossen. Diese Deutschnationalen, das waren alle die stärksten Oppositionellen, das waren die Los-von-Rom-Männer, das waren die lautesten Oppositionsmänner. Und heute sind sie verlässliche Stützen Bienerths, eines Ministers, der die Deutschen zu einer treuen Hofpartei machen will und dem das zu gelingen scheint. Die Sache der Freiheit, die Sache der Schule, die Sache des Volkes — das ist ihnen gleichgültig geworden — sie lügen nach der Sonne der Hofgunst. Ein Fall ohnegleichen. Unter den Nachfolgern des grossen Alexander gab es manchen guten König, manchen grossen Feldherrn — die Diadochen Schönerers sind Lakaien geworden.

Otto Bauer: Das Ende des christlichen Sozialismus

Aus verschiedenen Bausteinen ward das grosse Gebäude der christlichsozialen Partei zusammengefügt. Verschiedene Flüsse und Bächlein sind in ihr Meer zusammengefloßen. Wer heute die Entstehung dieses eigenartigen Parteigebildes begreifen will, muss sich der Zeit erinnern, in der der deutsche Liberalismus Oesterreich regierte. Als Abwehrbewegung der Klassen, die der vom Liberalismus entfesselte Kapitalismus bedrohte und bedrängte, ist die christlichsoziale Partei entstanden.

Die Liberalen waren von 1861 bis 1878 die führende Partei Oesterreichs. Der Liberalismus war auch hier das politische Prinzip der grossen Bourgeoisie. Er bedeutete hier wie überall: politisch die parlamentarische Regierungsform, die Zentralisierung der Staatsgewalt, den „Kulturkampf“ gegen die Kirche; wirtschaftlich die Gewerbefreiheit, die Freiteilbarkeit des Bauernguts, das manchesterliche „Laisser faire, laisser passer“, die Ablehnung jedes staatlichen Eingriffes zugunsten der wirtschaftlich Schwächeren im Namen der „freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte“. Aber bei aller Uebereinstimmung war der österreichische Liberalismus doch von dem englischen, dem französischen, selbst dem preussischen wesensverschieden. Er war in weit höherem Masse volksfremd als sie. Zunächst war er ausschliesslich deutsch; den slawischen Völkern erschien daher sein Regime als nationale Fremdherrschaft. Aber auch innerhalb des deutschen Volkes konnte die Schicht, die ihn stützte, nur sehr schmal sein; denn der industrielle Kapitalismus war erst in seinen Anfängen, die grosse Bourgeoisie eine wenig zahlreiche Oberschicht des Bürgertums. Der Liberalismus verdankte seine Macht nicht seiner eigenen Kraft. Die Herrschenden hatten ihn 1861 in den Sattel gesetzt, weil sie hofften, ein liberal schillerndes Oesterreich werde leichter den Kampf gegen Preussen um die Vorherrschaft in Deutschland durchfechten; sie hatten ihn 1871 wiedereingesetzt unter ungarischem und preussischem Einfluss. Da der Liberalismus seine Herrschaft nicht der eigenen Kraft verdankte, konnte er sie nur auf Gewalt und Korruption stützen: auf die Wahlrechtsprivilegien der Schmerlingschen Landesordnungen; auf die Beeinflussung der Wählerschaft des Grossgrundbesitzes durch den Hof; auf den Stimmenkauf der Chabrus-Banken; auf brutale Verfolgungen der Tschechen und der Klerikalen mit allen Mitteln des Polizeistaates. Der Grundlage ihres Daseins nach volksfremd, war die liberale Partei volksfremd auch durch die Personen ihrer Vertreter. Da die Juden in der jungen österreichischen Bourgeoisie überaus stark vertreten waren, spielten sie auch in der

liberalen Partei eine überaus grosse Rolle. Einem engen Kreise war die Herrschaft zugefallen gerade in einer Zeit, in der der französische Milliardenregen und die grossen Eisenbahnbauten in ganz Europa das Gründertum und die Börsenspekulation mit allen ihren Begleiterscheinungen belebten. So ward die liberale Partei hier mehr denn irgendwo durch die Versippung mit der Börse korrumpiert. Der grosse „Krach“ von 1873, in dem diese Spekulationsperiode endete, erschütterte ihr Ansehen. Von allen Seiten begann sich nun die Opposition zu regen und die wichtigsten Zweige dieser Opposition flossen schliesslich in der christlichsozialen Partei zusammen.

Zunächst regte es sich im Kleinbürgertum. Das Wachstum Wiens, das Steigen der Mietzinse verwies den Handwerksmeister in die dunkeln Hinterhäuser der Vorstädte. Aber die Kundschaft ist ihm dorthin nicht gefolgt. Sie sucht das Warenangebot hinter den glitzernden Spiegelscheiben der Warenhäuser in der Innern Stadt und in der Mariahilferstrasse. So schob sich zwischen den Handwerksmeister und seine Kundschaft der kapitalistische Zwischenhandel ein. Der Handwerksmeister sank zum Heimarbeiter im Dienste des Kapitalisten hinab. Tiefe Unzufriedenheit, bald zu leidenschaftlicher Erbitterung gesteigert, bemächtigte sich des Handwerksmeisters, der, gestern noch ein freier Unternehmer, heute dem Kapital hörig geworden war. Er verlor den Glauben an das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“. Von einer neuen Botschaft erwartete er das Heil: Aufhebung der Gewerbefreiheit, Wiederherstellung der Zunft, Befähigungsnachweis, Ausschaltung des Zwischenhandels — das wurde nun seine Losung. Im Jahre 1883 errang diese Bewegung mit der Gewerbenovelle den ersten Erfolg. So wenig der Befähigungsnachweis das Kleingewerbe gegen kapitalistische Uebermacht zu „retten“ vermochte, so gaben ihm die Zwangsgenossenschaften doch eine starke Organisation. Sie wurde zur ersten Stütze der christlichsozialen Partei.

Zu derselben Zeit setzte eine ähnliche Bewegung in der Bauernschaft ein. In der Landwirtschaft wurde die alte Produktion für den Eigenbedarf durch den Ausbau der Eisenbahnen, die Ueberflutung des Landes mit den Erzeugnissen der Industrie, das Steigen der Steuerlast untergraben. Die Geldwirtschaft hielt ihren Einzug. Der Bauer wurde in schnell steigendem Masse Warenkäufer und Warenverkäufer. Diese Umwälzung vollzog sich in derselben Zeit, in der mit dem steigenden Angebot amerikanischen und russischen Getreides die Getreidepreise zu sinken begannen. Die Bauern wurden dadurch desto schwerer getroffen, da sie, an geldwirtschaftliche Berechnungsweise noch nicht gewöhnt, zur Beute der Zwischenhändler und Wucherer wurden. Der Dorfwucher nahm unerhörten Umfang an, die Hypothekenlast stieg überaus schnell, Güterschlächter trieben ihr Unwesen, zahllose Bauern wurden von Haus und Hof verjagt. In dieser Notlage begannen auch im Dorfe neue Reformgedanken zu keimen; mit dem Rückgang des Analphabetismus, mit der Verbreitung der Zeitungen auf dem Lande fanden sie schnelle Verbreitung. Wuchergesetze, Bodenentschuldung, Sperrung der Hypothekenbücher, Ankerbenrecht, Aufhebung der Freiteilbarkeit, Schaffung von unpfändbaren Heimstätten — das waren die volkstümlichen Forderungen, die in der Bauernschaft allmählich Verbreitung gewannen. Zur Abwehr des Zwischenhandels und des Wuchers wurden landwirtschaftliche Genossenschaften, insbesondere Raiffeisenkassen gegründet, die die neue Bewegung organisierten. Auch sie mündete in den breiten Strom der christlichsozialen Partei.

Die urwüchsige Bewegung der Handwerksmeister und der Bauern fand ihre Führer im Adel und im Klerus. Beide hatte der Liberalismus entthront; beide wollten die Bewegung der Handwerksmeister und der Kleinbauern als Mittel gebrauchen, den Liberalismus zu stürzen und ihre Macht wiederherzustellen. Der Adel stellte sich an die Spitze: die Grafen Hohenwart und Belcredi, der Prinz Liechtenstein, der Baron Vogel-sang entwickelten die Ideologie des „christlichen Sozialismus“: sie formulierten den Anklageakt gegen das „mobile Kapital“, sie bauten die Forderungen der Handwerker und der Bauern zu einem volkswirtschaftlich-politischen System aus: Ueberwindung des Manchestertums, Neubau des Gesellschaftskörpers auf der Grundlage ständischer Organisation, eine Hierarchie der Organisationen, deren breite Basis Zwangsgenossenschaften der Bauern und der Handwerker, deren Spitze die Landtafel des Adels bilden soll, also ein Neubau nach dem Muster der feudalen Gesellschaft, die der Absolutismus und der Liberalismus zerstört hatten — das waren die Gedanken, wie sie insbesondere

Vogelsang, der eigentliche Begründer der Doktrin des „christlichen Sozialismus“ in Oesterreich, zusammengefasst hat. Der Klerus stellte diesen Reformgedanken seine Organisation zur Verfügung. Im Pfarrhof fand sie ihren Ortsvertrauensmann im letzten Dorf.

Es ist heute lehrreich, in Vogelsangs Schriften zu blättern. In der Kritik des Kapitalismus ist Vogelsang ein echter Schüler von Karl Marx, den er auch nicht selten zitiert. In Marxens Geist formuliert er die Anklage gegen den Kapitalismus. Er hält ihm vor, dass er die Gesellschaft atomisiert, den Arbeiter ausbeutet, seine Gesundheit, seine Lebensfreude, seine Familie zerstört, dass er ihn dem Verbrechen, dem Alkoholismus, seine Töchter der Prostitution in die Arme jagt, dass er den Handwerksmeister niederkonkurriert, den Bauern in seinen Schuldknecht verwandelt, dass er die Staaten zur Eroberungspolitik und zum Weltkrieg treibt. Er selbst fühlt sich im Kampf gegen Kapitalismus und Liberalismus dem Sozialismus nahe: „Die Wege der Christen und der materialistischen Sozialdemokraten laufen keineswegs vollständig auseinander“, bekennt er mutig gegen die Denunziationen der kapitalistischen Presse*. „Eigentum ist Diebstahl, sagt der Sozialdemokrat. Indem man den Nachdruck auf ein anderes Wort verlegt und sagt: ‚Das Eigentum ist Diebstahl‘, spricht man eine christliche und soziale Wahrheit aus und meint damit das Eigentum, wie es heute aufgefasst wird: das absolute Eigentum, durch welches keine politischen und sozialen Pflichten bedingt werden. Dies rein private, absolute, der Willkür dienende Eigentum ist Diebstahl an Gott, an der Gesellschaft, am Staate.“** Kein Wunder, dass die kapitalistische Presse entrüstet aufschrie, der Feudaladel predige den roten Kommunismus!

Auch der Antisemitismus ist in seinen Anfängen marxisch gefärbt. Ganz im Geiste von Marxens „Judenfrage“ schreibt Vogelsang: „Wenn durch irgendein Wunder an irgendeinem gesegneten Tage alle unsere 1,400.000 Juden uns entzogen würden, es wäre wenig geholfen; denn uns selbst hat der Judengeist angesteckt, in unseren Institutionen ist er inkarniert, unsere ganze Lebensanschauung, unser Handel und Wandel ist davon durchzogen. Wir legen kein Gewicht darauf, ob von Getauften oder Beschneitenen jüdisch gehandelt wird. . . . Weil wir unter der Wirksamkeit des Liberalismus den Juden gleich sind, gefällt es den Juden so wohl bei uns.“*** Man hört die Antithese des jungen Marx: „Die Juden haben sich insoweit emanzipiert, als die Christen zu Juden geworden sind.“ †

So war die Anklage gegen den Kapitalismus das eigentlichste Wesen des christlichen Sozialismus. All das, was der Adel, den die Bourgeoisie entthront, die Kirche, deren Macht die Bourgeoisie eingeschränkt hat, der Kleinbürger, der dem Kapital hörig geworden, der Bauer, dessen Besitz die Hypothek aushöhlt, der Arbeiter, aus dessen Fleisch und Knochen der Kapitalist die Profite münzt, dem Kapitalismus vorzuhalten haben, das schleuderte der christliche Sozialismus ihm ins Angesicht. Freilich, diese Kritik ist nicht vorwärts gewandt, sondern rückwärts: nicht der proletarische Sozialismus, sondern Feudalrecht und Zünftlertum sind ihr Traum. Sie bekämpft den Sozialismus nicht im Namen der Zukunft, die ihn überwinden wird, sondern im Namen der Vergangenheit, die er überwunden hat. Aber darum ist diese Kritik doch nicht unfruchtbar geblieben. Sie hat mit ihrer leidenschaftlichen Anklage zum erstenmal grosse Volksmassen in das politische Leben geführt, an dem vordem nur eine schmale Schicht vornehmer Edelleute, reicher Bürger, ehrgeiziger Doktoren teilgenommen. Sie hat den volksfremden Liberalismus gestürzt, den Glauben an den Kapitalismus erschüttert, die grossen sozialen Probleme auf die Tagesordnung gestellt. Das bleibt ihr geschichtliches Verdienst. Im Kampfe gegen die entarteten Erben des christlichen Sozialismus wollen wir der geschichtlichen Leistung seiner Anfänge nicht vergessen.

* * *

Vom Adel geführt, vom Klerus organisiert, haben die Handwerksmeister und die Bauern die christlichsoziale Partei emporgetragen zur Macht. Aber sie konnte zur Herrschaft nicht aufsteigen, ohne ihr Wesen zu verändern.

* Vogelsang, Gesammelte Aufsätze. Augsburg 1886. Seite 389.

** Ebenda, Seite 392.

*** Ebenda, Seite 113 f.

† Mehring, Nachlass I. Seite 426.

Zunächst stiessen zu ihrem Heerbann neue Truppen aus dem bürgerlichen Lager: der alteingesessene Wiener Bürger, der Hausbesitzer, der kleine und mittlere Fabrikant und Kaufmann, der christliche Arzt und Rechtsanwalt, Beamte und Lehrer. Sie alle hassten den volksfremden, so gar nicht urwüchsig-wienerischen, von „Zug'rasten“ und Juden vertretenen, mit den Banken und der Börse versippten, durch den „Krach“, den Ofenheim-Prozess, die „Trinkgelder-Theorie“ Giskras verächtlich gewordenen Liberalismus. Sie alle lockte die Persönlichkeit Luegers. Sie alle faszinierte der volkstümliche Schwung der jungen Bewegung. Ohne sie wäre die Eroberung des zweiten und des ersten Wahlkörpers nie möglich gewesen. Aber ihr Zuströmen hat die Partei der Handwerksmeister gründlich verändert. Die Anklagen gegen den Kapitalismus sagten ihnen nichts: sie selbst sind doch Besitzende, Unternehmer, „Arbeitgeber“. Was sie in der neuen Partei suchten, war nicht ihre schroff antikapitalistische, antibourgeoise Note, nicht der Kampf der Arbeitenden gegen das Kapital. Ihnen war die Partei nicht mehr als eine gut wienerische Partei des Bürgertums, eine Wiener Partei mit allen Tugenden und allen Lastern des Wienertums, eine „Partei der reinen Hände“ zumal, die das Land und die Gemeinde von dem unwienerischen, volksfremden, korrupten und verjudeten Regime der Liberalen reinigen sollte. Je enger die mittlere und obere Schicht der Wiener christlichen Bourgeoisie der jungen Partei sich anschloss, desto mehr verschwand aus den Reden und Schriften ihrer Wortführer die einst so laut tönende antikapitalistische Phrase. Die Tonart wurde milder. Die Redewendungen, die die Gregorig und Schneider aus den Handwerkerversammlungen mitgebracht, schienen dem gebildeten Bürger zu pöbelhaft; der „staatsmännische“ Ton der Pattai und Liechtenstein behagte ihm besser.

Aber nicht nur der Zuzug neuer Schichten wirkte den antikapitalistischen Tendenzen entgegen. Innerhalb der Klassen selbst, die die christlichsoziale Partei emportrugen, vollzogen sich allmählich Veränderungen, die ihre Gedanken- und Stimmungswelt verändert haben.

Am nachdrücklichsten hat der Aufstieg der Arbeiterklasse sie beeinflusst. Als die Christlichsozialen ihren Feldzug begannen, waren die Arbeiter machtlos. Sie hatten kein Wahlrecht, waren also keine Konkurrenten in dem politischen Kampf, der innerhalb des Pferchs der Zensuskurien geführt wurde. Sie hatten keine Gewerkschaften, konnten also dem Handwerksmeister mit Lohnforderungen nicht unbequem werden. Sie hatten keine Konsumvereine, bereiteten also dem Krämer keine Konkurrenz. Man fürchtete die Arbeiter nicht; und darum waren sie dem christlichen Sozialismus ein Gegenstand des Mitleids, ein blosses Illustrationsmaterial für die Anklage gegen den Kapitalismus. Damals haben Belcredi, Liechtenstein, Ernst Schneider Arbeiterschutzgesetze befürwortet — natürlich nur für die fabrikmässigen Betriebe! Damals stellte Vogelsang den liberalen Klagen über den Terror der Anarchisten in leidenschaftsvollen Worten die Gegenklage gegenüber über „die Provokation durch empörenden Missbrauch der wirtschaftlichen Macht der Arbeitgeber“.* Allmählich aber wuchs die Macht der Arbeiter. Sie wurden zu mächtig, als dass sie noch ein Gegenstand des Mitleids sein könnten. Schon in der V. Kurie und erst recht unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts ist die Sozialdemokratie der gefährlichste politische Feind der Christlichsozialen geworden. Die erstarkenden Gewerkschaften fordern auch vom Handwerksmeister höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Die Konsumvereine der Arbeiter ersetzen den Kaufmann. Die Jugendorganisation erringt dem Lehrling wirksamen Schutz. Die Arbeiterbewegung wird dem Handwerksmeister und dem Kaufmann unbequem. Ihre Erfolge erfüllen beide mit arbeiterfeindlicher Stimmung.

Durch den Bankerott des Zünftlertums wird diese Stimmung nur gestärkt. Alle Reformen der Gewerbeordnung haben die Macht des Kapitals nicht brechen können. Der Handwerksmeister glaubt nicht mehr, dass Genossenschaftsorganisation und Befähigungsnachweis dem Handwerk den goldenen Boden wiedergeben können. In verzweifelter Konkurrenz sucht er sich des kapitalistischen Wettbewerbs zu erwehren; von jeder Forderung, die die Arbeiter seiner Werkstätte an ihn stellen, fürchtet er,

* Ebenda, Seite 12.

sie werde seine Konkurrenzfähigkeit vollständig vernichten. Jede neue Konsumvereinsfiliale erscheint ihm als ein neuer Feind auf der Jagd nach der Kundschaft. Sombart hat sehr zutreffend bewiesen, „dass heute das Handwerk, soweit es überhaupt noch Hilfskräfte beschäftigt, seine Existenzfähigkeit grösstenteils auf der Ausbeutung unreifer Arbeitskräfte aufbaut“*; kein Wunder, dass nichts die Handwerksmeister so sehr erbittert wie unsere Bemühungen um Jugendorganisation und Lehrlingsschutz. Der Handwerksmeister kann sich in dem ungleichen Kampf gegen die kapitalistische Unternehmung nur noch durch gesteigerte Ausbeutung seiner Gehilfen und Lehrlinge behaupten. Die Erfolge der Arbeiterbewegung machen ihm das unmöglich. Darum sieht er in der Arbeiterbewegung seinen gefährlichsten Feind.

Gleichzeitig entwickeln sich die Unternehmervverbände. Fabrikanten und Handwerksmeister führen gemeinsam den Kampf gegen die Gewerkschaften. Der Fabrikant tritt im Unternehmerverband als Führer der Handwerksmeister, als ihr Vorkämpfer gegen die Arbeiter auf. Die Handwerksmeister freuen sich des Feldzugs, den die grossindustriellen Scharfmacherverbände gegen das Koalitionsrecht, gegen die Erhöhung der Unfallversicherungsbeiträge, gegen die Abschaffung der Kontraktbruchstrafe und des Arbeitsbuches führen. Bald sitzen die Vertreter der Handwerksmeister mit den Vertretern der Grossindustriellen an einem Tisch, gemeinsam Kriegspläne gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu schmieden. „Alle Arbeitgeber gegen die Sozialdemokratie!“ heisst es nun. Der Gegensatz gegen das Kapital verblasst vor dem gemeinsamen Interesse gegen die Arbeiter.

Andere Umstände wirken nach derselben Richtung. Der grosse Schrecken von 1873 ist vergessen. Eine neue Generation ist herangewachsen, die den „schwarzen Freitag“ nicht miterlebt hat. Banken und Börse sind ihr kein Schreckgespenst mehr. Der Gewerbetreibende trägt seine Ersparnisse in die Bankfiliale, der Kaufmann spekuliert in Skoda-Aktien, im Ausschuss der Kreditgenossenschaft gewöhnt man sich an den Kauf und Verkauf von Wertpapieren. Das „mobile Kapital“ hat seine Schrecken verloren....

Aehnliche Veränderungen vollziehen sich im Dorfe. Die Raiffeisenkasse hat den Wucherer aus dem Dorf verjagt. Den Hypothekarkredit weiss der Landwirt zu schätzen; er ermöglicht ihm Meliorationen, die sich bei den hohen Getreidepreisen gut verzinsen. Den Zwischenhandel schränkt allmählich die landwirtschaftliche Genossenschaft ein; und der Bauer, der allmählich rechnen gelernt hat, wird vom Zwischenhändler nicht mehr so leicht betrogen wie früher. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften legen ihre Kapitalien in Wertpapieren an und ihre Vertreter sitzen im Börsenrat der Getreidebörse. Andere Genossenschaften betreiben Molkereien, Spiritusbrennereien, Rohzuckerfabriken und sie sitzen mit Kapitalisten zusammen in den Komitees der Kartelle. Der Gegensatz gegen den Kapitalismus verblasst auch hier. Der Landwirt hat andere Sorgen. Er wünscht hohe Preise für sein Getreide, sein Vieh, seine Milch; hier stösst er auf den Widerstand der Arbeiterschaft, die billige Lebensmittel fordert. Im Kampf um Zölle und Grenzsperr sieht auch er nun in der Sozialdemokratie den gefährlichsten Feind. Gleichzeitig ändert sich auch das Bild des ländlichen Arbeitsmarktes. Die Industriearbeiter haben sich höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit errungen. Das lockt nun Landarbeiter und Bauernsöhne in die Stadt: die „Landflucht“ entleert den ländlichen Arbeitsmarkt. Der Bauer muss höheren Lohn, bessere Behandlung zugestehen, will er überhaupt noch Knechte und Mägde finden. Unwillig sieht er, dass auch der landwirtschaftliche Arbeiter nicht mehr so demütig grüsst wie einst. Der Unternehmerrinstinkt wird in ihm wach. Er begreift, dass die Hebung der ländlichen Arbeiter die Rückwirkung der Kämpfe ist, die die sozialdemokratischen Arbeiter der Stadt geführt haben. Auch hier also ist die Sozialdemokratie der Feind! So wächst auch hier der Aerger über die Arbeiter in demselben Masse, in dem der Hass gegen den Kapitalismus versickert.

Nicht anders ist es im Schlosse des Edelmannes. Er sitzt im Spirituskartell und im Zuckerkartell, er hat Aktien der „Alpen“ in seiner Kasse liegen — was sollen ihm noch die feindseligen Redensarten gegen den Kapitalismus? Aber dass die Sozial-

* Sombart, „Der moderne Kapitalismus.“ II., Seite 569.

demokraten die Spiritusprämien beseitigen wollen und dass sie ihm die Forstarbeiter „aufhetzen“, darüber ist er natürlich böse. Und der Klerus? Mit den kirchenpolitischen Gesetzen von 1868 und 1874, die ihn einst so erbittert haben, hat er längst seinen Frieden geschlossen; er weiss heute, dass sich mit ihnen ganz gut auskommen lässt. Die Erben des alten Liberalismus ärgern ihn auch nicht mehr. Man schimpft mit ihnen zusammen über die „Sozi“, die „den Unglauben verbreiten“....

So sehen wir auf der ganzen Linie dasselbe Bild: stetige Abschwächung des Gegensatzes gegen den Kapitalismus, stetige Steigerung des Hasses gegen die Arbeiterklasse. Der politische Aufstieg beschleunigt diese Entwicklung: Minister und Landesauschüsse, die mit Banken und Fabrikanten Geschäfte zu machen haben, müssen sich mit ihnen doch vertragen! Desto mehr ärgern sie sich über die sozialdemokratische Opposition.

Will man sich diesen ganzen Entwicklungsgang verdeutlichen, so nehme man die prächtigen Schriften Vogelsangs zur Hand und vergleiche sie mit der heutigen Praxis der Christlichsozialen! Man lese, wie Vogelsang über die Ausbeutung in den Fabriken wettet und denke dabei daran, wie Herr Dr. Weiskirchner bei der Industriellentagung in Linz dem Vortrag des Herrn Direktors Günther von der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft lauscht! Man lese die grimmigen Anklagen Vogelsangs gegen die Banken und denke dabei daran, wie Herr Gessmann von der Baukreditbank mit dem Herrn Lohnstein von der Länderbank konferiert! Man lese Vogelsangs leidenschaftliche Kritik der Börse und denke dabei an die Animierartikel in dem Blättchen des Herrn Bielohlawek! Man lese, wie Vogelsang dem Kapitalismus die Verantwortung für den armen Vagabunden ins Gesicht schleudert und erinnere sich dann der hasserfüllten Reden des Herrn Bauchinger gegen die Landstreicher!

Die Christlichsozialen sind eine mächtige Partei. Aber der christliche Sozialismus ist tot. Nur als unbequeme Erinnerung an die eigene Vergangenheit lebt er noch in ihrem Bewusstsein.

Der Kapitalismus hat sich als stärker erwiesen als seine Gegner. Er hat seine Bekämpfer zu seiner Gefolgschaft gemacht. Natürlich möchten sie noch die oder jene „Auswüchse beschneiden“. Der eine will den Terminhandel, der andere den Hausierhandel abschaffen, der eine die Eisenzölle beseitigen, der andere die Tantiemen besteuern. Aber all das sind Reförmchen innerhalb des kapitalistischen Rahmens. Am Wirtschaftssystem ändern sie nichts. Der christliche Sozialismus ist tot. Die Christlichsozialen sind keine kapitalsfeindliche Partei mehr. Ihre Waffen wenden sich nicht gegen das Kapital, sondern gegen das Proletariat.

Es hat nicht anders kommen können. Die Klassen der Vergangenheit können den Kapitalismus nicht überwinden; sie mussten sich ihm ein- und unterordnen. Den Kapitalismus überwinden kann nur die Klasse der Zukunft. Die Arbeiterklasse allein kann sich mit dem Kapitalismus niemals versöhnen: denn seine Macht ist ihre Ohnmacht, sein Reichtum ihre Armut. Den Kampf gegen den Kapitalismus kann nur das Proletariat führen. Der christliche Sozialismus ist tot. Der proletarische Sozialismus kämpft und wirkt weiter.

Ludo M. Hartmann: Vom Klerikalismus

Es hat eine Zeit gegeben, in welcher Glauben und Wissen als identisch betrachtet wurden, jene Zeit, in welcher der Mensch den Naturgewalten noch so naiv gegenüberstand, dass ihm das Natürliche als Wunder und das Wunder als natürlich erschien, weil er, durch den Zwang des Augenblicks gebunden, nicht an Vergangenheit, noch an Zukunft zu denken vermochte und es nicht einmal versuchte, die Erfahrungen, die er machte, zu vergleichen oder zu ordnen. Theoretische Kenntnisse aber, die später von einzelnen erworben wurden, wurden von diesen selbst sehr häufig als eine Geheimlehre bewahrt und nur in einer Kiste durch Tradition weitergegeben, die ihr Wissen mit ihrem Glauben in Uebereinstimmung brachte und dem profanen Volke als Priester, als Vermittler der Wünsche der Gottheit, erschien. Das Wissen aber, dessen Resultate

diese Priester verkündigten, musste natürlich prinzipiell unveränderlich erscheinen. Es war kein Platz für Forschung innerhalb dieses Systems. Denn aus dem Glauben kann nur das Dogma entstehen, während die Wissenschaft notwendig auf der Forschung beruht und die Forschung eben dadurch charakterisiert ist, dass ihre Resultate durch Förderung neuer Erkenntnisse auch die alten, auf unvollständigen Erfahrungen beruhenden, verändern. Daraus ergibt sich der ewige Gegensatz zwischen der Wissenschaft und dem Priestertum, der in den verschiedensten Formen die geistige Geschichte der Menschheit erfüllt. Es ist zugleich der Kampf der Demokratie des Forschens gegen den Absolutismus oder die Aristokratie des Dogmas.

Auch in der Geschichte der christlichen Gesellschaft entwickelte sich dieser Gegensatz. Der Weg, den das Christentum vom Urchristentum, in welchem jeder, über den der Geist kam, predigen konnte, bis zum Klerikalismus durchmessen hat, ist zu gleicher Zeit der Weg von der demokratischen Organisation der gleichberechtigten christlichen Gemeinde bis zum Absolutismus und bis zur Unfehlbarkeit des Papstes. Die Mittel aber, deren sich die Kirche bedienen musste, um die Emanzipation der Geister niederzuringen, konnten natürlich nur weltliche sein, so bald sie die Freiheit des Glaubens hinter sich gelassen hatte. So hat man nicht mit Unrecht den Klerikalismus als den Missbrauch des Staates zu religiösen Zwecken, oder was dasselbe ist, als den Missbrauch der Kirche zu politischen Zwecken definiert. Der heilige Augustinus ist der grundlegende Theoretiker des Klerikalismus geworden, da er seinen durch die Kirche hier auf Erden repräsentierten Gottesstaat der irdischen Gesellschaft, dem irdischen Staat gegenüberstellt. Da der Gottesstaat eben Gottes ist, oder, wie sich der Kirchenvater ausdrückt, von Abel, die irdische Gesellschaft, beschwert mit allen Schlacken dieser Erde, dagegen von Kain abstammt, erscheint es ihm klar, dass es nur gerecht ist, dass sich der Staat der Kirche unterordnet und nur dazu da ist, ihre Zwecke zu erfüllen. Und diese Theorie wird von der Kirche noch heute nach anderthalb Jahrtausenden aufrechterhalten. Der Syllabus Pius IX. verdammt in seiner 42. These ausdrücklich den Satz, dass „bei einem Widerspruch der Gesetze beider Gewalten das weltliche Recht vorgeht“. Und in der 53. These des Syllabus Pius X. wird die Anschauung verdammt, dass „die organische Verfassung der Kirche nicht unveränderlich ist, sondern die christliche Gesellschaft gleichwie die menschliche einer steten Entwicklung unterworfen ist“. Aus diesen beiden Verdammungen ergibt sich für den Klerikalismus der Schluss, dass — trotz der evidenten Gegenbeweise der Geschichte — die Kirche etwas Unveränderliches ist und das Recht hat, der sich im Staate entwickelnden menschlichen Gesellschaft ihr unveränderliches Recht aufzuerlegen. Auf diese Weise erklärt sich die Kirche zur absoluten Herrin dieser Erde und als berechtigt, jeglicher Entwicklung, das heisst Veränderung, von ihrem unveränderlichen Standpunkt aus ein Veto entgegenzusetzen, das heisst also, sie erklärt sich prinzipiell als das hemmende, retardierende Moment, welches überhaupt keine Entwicklung der Menschheit anerkennen will.

Nichtsdestoweniger hat es gerade die Kirche immer verstanden, sich in der bewundernswertesten Weise den Machtverhältnissen anzupassen, das heisst ihre eigene Organisation zu entwickeln. Sie hat aber zugleich ihren jeweiligen Zustand stets als den von Ewigkeit her bestehenden und für die Ewigkeit bestimmten dargestellt. Es hat sie zum Beispiel bei der Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas nicht gestört, dass historisch erwiesen wurde, dass ein Papst (Honorius I.) von seinem Nachfolger wegen Ketzerei verdammt worden ist, obwohl doch selbstverständlich das Dogma der Unfehlbarkeit nicht als Neuerung für die Zukunft erscheinen sollte, sondern, eben weil es als Dogma erklärt wurde, als von Ewigkeit bestehend angesehen wurde. Aus der prinzipiellen Unveränderlichkeit und dem Absolutismus der Anschauung des Klerikalismus ergibt sich mit Notwendigkeit, dass alle neuen Strömungen, welche die Menschheit materiell und geistig vorwärtsgebracht haben, in Konflikt mit dem Klerikalismus geraten sind. Die Geschichte der modernen Wissenschaft seit den Tagen der Reformation kann sehr gut als ein Emanzipationskampf des menschlichen Geistes gegen den Klerikalismus angesehen werden, von Giordano Bruno und Galilei bis zu Darwin und Marx. Und deshalb ist es kein Zufall, dass das deutsche wie das französische Bürgertum in den Zeiten seines Aufstieges, als es sich wirtschaftlich zu regen begann, und dann im

politischen Kampfe die Fesseln der älteren Gesellschaftsordnung zerbrach, in Gegensatz zum Klerikalismus geriet, ebenso wie heute die Arbeiterschaft und die Intellektuellen in immer schärferen Kampf gegen den Klerikalismus getrieben werden, während die konservativen Mächte im Klerikalismus ihr Heil suchen. Der Klerikalismus ist der Ausdruck und die Organisation der historischen Rückständigkeit; er steht und fällt mit den übrigen Rudimenten, welche aus der Vorzeit in die Gegenwart hineinragen. Es kann deshalb auch nicht von einer Versöhnung der Kirche mit dem Sozialismus die Rede sein — und dies hat sich deutlich in dem missglückten Versuch eines so bedeutenden Staatsmannes, wie es Leo XIII. war, gezeigt, der Sozialdemokratie einen christlichen Sozialismus gegenüberzustellen. Denn vom Prinzipie der absoluten Autorität konnte auch er nicht lassen, und so müssen alle ähnlichen Versuche an dem Gegensatze zur Demokratie scheitern.

Es hat den Anschein, als ob Kirche und Klerikalismus trotz der ungeheuren Gewalt, welche sie noch heute über Hunderte von Millionen von Menschen haben und trotzdem sie noch immer tatsächlich durch die Mächtigen dieser Erde herrschen, sich zum Entscheidungskampfe vorbereiten müssten, und zwar deshalb, weil die Phase der menschlichen Entwicklung, welche wir in der Zukunft erwarten können, sich in einem wesentlichen Punkte von den früheren Phasen der Geschichte unterscheidet. Denn während in den vergangenen Perioden der Geschichte sich immer nur einzelne Klassen der Gesellschaft politisch und wirtschaftlich emanzipiert haben, geht die Entwicklung des Sozialismus dahin, die Gesamtheit zu emanzipieren. Und diesem Entwicklungsprozess zur reinen Demokratie würde es widerstreiten, wenn durch den prinzipiellen aristokratischen Klerikalismus der geistigen Emanzipation, das heisst dem Selbstdenken der Massen, Schranken auferlegt würden. Eine allgemeine Demokratie ist nur denkbar, wenn dem einzelnen alle Denkmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden und er sich innerhalb der Gemeinschaft als geistig selbständiges Individuum entwickeln kann. Eine solche Gesellschaft schliesst aber jede Zwangsorganisation, welche das Gewissen und die Gedanken bindet, aus. Und deshalb kann der Sozialismus nur von dem Standpunkte ausgehen: Religion ist Privatsache. Eben deshalb ist ihm der Klerikalismus der unveröhnliche Feind.

Karl Renner: Die Stimme der Intellektuellen

Unberechenbar wie bei den meisten Wahlen ist auch heute die Haltung derjenigen Kreise, die man die Intellektuellen nennt. Sind sie doch beinahe die einzige Schicht der Bevölkerung, die zu einer umfassenden Organisation, welche wirtschaftlich und politisch zugleich wäre, noch nicht vorgeschritten ist. Politische Indifferenz ist das ungeschriebene Grundgesetz aller sogenannten Standesorganisationen der Intellektuellen. Und so schwanken sie, im ganzen gesehen, von Mann zu Mann, von Tag zu Tag, ein Opfer der wechselnden Stimmungsmache der bürgerlichen Presse, wie innig auch einzelne an ihrer Ueberzeugung hängen mögen.

Der Begeisterungssturm des Wahlrechtssieges hat 1907 einen grossen Teil der Intellektuellen mitgerissen und ihre Stimmen der Sozialdemokratie zugeführt. Dazu kam die Besorgnis vor dem Klerikalismus, der eben in jener Zeit einen Höhepunkt seiner Wellenbahn erreicht hatte. Lueger stand auf dem Gipfel seines politischen Lebens, Gessmann streckte seine Hand nach den Universitäten aus, nachdem er in Volksschule und Mittelschule den geistlichen Einfluss zur Herrschaft gebracht hatte. Der Klerikalismus wurde als ihr Hauptfeind von der Intelligenz gewertet und behandelt. Im Kampfe gegen ihn waren nacheinander alle bürgerlichen Parteien durch zerschmetternde Niederlagen beinahe aufgerieben worden — die Sozialdemokratie allein hatte diesem gewaltigen Ansturm der klerikalen Reaktion, dem überstürzten Triumphzug Luegers standgehalten, die Arbeiterschaft war das granitene Bollwerk gegen die römische Flut geworden. Man denkt ja heute allzuwenig an die hinreissende Wucht, an die verbissene Leidenschaft, an die brutale Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit jenes Kampfes, den damals die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen musste. Im Jahre 1907 war die Er-

innerung an den heldenhaften Krieg des Proletariats gegen den Klerikalismus noch in der ganzen Intelligenz lebendig und dankbar quittierte sie ihn mit dem Stimmzettel. Und dass sie keine Täuschung zu besorgen hatte, das beweist ja die Stichwahlparole der Sozialdemokratie von 1907: die Sozialdemokraten stimmen unter allen Umständen gegen den Klerikalen.

Heute neigt, das ist nicht in Abrede zu stellen, ein grosser Teil der Intellektuellen anderen Hoffnungen und Befürchtungen zu. Das Regime Bienerth hat aus der Not des Misstrauens der slawischen Bourgeoisie eine Tugend gemacht und sich als deutsches Regime gegeben. In der martervollen Knappheit der parlamentarischen Abstimmungen stieg jede Stimme des Deutschen Nationalverbandes im Kurs und unmerklich avancierte der von der „Neuen Freien Presse“ geführte Nationalverband zu der Scheinrolle der herrschenden Partei des Parlaments. Die Christlichsozialen als stärkste, in Wahrheit regierende Partei, die wegen der Eifersucht, mit der sie auf ihren Einfluss wacht, nur allzu bekannt ist, gab sich auffälligerweise den Anschein, als ob sie sich „selbstlos“ dem Nationalverband anreihete, ja bescheiden zurücktrat und den Judenliberalen, den Abfallspredigern, den Freimaurern die Leitung des Parlaments überlasse. In ihrem politischen Sanguinismus begann die Intelligenz zu glauben: Dieser Klerikalismus ist das harmloseste Ding der Welt.

Dagegen bewirkte die politische Verlegenheit Bienerths dasselbe Unheil wie seinerzeit der politische Fehlgriff Badenis. Heute steht fest, dass Badeni am Beginn seiner Ministertätigkeit keineswegs den Deutschen feindselig war, dass er im Gegenteil eine deutsch-tschechisch-polnische Entente im Parlament anstrebte und erst durch seine Missgriffe ganz auf die Rechte gedrängt wurde. War aber einmal das System national einseitig, so erzeugte gerade diese Einseitigkeit die ständige Rebellion auf der Linken und schürte so den nationalen Kampf bis zur Siedehitze! Wider Absicht und Voraussetzung stiess Bienerth dasselbe zu wie Badeni, nur mit vertauschten Rollen, und so schuf er neuerdings den unheilvollen Riss zwischen der Linken und Rechten des Parlaments, den Riss, den später die bosnische Verwicklung zur unüberbrückbaren Kluft ausweitete und der im letzten Grunde auch das Parlament zerriss.

So kam Saul unter die Propheten, so gewann Bienerth den Charakter eines deutschen Mannes und so erstand der trügerische Schein des deutschen Regimes Bienerth. Die Intelligenz, von Beruf und Erziehung, von ihrer Beschäftigung als „Spracharbeiter“ aus für die nationalistische Denkweise vorgeschaffen, nahm diese Wendung der Politik auf deutscher wie auf slawischer Seite sofort ernst und stürzte sich wieder in den nationalen Kampf, die deutsche, um endlich die Vorherrschaft der deutschen Sprache in Oesterreich dauernd zu begründen, die slawische, um dieses Bestreben zu vereiteln und womöglich das Gegenteil zu erreichen.

Sofort wurden alte Hoffnungen lebendig und rissen diese Klasse aus ihrer Lethargie. Seit länger als einem Jahrzehnt hatten die wirtschaftlichen Klassen das öffentliche Leben beherrscht. Bauer und Grundherr hatten als Agrarier, städtische Kleinbürger als Mittelstandspolitiker die Welt mit ihren Sorgen erfüllt. Die Industriellen bemühten sich, die Politik den kapitalistischen Interessen dienstbar zu machen, die Sozialdemokratie setzte die Not der Arbeiterschaft auf die Tagesordnung — in diesem gewaltigen Ringen der grossen Klassen verhallte die Stimme der Intellektuellen ganz und mit wegwerfendem Tone sprach man von der „Studentenpolitik“.

Mit einem Male war es anders. Der Prager Bummel schob wieder den Studenten in den Mittelpunkt der Erörterungen. Die vordem unpolitisch gewordenen Intellektuellen horchten auf. Wieder erstand vor ihrem Auge die Möglichkeit, nicht bloss einer eigenen politischen Betätigung im Rahmen ihrer Schichte selbst, sondern der Uebernahme der politischen Führung der Nation. Sie sahen sich auf einmal an ihrer Spitze und siehe da: Industrielle und Agrarier, Kapitalisten und Kleinbürger ordneten sich ja offensichtlich der Nation ein, selbst eine deutsche Arbeiterbewegung machte sich bemerkbar und, wenn Intellektuelle à la Weidenhoffer die Sprecher der Bourgeoisie wurden, taten sich die Halbintellektuellen à la Riehl, Jung, Ertl etc. als deutsche Arbeiter hervor. War das nicht Grund genug zu der Hoffnung auf eine politische Renaissance der Intellektuellen?

In der Grossstadt, wo der ganze Klassenbau der bürgerlichen Gesellschaft gerade der Intelligenz täglich durchsichtiger und überwältigender vor Augen tritt, erfassen diese geliebten Illusionen — und es sind nichts als Illusionen — selten eine grössere Zahl der Studierten. Aber man gehe hinaus in die Mittel- und Kleinstadt, in die kleinen Industrieorte. Jahrelang haben dort die studierten Leute in vollständiger politischer Isoliertheit dahingelebt: Gewerbetreibende und Bauern gingen ihren zünftlerischen und agrarischen Vereinigungen nach. Die grosse Unternehmerschaft fand es inmitten ihrer kaufmännischen und technischen Arbeit des Geldverdienens nicht für erspriesslich, herabzusteigen zu den Leuten, die sie über die Achsel ansieht, denen sie den Bildungsdünkel der Federfuchser nicht verzeiht. Damals verkehrten Intellektuelle nicht ungern mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft, deren Bildungshunger, deren Respekt vor der Wissenschaft, deren heisser Hass gegen die Dunkelmänner ihnen imponierte. Aber die sozialen Verhältnisse sind mächtiger: Zu stolz, mit der Arbeiterschaft in ständigem Umgang zu bleiben, mit den bürgerlichen Schichten dagegen in ständigem geselligen Verkehr stehend, betrieben sie die Zuneigung zur Sozialdemokratie wie eine verstohlene Liebschaft. Natürlich genügte sie nicht für das jedem Manne innewohnende Verlangen offener organisierter politischer Tätigkeit. Sich offen als Sozialdemokraten zu organisieren aber hiess die Existenz in Frage stellen. Einige haben es gewagt und sind wertvolle Glieder der Partei geworden, die Mehrzahl aber gab es auf, da ja auch ihre Standesorganisation Opfer des politischen Kampfes nicht decken kann oder will.

Nun kam die nationale Welle und schuf ihnen in den nationalen Schutzvereinen bürgerliche, in den nationalen Arbeitervereinen proletarische Organisationen, in denen sie sich politisch frei ausleben können; jene genügen ihren geselligen Bedürfnissen, in diesen glauben sie gewerkschaftlichen Schutz für ihre materiellen Forderungen zu finden. Und so machen sie denn laut und selbstbewusst Politik — so mittendurch zwischen Scharfmacher und Proletarier, zwischen Städter und Agrarier, zwischen dem Lehrer und den hochwürdigen Herrn!

In der Tat — eine reizende Illusion, aber leider nichts als Illusion. Vielleicht kann sie den Studierten geschichtlich nicht erspart werden, vielleicht müssen sie erst ihre Erfahrungen machen, bevor sie ihre neue Stellung in der Gesellschaft begreifen. Fängt doch nahezu jede Klasse ihre eigenartige Politik mit Selbsttäuschungen an. Und dennoch ist höchst verwunderlich, wie diese Illusionen noch möglich sind!

Denn die Lage der Intellektuellen wird immer eindeutiger. Lohnempfänger und Warenkäufer sind sie wie jeder erstbeste Proletarier, nur beziehen sie etwas qualifizierte Löhne und Waren. Ihre ganzen materiellen Interessen können sie nur in und mit der Sozialdemokratie wahren. Merkwürdigerweise verstehen die Leiter ihrer Standesorganisationen das besser als die Mitglieder, ja diese wählen selbst in die Vorstände gern Sozialdemokraten aus dem dunklen Gefühle, dass sie scharfsehende und entschlossene Vertreter ihrer Interessen sind. Erfahrungen haben sie genug gemacht:

Sie kämpfen um höhere Gehalte — gegen die „Brotgeber“, gegen den Brotgeber Staat. Die gesamte bürgerliche Welt lehnt sich gegen ihre Forderungen auf. Handelskammern und Industriellenverbände bekämpfen jede staatliche Gehaltsaufbesserung — der Staat dürfe nicht mehr zahlen als die Industrie. Umgekehrt aber sagen sie den Privatangestellten: Die Industrie könne nicht mehr zahlen als der Staat. Und dieser hat für geringfügige Erhöhung der Bezüge kein Geld — obschon er mehr als eine halbe Milliarde für den Militarismus erübrigt. Der Militarismus ist das Bleigewicht, das gerade die öffentlichen und privaten Gehalte niederdrückt. Aber die nationalistische Intelligenz schwärmt für die Rüstungen!

Die Sozialdemokratie sieht in dem Rechtsschutz der Beamtenstellung (Dienstpragmatik) eine Vorhut für den Rechtsschutz des Arbeitsvertrages. Der entschlossenste Anwalt der Pragmatik im Ausschusse war unser Genosse Glöckel. Die Scharfmacher dagegen, ob sie nun Banken, Versicherungsanstalten oder Fabriken verwalten, lassen gerne die Dienstverhältnisse im ungewissen, fordern eine strenge Konkurrenzklausele, die den Beamten und Werkmeister zum Hörigen macht, und bekämpfen mit verbissener Zähigkeit das Koalitionsrecht der Angestellten. Davon müssen diese etwas wissen, denn es ist doch

nicht anzunehmen, dass sie von den Beschlüssen der Unternehmerverbände nichts erfahren. Sie müssen ja auch wissen, dass das Koalitionsrecht der Beamten überhaupt nur einen Freund im Parlament besitzt, die Sozialdemokratie, während gerade der deutsche Nationalverband sein schlimmster Feind ist. Trotzdem aber unterstützen sie vielfach die gelben Fabrikanten-Schutzorganisationen.

Welche Illusionen! Der Nationalverband bietet Vermehrung der Dreadnoughts statt Erhöhung der Gehalte, er duldet die agrarische Beutepolitik statt die Teuerung zu bekämpfen, er verteidigt die Diensthöhe des Brotgebers statt das Dienstrecht der Beamten, er deckt und übt das schlimmste Protektionswesen statt das Koalitionsrecht zu schützen — trotzdem sind gerade Intellektuelle die eifrigsten Wahlmacher des Nationalverbandes!

Der Grund dieser Illusionen aber ist ein grosses Missverständnis. Man meint, dass die wirtschaftlichen Gruppen faktisch ihre wirtschaftlichen Interessen zurückgestellt haben, dass die Industriellen nicht länger Industrielle, die Agrarier nicht länger Agrarier, die Zünftler nicht länger Zünftler, sondern alle auf einmal Deutsche, nichts als Deutsche sind! Und doch benützt die Kapitalistenklasse offensichtlich das ehrliche Nationalgefühl der Intellektuellen, um diese um ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Forderungen zu prellen. Gerade diese Kapitalistenklassen missbrauchen den Begriff der Nation und machen aus ihr „die Nacht, in der alle Kühe schwarz sind“, um Vorrecht und Vormacht des Kapitals zu sichern.

Und dabei wird die materielle Lage der Intellektuellen immer kümmerlicher. Ein rauschender Strom von Reichtum hat sich in den letzten Jahren über die grosse Unternehmerwelt ergossen, die Börse schäumt über von Werten, eine halbe Milliarde Kronen ist binnen kurzer Zeit kotiert worden — durchaus Unternehmerprofite. Dabei hat den Angestellten die rapide Teuerung die kargen Aufbesserungen aus den Händen geblasen.

Und immer zahlreicher wird die Zahl der Stellensuchenden, der intellektuellen Reservearmee, die die Bezüge niedrig zu halten erlaubt. Die Proletarisierung der Intellektuellen wächst mit jeder Reifeprüfung. Es sind harte Tatsachen, an denen — so sollte man meinen — alle Illusionen zerflattern müssen. Aber die Mehrzahl der Intellektuellen hofft noch immer auf die kapitalistischen Parteien!

Und die gleiche Unvertrautheit mit den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen erklärt allein, wieso sich die Intelligenz in ihren antiklerikalen Gesinnungen einlullen lassen konnte. Sie nimmt den Klerikalismus harmlos, sie hat aufgehört, die Christlichsozialen zu fürchten, und fördert das Zusammengehen mit ihnen. Sie vergisst ganz, wie sehr der Jesuitismus der Katze gleicht, die scharfe Krallen, aber auch weiche Pfoten hat.

Der Klerikalismus der scharfen Tonart hat sein Werk vollbracht, er hat Kleinbürger und Bauern sich dienstbar gemacht. Nach unten zu fand er an dem Proletariat eine unersteigliche Mauer — diese stürzte weder unter dem tosenden Lärm der Luegerei zusammen, noch war sie durch die schleichende List des christlichen Sozialismus zu nehmen. blieb also nur die Eroberung nach oben. Dort aber verfängt die Korybanten-taktik nicht. Zum Glück sind die Katzenkrallen zurückziehbar und so nähert sich denn der Klerikalismus oben auf den weichen Sohlen eines selbstlosen Dieners für die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen: Ihnen den Katholizismus, das Kirchenlaufen, den Gewissenszwang aufzunötigen, fällt ihm nicht ein. „Ach, seid Freigeister wie ihr wollt, bleibt bei eurer Judenpresse, aber helft uns, die Religion zu erhalten — dem Volke, denn das ist ja euer eigenster Nutzen!“

So hören es natürlich die Nationalverbändler gerne und so werden sie, die zu führen meinen, die Gefangenen der Klerikalen. Sie haben den Schein der Herrschaft, sie haben ihre Stölzels und Sylvesters, die dürfen Anträge für Wahrmond stellen, und die Christlichsozialen stimmen sogar dafür, erklären sich für die Lehrfreiheit — aber faktisch muss Wahrmond weichen und ist heute abgetan.

Die Liberalen dürfen sogar den Unterrichtsminister Stürgkh beistellen, aber verwalten muss er nach Wunsch der Klerikalen.

Und so geht es fort, so endigen die Affären der Lehrer Hoinkes, Weber und Peer, so endet jeder Vorstoss der Klerikalen: Ein formaler Erfolg des Nationalverbandes — ein materieller Sieg Gessmanns!

Und dabei haben die Herren Unternehmer sich allmählich gewöhnt an die christlichsoziale Politik, sie finden sie ganz in Ordnung, unterstützen natürlich, wie der Sekretär Raunig im Cihulaprozess sagte, alle Parteien, welche für Gott, Kaiser und den Herrn arbeiten. Sie haben sich mit dem Klerikalismus ausgesöhnt und innig verbündet — bei dieser Paarung hat der Nationalverband den liebenswürdigen Kuppler gespielt, den man natürlich, wenn es so weit ist, als lästigen Zeugen fortschickt.

Betrogen sind dabei nur jene Intellektuellen, welche die Freiheitlichkeit des Nationalverbandes ernst genommen haben.

Betrogen sind sie in ihrem Nationalismus von den Christlichsozialen, welche jetzt den nationalen Kampf mitmachen. Für die Christlichsozialen ist dabei die Nation sicherlich die Nacht, wo alle Kühe schön allmählich — schwarz werden!

Die dritte aber und die tragischste der Illusionen, der so viele Intellektuelle heute erliegen, ist die nationale Illusion. Sie vermeinen, dass das Regime Bienenrth deutsch sei; sie glauben treuherzig, dass Fabrikanten und Agrarier zur nationalen Idee zurückgekehrt sind! Sie glauben das, weil sie die Vorgänge im Parlament nur so kennen, wie sie Moritz Benedikt und die Schriftleiterpresse darstellt.

In Wahrheit haben deutsche und tschechische Agrarier in treuer Bundesbruderschaft durch vier Jahre miteinander und für die Regierung gestimmt, so oft es gegen die Interessen der Konsumenten ging. In Wahrheit haben in allen Ausschüssen und im Plenum tschechische und deutsche Bourgeoisvertreter alle Standesforderungen der Angestellten, alle Klassenforderungen der Arbeiter einmütig niedergestimmt. Durchaus international gingen sie an allen Werktagen der realen Politik vor, nur an Paradedagen gaben sie den national denkenden Intellektuellen eine Festvorstellung — das war just dann, wenn es sich um Ministerposten handelte oder wenn sie eine ihrer krassen Volksverrätereien durch nationalen Lärm zu vertuschen den Anlass suchten. Dann haben sie eine nationale Feindschaft agiert, die sie längst nicht mehr fühlen.

Viel Scharfsinn gehört wahrhaftig nicht dazu, um zu erkennen, was sie jetzt planen.

Glombinski hat in Prag aus der Schule geschwätzt. Das Ministerium Bienenrth sieht ein, dass es auf dieser schmalen Basis die Geschäfte nicht fortführen kann, dass es so nie zu Steuern kommt und des Ansturms der Sozialdemokraten gegen die Zollpolitik sich so nicht erwehren kann.

Diese Wahlen sind für Bienenrth persönlich Liquidierungswahlen: Er will sein „deutsches Regime“ liquidieren und von vorne anfangen, er will den Faden dort aufnehmen, wo er 1908 von den Tschechen abgeschnitten worden ist. Also fort mit dem alten Haus und herbei ein neues! Vorher aber soll die nationale Intelligenz noch einmal ihre Mohrenpflicht tun, sie soll im Namen der nationalen Hochziele die Sozialdemokratie niederwerfen helfen und gut kapitalistische, gut agrarische, gut klerikale Abgeordnete ins Haus schaffen: Dann hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, dann lässt sich auf der Ministerbank endlich die ersehnte Regierung internationale nieder und liefert die Zölle und Steuern! Mit der deutschen Vorherrschaft, mit der Kreiseinteilung in Böhmen hat es dann gute Wege!

Das sind die politischen Tatsachen — sie sehen anders aus, als wie sie sich im Himmel der Einbildungen vieler Intellektueller widerspiegeln. Gerade sie braucht man diesmal als Vorspann gegen die Arbeiter, gerade sie will man bei diesen Wahlen wirtschaftlich, kulturell und national hinters Licht führen! Wir wissen nicht, ob unsere Warnung an ihr Ohr kommt. So müssen wir uns denn mit dem Bewusstsein begnügen, sie rechtzeitig gewarnt und damit unsere Pflicht erfüllt zu haben. Sollte es, wie in Deutschland 1908, gelingen, sie durch eine liberal-konservative Paarung, durch eine bürgerliche Blockparole irrezuführen, so können wir ihnen heute schon sagen: Keine drei Jahre werden ins Land gehen und sie werden, so wie heute in Deutschland ihre Standesgenossen, sich in grimmiger Enttäuschung von ihren dermaligen Führern abwenden. Mögen sie das eine wohl beachten: Jenseits des Riesengebirges — da sitzen heute die Niedergerittenen von gestern hoch zu Rosse!

Heinrich Weber: Reichsratswahlen und auswärtige Politik

Auf die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns hatten die Völker bisher keinen Einfluss. Die auswärtige Politik des Reiches ist noch immer die Domäne des Absolutismus. Dem Gesetze nach liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Bündnisse und „Ententen“ ausschliesslich in der Hand des Kaisers. Tatsächlich werden die Fäden von der zünftigen Diplomatie gesponnen, von einer kleinen Clique volksfremder adeliger Herren. Natürlich steht diese Diplomatie unter mannigfaltigen Einflüssen. Von der römischen Kurie aus und von den Palais der Erzbischöfe, von den Comptoirs der Grossbanken und von den Schlössern polnischer Schlachzizen, von den Boudoirs vornehmer Frauen und vom Arbeitsraum des Chefs des Generalstabes führen unsichtbare Fäden zum Ministerium des Aeussern. Aber die Völker finden zu ihm keinen Weg. Eine starke „öffentliche Meinung“, wie sie in England, Frankreich, Italien, ja selbst, wenn auch mit geringerer Macht, im Deutschen Reiche und in Russland die Leitung der auswärtigen Politik beeinflusst, fehlt in Oesterreich vollständig. Die grossen deutschen Blätter beeinflussen Aehrenthal nicht; sie werden von ihm beeinflusst. Und die Presse der nichtdeutschen Nationen hat keine Möglichkeit, auf die auswärtige Politik der Monarchie einzuwirken. Dem Reichsrat sind die auswärtigen Angelegenheiten vollständig entzogen, die Delegationen sind eine willenlose Bewilligungsmaschine, die immer wieder — so bei der Annexion, so bei dem Bau der Dreadnoughts — vor vollendete Tatsachen gestellt wird. So kann sich der Absolutismus auf dem wichtigsten Gebiete staatlicher Wirksamkeit schrankenlos ausleben.

Dieser Absolutismus mochte unangefochten bleiben, solange er untätig blieb. Denn was die Völker von der Leitung unserer auswärtigen Politik fordern müssen, die Wahrung des Friedens, schien damals in guter Hut. Unter Aehrenthals Regime ist es anders geworden. Er hat zwar die Sandschakbahn nicht gebaut; aber durch die Ankündigung, dass er sie bauen wolle, hat er eine gefährliche Missstimmung in Russland, am Balkan und in Italien erzeugt. Er hat zwar Bosnien nicht erobert, konnte es nicht erobern, da es schon seit 1878 im Besitz Habsburgs war; aber um den Besitztitel zu ändern, der eisernen Bürgschaft der Bajonette die papierene Garantie des Annexionsdekrets hinzuzufügen, hat er uns hart an den Abgrund des Krieges geführt. Er hat durch den Bau der Dreadnoughts unsere Machtstellung gegen Italien nicht gestärkt, da Italien jedem österreichischen Dreadnought einen eigenen gegenüberstellt; aber er hat durch diese Rüstungen Misstrauen und Missstimmung jenseits der Alpen gesät. Seine Politik opfert dem Prestige der Grossmacht die Sicherheit des Friedens.

Wohin will uns diese Politik führen? Der Bau der Dreadnoughts zeigt die Möglichkeiten, mit denen sie rechnet. Denn dass die Dreadnoughts zum Küstenschutz oder zum Schutze unseres Seehandels bestimmt seien, kann man nur denen einreden wollen, die einen Kriegshafen nie gesehen. Zum Küstenschutz braucht man Torpedo- und Unterseeboote, nicht grosse Schlachtschiffe; und der Gedanke, jedem Handelsschiff einen Dreadnought als Begleiter mitzugeben, ist absurd. Die Bestimmung der Dreadnoughts kann nur die Seeschlacht, der Kampf um die Seeherrschaft in der Adria sein. Und da der Krieg mit unseren Nachbarn immer nur zu Lande entschieden werden kann, kann die Gewinnung der Seeherrschaft wohl nur einem Zwecke dienen: die Strasse von Otranto zu sperren, die Landung italienischer Truppen an der albanischen Küste zu verhindern. Wenn die Dreadnoughts mehr sind als ein kostspieliges Spielzeug, dann sind sie der Beweis, dass Aehrenthal an die Möglichkeit eines Kampfes um Albanien denkt.

Keines der österreichischen Völker will diesen Kampf, keines hat von der Politik der Eroberungen etwas zu erhoffen. Und dennoch beugen sich die bürgerlichen Parteien Aehrenthals Willkür wie einer unabänderlichen Fügung. Sie haben der Sandschakbahn und der Annexion zugejubelt. Sie haben die Dreadnoughtskredite bewilligt. Von ihnen hat Aehrenthal nichts zu fürchten. Warum unterstützen die bürgerlichen Parteien eine Politik, deren letzte Konsequenzen sie selbst nicht wünschen?

Der Grund dieser unmännlichen Haltung der bürgerlichen Parteien ist darin zu suchen, dass das österreichische Bürgertum jede Hoffnung aufgegeben hat, Einfluss auf die auswärtige Politik zu gewinnen. Ueberzeugt, dass sein Widerstand fruchtlos wäre, sucht es durch willige Zustimmung die Gunst der Herrschenden zu erkaufen, um in der inneren Politik von ihrer Gnade begünstigt zu werden. Diese Resignation ist der Niederschlag einer traurigen Erfahrung. Als Oesterreich die Okkupation Bosniens vorbereitete, haben die Liberalen diese Politik bekämpft. Sie haben Andrassy den Sechzig-Millionenkredit verweigert, den er forderte, als er zum Berliner Kongress reiste; sie haben ihm die Erhöhung des Rekrutenkontingents nicht bewilligen wollen, als er gerade zum bosnischen Feldzug rüstete; sie haben am Berliner Vertrag, als er schon eine vollzogene Tatsache war, gemäkelt. Ihr Widerstand gegen die Politik Andrassys, von der der Kaiser nachdrücklich sagte, dass sie seine Politik sei, ist fruchtlos geblieben: Bosnien wurde trotzdem okkupiert. Aber diese Politik hat die Liberalen die Gnade des Hofes gekostet. Das liberale Ministerium Auersperg wurde entlassen, Taaffe berufen, der den „eisernen Ring“ gegen die Deutschliberalen schmiedete. Bismarck sagte dann im Deutschen Reichstag, die Herbstsche Partei — „die Herbstzeitlosen nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit getan“ — habe den Kaiser durch ihren Widerstand gegen Andrassys Politik „genötigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen“*. Diese Erfahrung hat das Bürgertum geschreckt. Es meint nun, es sei höchste staatsmännische Weisheit, sich der auswärtigen Politik der Herrschenden, wohin immer sie gerichtet und wie immer sie beschaffen sein mag, nicht zu widersetzen.

In Wirklichkeit hat das Bürgertum aus der Erfahrung von 1879 einen falschen Schluss gezogen. Denn die Erfahrung der „Herbstzeitlosen“ beweist nur dies, dass eine Partei dem Willen der Herrschenden dann nicht trotzen kann, wenn sie ihre Macht nur der Gnade der Herrschenden verdankt. Hätten die Liberalen wirklich eine reale Macht, den unbeugsamen Willen der Völker ausgedrückt, dann hätten sie sich Andrassy ruhig widersetzen können; es wäre unmöglich gewesen, sie zu stürzen. Das war nun freilich nicht der Fall. Der liberale Koloss stand auf tönernen Füßen. Es brauchte nicht viel, ihn zu stürzen. Ein Erzherzog lud ein paar böhmische Grossgrundbesitzer zu Tische und — die Mehrheit wurde zur hoffnungslosen Minderheit! Dies der Grund des Zusammenbruches der Liberalen! Was beweist es heute für uns, da die Kraft der Parteien im Willen der Wähler des allgemeinen Stimmrechts wurzelt? Heute kann man bei keinem Hofdiner mehr Majoritäten in Minoritäten verwandeln.

Warum wagt das Bürgertum trotzdem immer noch keinen Widerstand gegen die auswärtige Politik der Herrschenden? Es ist vor allem wohl der nationale Kampf, der es der Möglichkeit des Widerstandes beraubt. Denn wenn die Herrschenden auch nicht mehr der oder jener Partei die Wähler abkommandieren können, so sind sie doch immer noch mächtig genug, aus den vielen Parteien bald die, bald jene Koalition zu bilden und zur Mitherrschaft zu berufen. Darum suchen die bürgerlichen Parteien heute noch durch gehorsame Bewilligung von Annexions- und Dreadnoughtskrediten der Herrschenden Gunst zu erkaufen. Dass diese Politik profitabel ist, hat Aehrenthal ihnen jüngst wieder gezeigt: zur Belohnung dafür, dass sie in der Annexionskrise so brav gewesen, bekamen die Deutschen die „deutsche Regierung“ Bienenherth; und die Tschechen, deren Patriotismus sich nicht hinreichend bewährt, müssen das bittere Brot der Opposition essen! So endet der Konkurrenzkampf der nationalen Bourgeoisien im Wettkriechen vor den Herrschenden. Wer den anderen in Höflingsgesinnung übertrifft, bekommt dafür „nationale“ Trinkgelder. Und Aehrenthal kann uns ungestört weiterführen auf der Bahn der Abenteuer — weiter, wohin immer es ihm beliebt!

Mit wahrer Begeisterung treiben die Christlichsozialen diese Politik. Sie sind die eigentliche Partei des aggressiven Grossösterreichertums — aggressiv und grossösterreichisch gegen Ungarn, gegen Italien, gegen die Balkanstaaten. Sie glauben — ob mit Recht oder Unrecht, wissen wir nicht — diese Politik entspreche den Neigungen des Thronfolgers; sie hoffen, sich die Zukunft zu sichern, wenn sie ihren Eifer für diese Politik demonstrieren. Ein wenig schwerer wird es schon den Deutschnationalen.

* Rede Bismarcks am 14. Juni 1882.

Die Hohenzollern-Schwärmer von gestern müssen es erst lernen, Habsburgs Farben zu tragen. Aber sie sind gelehrig. Und der Bund mit dem Deutschen Reiche erleichtert den Uebergang. Wenn man sie reden hört, könnte man wohl meinen, dass sie Aehrenthal die Dreadnoughts nur bewilligen, um Bethmann-Hollweg gegen Grey zu stärken. Als ob die österreichischen Dreadnoughts nicht für die Adria, sondern für die Nordsee bestimmt, ihre Geschütze nicht gegen Italien, sondern gegen England und Frankreich gerichtet wären! Und dies nun gerade jetzt, da Oesterreich in der jüngsten Phase der Marokko-Krise so deutlich von Deutschland abgerückt ist, als ob die österreichische Diplomatie wieder einmal, der glorreichen Tradition treu, „Europa durch ihren Undank überraschen“ wollte!

So finden sich alle bürgerlichen Parteien schliesslich vereinigt in Aehrenthals Diensten. Der österreichische Imperialismus hat keine bürgerliche Opposition. Und so geht er denn seinen Weg lustig weiter: Dreadnoughts, Erhöhung des Rekrutenkontingents, Intrigen am Balkan, Zettelei mit Italien — und der Glaube an die Sicherheit des Friedens wird immer schwächer.

Stehen wir diesem Treiben machtlos gegenüber? Nicht ganz! Wir sind nicht machtlos mit dem Stimmzettel in der Hand. Wir können den bürgerlichen Parteien beweisen, dass ihre Macht nicht nur von der Gnade der Herrschenden, sondern auch von der Gunst des Volkes abhängt. Wir können ihnen zeigen, dass man nicht ungestraft des Volkes Gut dem Militarismus preisgibt, nicht ungestraft auswärtigen Abenteuern zustimmt, um nur in der inneren Politik die Gnade der Mächtigen zu finden. Gelingt es uns, dies den bürgerlichen Parteien am Wahltag zu beweisen, dann werden sie ein andermal vorsichtiger sein. Graf Aehrenthal wird sie dann nicht mehr so gefügig finden wie bisher. Auch für die auswärtige Politik wird das Ergebnis der Reichsratswahlen von grosser Bedeutung sein.

N. Trotzky: Der russische Paragraph 14

Es gibt Gesetze, die viel mächtiger sind als die Gesetze Stolypins und seiner Duma: die Gesetze der Geschichte.

Schon schien die Reaktion des Polizeistaates ihrem Endziele ganz nahe! Alles war ausgelöscht, erdrückt, zertreten — man konnte glauben, dass die fluchwürdigen Zeiten eines Alexander III. ihre Rückkehr in das Land feierten. Aber unter der herrschenden Totenstille verbarg sich das Leben und unsichtbar vollzog es sein Wiedererwachen. Die allerschwersten Wunden verharschten. Der panische Schrecken legte sich. Die Erfahrung, die die Revolution gebracht hatte, wurde vom Bewusstsein verarbeitet. Ein neues Geschlecht war reif geworden und erstarkt. Und nun, als die Sieger endgültig feststellten, dass sie in dem verödeten und entehrten Lande alles tun durften: den Namen und das Andenken Tolstois verhöhnern, die wehrlosen und gefangenen Feinde in den Gefängnissen foltern, alles besudeln, was dem Herzen des Volkes teuer und heilig ist — eben jetzt ertönte über ihren Köpfen der erste, noch ferne und schwache, aber doch drohende Frühlingsdonnerschlag...

Zuerst starb Tolstoi in ganz Russland beunruhigender Weise. Dann machte der Terrorist Fedor Sasonow, Plehwes Mörder, auf noch aufregendere Art seinem Leben in der Katorga ein Ende. Die Studenten rissen ein nicht mehr zu verhüllendes Loch in die Legende der „Beruhigung“. Der Reichsrat wurde dem Diktator ungehorsam, die Reichsduma trat auf die Seite des Reichsrates. Der Oktobrist Gutschkow legte demonstrativ sein Amt als Vorsitzender der Duma nieder. Und Stolypin blieb zwar auf seinem Posten, niemand rechnet aber mit der Dauer seiner staatsmännischen Wirksamkeit. Woher das alles? Die Studentenunruhen für Russland gaben seit jeher den unmitttelbaren Anstoss, den ganzen Bau ins Wanken zu bringen. Der Studentenstreik hat in unerwartet hohem Grade die Regierung blossgestellt, hat den Glauben an ihre Unbesiegbarkeit zerstört, ihre Autorität zunichte gemacht. So gross ist die Macht der revolutionären Tatsache, dass sogar die Liberalen, die alles getan haben, was in ihren

Kräften stand, um den Streik zu schwächen, doch unter seinem Einfluss anfangen, sich in der Duma und in ihrer Presse ganz ernstlich aufzuspielen. Die Studentenschaft ist eine viel zu schwache Truppe, um dem Regime des Staatsstreichs vom 3./17. Juni 1907 einen ernsten Schlag zu versetzen. Die Kühnheit und die Energie ihres Auftretens reichten aber aus, um die Autorität Stolypins zu zerstören, die erwachsen war aus dem Schrecken der besitzenden Klassen und aus der Charakterlosigkeit der bürgerlichen Demokratie.

Wenn auch die Studentenbewegung zum revolutionären Anstoss wurde, liegen doch die eigentlichen Ursachen der Krise des Stolypin-Oktobristen-Regimes selbstverständlich viel tiefer, in der Grundlage des Baues selbst, welcher am 3./17. Juni aufgeführt wurde.

Die Oktobristen beklagen sich jetzt darüber, dass die Regierung sie hintergangen habe. Das ist ein Unsinn. Wer konnte auch nur für einen Augenblick annehmen, dass die feudale Bureaukratie, welche die Erhebung des Volkes im Blute ertränkt und zwei Dumas erwürgt hat, zu guter Letzt dem „liberal“-konservativen Vertreter des Kapitals, dem Moskauer Börsenmanne Gutschkow, Platz machen werde?

Niemand hat die Oktobristen getäuscht. Sie wussten, worauf sie lossteuerten. „Bauern und Arbeiter existieren nicht als politische Bundesgenossen für die Bourgeoisie.“ „Der einzige Verbündete der Bourgeoisie ist der Grundbesitz.“ So sprach mehr als einmal die „Stimme von Moskau“, das Organ Gutschkows, den Grundgedanken der Oktobristenrichtung aus. Das bedeutet natürlich bei weitem nicht, dass die Kapitalisten und der Adel die gleichen Interessen hätten. Das bedeutet aber, dass die allertiefsten Widersprüche ihrer Interessen blass und unsichtbar werden, sobald die sozialen Bewegungen der Massen des Volkes in den Vordergrund treten. Die kapitalistische Bourgeoisie hatte innerhalb ihrer Fabriksmauern Millionen von Arbeitern konzentriert. Im Jahre 1905 war sie von Angesicht zu Angesicht mit ihnen zusammengestossen und nun überliess sie den ganzen Staatsapparat mit geschlossenen Augen der alten monarchischen Gewalt, welche sich auf die traditionell adelige Bureaukratie stützte. Indem sich die Kapitalisten mit den Gutsbesitzern als ihrem „einzigen Bundesgenossen“ vereinigten, verzichteten sie dadurch vollständig auf alle weitausschauenden Pläne, den inneren Markt durch Landverteilung an die Bauern gesunden zu lassen. Wann hat der Adel je freiwillig Land aus seinen Krallen gegeben? Die kapitalistische Bourgeoisie segnete den Staatsstreich vom 3. Juni 1907 als eine Rettung; indem sie über die Wiedererstehung der Selbstherrschaft Genugtuung empfand, die im Oktober 1905 geborsten war, verzichtete sie im gleichen Augenblick bewussterweise auf die parlamentarischen Budgetrechte, damit auch auf eine ernstliche Aenderung des zarischen Budgets, das in allen seinen Teilen dem adeligen Parasitentum und der bureaukratischen Raubgier ausgeliefert blieb. Kurz, der Block vom 3. Juni, der vor ganz Russland geschlossen wurde, bedeutete vom Anfang an die Oberherrschaft des Gutsbesitzers über den „Kaufmannssohn“, des Beamten über den Gutsbesitzer und den Kaufmann, des Reichsrates über die Duma, des Ministeriums über beide „gesetzgebenden Kammern“, der Hofkamarilla über das Ministerium. Kein Mensch hat die Partei Gutschkows betrogen, sie wusste, wohin ihr Weg sie führte. Man kann mit voller Bestimmtheit sagen, dass, wenn die Oktobristen jetzt nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre wiederum vor der Entscheidung wie am 3. Juni 1907 stünden, sie alle ihre Schritte vom Anfang bis zum Ende noch einmal wiederholen würden.

Der Block vom 3. Juni ist aufs kräftigste gefestigt worden: Stolypin verstand es vor allem, die Oktobristenpartei, die bis dahin eine Verbindung der Interessenten der Börse und des etwas europäisch frisierten Teiles des Gutsbesitzes war, durch einen die Partei stark bestimmenden Einschlag von Bureaukraten und Regierungsmännern in lakaienhafte Abhängigkeit zu bringen. Die Oktobristenpartei in ihrem kapitalistisch-agrarischen Kern, der Regierung gegenüber auf parlamentarischem Boden einflusslos, besonders geschwächt durch die Beamtenhilfstruppe, kam nunmehr in direkte Abhängigkeit von dem rechten Flügel der Duma, den verwilderten Junkern und Pogromleuten. Ohne diese konnte die Partei bei allen ihren „Reformversuchen“ keinen Schritt tun. Ueber die Duma, damit sie sich nicht zu weit hinreissen

lasse, wurde der Reichsrat gesetzt, in seiner Mehrheit aus Beamten bestehend, aus entlassenen Ministern und zahnlosen Satrapen, die der Zar in diese Körperschaft berufen hatte. Jeder gesetzgebende Beschluss, über den Duma und Reichsrat einig geworden waren, muss, bevor er zum Gesetz wird, vom Zaren sanktioniert werden, der aber wieder nur das ausführende Organ des „Rates des vereinigten Adels“ ist. Und endlich zu alledem wurde den Staatsgrundgesetzen der Artikel 87 eingefügt, eine Kopie des österreichischen § 14, der der zarischen Regierung während des Nichttagens der Duma die Möglichkeit gibt, selbstherrlich gesetzgeberisch zu wirken.

Die Versuche der verbündeten konterrevolutionären Mächte, aus dem Zauberkreis der inneren Politik auf die breite imperialistische Weltstrasse herauszutreten; dem russischen Kapital mit Gewalt den Zugang zum Balkanmarkt und zu den Märkten Asiens zu verschaffen; die Aufmerksamkeit des Volkes durch äussere Erfolge von den inneren Wirren abzulenken, diese ebenso marktschreierischen wie ohnmächtigen Versuche des Stolypinschen Blocks, die selbst von den Kadetten unterstützt wurden, führten zu einer Reihe von schmachvollen diplomatischen Niederlagen. Es erwies sich, dass man auf der internationalen Arena keinen Einfluss haben kann, wenn das hohe Militär aus unwissenden und blutdürstigen Henkern besteht, wenn der „treue“ Soldat unwissend und der denkende Soldat unzufrieden ist, wenn das Militärbudget, angefangen vom Panzerschiff bis zum Kommissbrot des Soldaten, von den Intendanten und anderen Schuftten bestohlen wird, kurz, wenn die Armee und die Finanzgebarung aufs äusserte desorganisiert sind und die Regierung fortwährend mit ihrem eigenen Volke Krieg führt. Nun mussten die Männer des 3. Juni eine neuerliche Wendung zur alten Misere der inneren Politik ausführen. Von den imperialistischen Niederlagen kehrten sie zu — inneren „Reformen“ zurück. Die lauten Grossmachtscharlatane machten zum Teil den kleintlichen, boshaften, aber nicht weniger scharlatanhaften Vertretern des Nationalismus Platz, zum Teil vereinigten sie sich mit ihnen. Wenn das Bündnis zwischen Grossbürgertum, Adel und Bureaukratie die Möglichkeit ernsthafter Agrarreformen und damit die Ausweitung des inneren Marktes ausschliesst; wenn auf der Grundlage des gleichzeitig ausgesogenen und künstlich eingeengten inneren Marktes eine starke Armee und eine siegreiche imperialistische Politik unmöglich ist, dann kann man immer noch versuchen, den inneren Markt für die „eingeborenen“ Besitzer zu monopolisieren, den polnischen und jüdischen Kapitalisten nach Möglichkeit von der allgemeinen Krippe der Nation fernzuhalten, den wahrhaft russischen Edelmann auf Rechnung der anderen Nationalitäten satt zu machen. Der Raubzug gegen Finnland, die Vorschläge, das Gouvernement Wyborg von Finnland, Cholmschtschina von Polen abzutrennen, das Projekt der städtischen „Selbst“verwaltung in Polen und schliesslich der Vorschlag, für die sechs westlichen Gouvernements die Semstwoverfassung einzuführen, alles dies ist aus der nationalistischen Strömung hervorgegangen, die Stolypin mit den Nationalisten in der Duma immer enger zusammenbrachte, denen die Oktobristen als willenlose Hilfstruppe folgten.

Man verzichtete darauf, Finnlands Selbständigkeit mit einem Schlage zu zertrümmern, und begnügte sich hier einstweilen damit, die Taktik der zahlreichen kleinen und desto gehässigeren Massregeln einzuschlagen. Die Bestrebungen der nationalen Politik wendeten sich lieber nach der Richtung des geringeren Widerstandes: gegen die Juden und die Polen. Das Projekt der westlichen Semstvos rief eine babylonische Verwirrung hervor. Was wollte man denn mit den westlichen Semstvos? Das Wahlrecht der Semstvos wird zur Verhöhnung des Bauerntums und der städtischen Volksmasse; die Juden werden vom Stimmrecht völlig ausgeschlossen; der landbesitzende Adel, zu dessen Gunsten die ganze Massregel geplant war, wird in zwei Kurien geteilt: eine engere für die polnischen Schlachzizen und eine weitere für die Adeligen rechtgläubiger Konfession.

Die Antreiber dieser Reform waren die Nationalisten, unter denen die Russifikatoren aus den westlichen Gouvernements und aus dem Königreich Polen den ersten Platz einnahmen. Aber auch die Oktobristen liessen sich von ihnen nicht beschämen. Diese Gesetzesvorschläge, die in der Duma schon angenommen waren, fielen wider alle Erwartung im Reichsrat durch. Aus welchem Grunde sind denn die Exzellenzen rebellisch geworden?

Die weitblickenden Konservativen waren über die nationalistischen Exzesse Stolypins einfach erschrocken. So geht es nicht, sagten sie, man muss vorsichtiger zu Werke gehen, sonst bringt man die eigenen Volksmassen sowohl wie die „fremden“ besitzenden Klassen gegen uns auf! Einem anderen Teil, den eingefleischten Bürokraten, wie etwa Durnowo und Witte, waren die Semstvos ebenso wie die Polen und das ganze teure Vaterland ganz gleichgültig, aber ihnen waren in den fünf Jahren der Stolypinschen Wirtschaft im Reichsrat die Beine eingeschlafen, sie wollen sich sehr gern ein wenig recken, indem sie die Macht wieder einmal an sich nehmen; zu diesem Zwecke muss aber Stolypin auf irgendeine Weise geworfen werden. Der vorsichtige Konservatismus verband sich im Reichsrat mit der bürokratischen Intrige, so fiel das Stolypinsche Semstwo.

Die Nationalisten heulten laut auf, sie fürchteten sehr, den fetten Semstwobraten in den westlichen Gouvernements zu verlieren. Auch die Oktobristen erhoben sich. Sie brauchen eine höhere gesetzgebende Körperschaft. So reaktionär die Duma ist, so kann es doch auch für sie Schranken geben, vor denen sie stillsteht, denn sie ist doch immerhin eine gewählte Körperschaft — daher braucht sie einen bürokratischen „Rat“, der geeignet ist, in gewissen Fällen ihre Arbeit zu hemmen, der ihr die Möglichkeit gibt, die Empörung des Volkes von sich auf die unverantwortliche „höchste“ Körperschaft abzulenken. Aber die Dumamehrheit wünscht, dass ihr der Reichsrat nur dann Opposition macht, wenn sie hinter den Kulissen damit einverstanden ist. Am meisten war aber Stolypin empört. Das Blut stieg dem Diktator zu Kopfe: sind denn diese alten Nichtstuer deswegen in eine gesetzgebende Körperschaft hineingesetzt worden, um ihm, dem Retter des Eigentums und des Thrones, zu widersprechen? Rasch entschied Stolypin: Der Artikel 87 erlaubt der Regierung, während der Abwesenheit der Kammern aussergewöhnliche legislative Massregeln zu ergreifen. Zwingen wir also die Kammern, abwesend zu sein, und dann — selbst macht man's immer am besten. Am 12./25. März wurden die Gesetzgeber für drei Tage beurlaubt, Stolypin brachte im Namen seines Monarchen das westliche Semstwo unter dem falschen Titel des Artikels 87 durch. Die Methode war ganz offenbar die eines Falschspielers, das falsche Spiel selbst frech, aber wenig schlau. Die klügeren und vorsichtigeren Konservativen des Zentrums im Reichsrat waren aufs höchste entsetzt über die Art, wie mit den beiden „hohen Häusern“ umgesprungen wurde. Sie vereinigten sich mit der linken Gruppe, die aus den zahmsten Vertretern des professoralen und des Semstwoliberalismus besteht; zu diesem Block traten dann auch die Intriganten der äussersten Rechten, die morgen, wenn sie an Stolypins Stelle getreten sein werden, sich als genau solche Ueberstaatsmänner bewähren werden. Der Reichsrat nahm die Interpellation wegen Verletzung der Staatsgrundgesetze an.

Zum Erstaunen Stolypins stand auch die Reichsduma gegen ihn auf. Der Machthaber war so gewohnt, keine Umstände zu machen, dass er gar nicht bemerkte, dass er, als er dem Reichsrat den Herrn zeigen wollte, auch die Duma schwer verletzte. Die Nationalisten hatten die westliche Semstwo mit einer devoten Verbeugung aus Stolypins Händen empfangen. Aber die Oktobristen begannen zu murren. „Die Verletzung der Grundgesetze durch das Haupt der Regierung“, erklärte ihr Redner Lerche, „ist eine höchst ungewöhnliche Erscheinung.“ Natürlich ist das eine unbeholfene und sinnlose Lüge: Das einzig Bleibende und Beständige in Stolypins Arbeit war eben das Verletzen der Staatsgrundgesetze. Am 9./22. November wurde, unter Verhöhnung der Staatsgrundgesetze, das Gesetz durchgebracht, das die Ausplünderung des Gemeindelandbesitzes (Obschtschina) sanktioniert. Mittels eines offenen Staatsstreiches, den Stolypin am 3./17. Juni 1907 nach vorheriger Vereinbarung mit der Gutschkow-Vereinigung vollzogen hat, sind die Oktobristen zur führenden Partei der Duma geworden. Nachdem sie ihren ganzen Einfluss einem Staatsstreich verdankten, halfen sie Stolypin am 14./27. März 1910 bei dem Staatsstreich gegen Finnland. Eine ganze Reihe von weniger bedeutsamen Massnahmen wurden von Stolypin in der gleichen „gesetzlichen“ Weise vollzogen. Wie viele Tausende Seelen hat endlich dieser blutige Machthaber während der letzten fünf Jahre mit Hilfe seines „schnell arbeitenden Standrechtes“, dieses organisierten Hohnes auf Gericht und Gesetz, ins Jenseits befördert? Und die Oktobristen

haben kein einzigesmal protestiert, im Gegenteil, sie unterstützten ihn. Warum sollten sie es nicht tun? Konnte man bei der Niederdrückung des Volkes, welches aus jahrhundertlangem Schlummer erwachen wollte, mit solchen konventionellen Dingen rechnen, als da sind Staatsgrundgesetze und geschriebene Verordnungen!

Ganz anders war die Situation jetzt, als die Familienzwiseigkeiten unter den Siegern selbst ausgebrochen waren. Gewiss ist der Widerstand des Reichsrates gegen die „nationale“ Strömung ärgerlich, aber man kann doch den Reichsrat nicht mit der Soldatenfaust abtun, denn der Reichsrat ist notwendig, er wird noch oft notwendig sein, um den Ansturm der Demokratie abzuwehren. Man kann doch auch nicht die Gesetzgeber für drei Tage fortschicken, bis der Kanzleischreiber inzwischen die Gesetze schreiben wird — wozu hat man dann die ganze Geschichte mit der Konstitution angefangen? So argumentierten die Oktobristen, indem sie die Interpellation wegen Verletzung der Staatsgrundgesetze annahmen.

Als Antwort auf die Interpellation des Reichsrates verwies ihn Stolypin auf allerlei deutsche und französische gelehrte Bücher über Staatsrecht. In der Duma wählte Stolypin eine andere Verteidigungsart: er rief die Volksvertretung an, die Fragen der „Form“ aufzugeben und zu den Fragen nach dem „Wesentlichen“ überzugehen: denn höher als alles stehen ja die grossen Ideale der Nation. Ist es denn schliesslich nicht ganz gleich, durch welche Massnahmen diese Ideale verwirklicht werden? Aber Stolypin hatte in der Duma ebensowenig Erfolg wie im Reichsrat: seine Erklärungen wurden als „unzureichend“ befunden. Stolypin hätte ja viel kürzer und einleuchtender, ohne alle Gelehrsamkeit und ohne nationale Deklamation antworten können: „Wer bin ich?“ hätte er seinen unzufriedenen Bundesgenossen sagen können. „Ich war früher Gouverneur in Ssaratow, ich habe die rebellischen Bauern vor meinen Augen prügeln lassen, ich war von politischen Ideen nicht beschwert. Ich war vom Anfang an bereit, jeden Auftrag auszuführen, ich habe stets auf meinen Spürsinn vertrauen können, ich habe zu gleicher Zeit mit den Kadetten und den Progromführern unterhandelt, habe die Progromleute für meine Zwecke voll ausgenützt, über die Kadetten habe ich die Ueberzeugung gewonnen, dass sie politisch völlig ohnmächtig sind und, was die Hauptsache ist, ich habe das Geheimnis entdeckt, dass das wichtigste Bestreben der besitzenden Klassen, unter welcher politischen Maske immer sie auftreten mögen, das ist, ihr Eigentum vor der Revolution zu schützen. Da habe ich denn nun alle konventionellen Erwägungen aufgegeben, ich habe zwei Dumas auseinandergelacht, ich habe Sie hier versammelt und habe Ihnen offen und ehrlich gesagt: „mein Programm ist der Schutz eures Landes und eures Profits!“ Und Sie antworteten mir: „Und unser Programm ist Stolypin.“ Und von der Zeit an hängte ich, würgte ich, gab ich Gesetze, schuf und zerstörte ich in voller Ueberzeugung, dass ich mit meinen Handlungen gar keine Gesetze verletzen kann, denn ich selbst bin für Sie Gesetz und Prophet zugleich.“

Mit einer solchen Antwort hätte sich Stolypin vor dem Volke natürlich nicht gerechtfertigt, aber er hätte die Last der Verbrechen der Gegenrevolution richtig verteilt zwischen seinen Bundesgenossen, seinen Hehlern, und denen, die die Verbrechen nur geschehen liessen.

So schliesst das neue Kapitel der Geschichte der dritten Duma: auf den Bankrott der oktobristischen Reformbestrebungen, auf die skandalösen Niederlagen der imperialistischen Politik — der Krach des nationalistischen Kurses. Noch bevor die Politik des erneuten Ansturmes gegen die Fremden irgendeinen praktischen Erfolg haben konnte, erschreckte sie mit ihren provozierenden Ausschreitungen sogar die konservativen Exzellenzen des Reichsrates und brachte gänzliche Verwirrung in die Reihen der verbündeten Sieger. Diese allgemeine Verwirrung unter den Herrschenden deckte alle Widersprüche auf und zerstörte alle Illusionen. Von nun an wird Stolypin wie auch sein eventueller Nachfolger nur mittels einer von jeder „Ideologie“ gereinigten bureaukratischen Alleinherrschaft regieren können . . . , so lange dieses System überhaupt noch weiter wirken kann.

Und wieder wie in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts stellt sich bei der Rechten, der Linken und im liberalen Zentrum die feste Ueberzeugung ein, dass das Land neuen politischen Erschütterungen entgegengeht. Das Auftreten der Studenten-

schaft, dieser Rekognoszierungstruppe der russischen städtischen Demokratie, ist das äussere Symptom einer neuen revolutionären Sturm- und Drangperiode. Das Hervortreten der Arbeiterdelegierten auf verschiedenen legalen Kongressen zeigt mutige Entschlossenheit. Allmählich bilden sich die lokalen illegalen Parteiorganisationen wieder, die in vielen Städten während der letzten zwei Jahre überhaupt erstorben waren. Die Maifeier wurde in diesem Jahre mit längst nicht mehr gekannter Begeisterung begangen. Mit vollem Recht fürchten die Hüter der heiligen Ordnung die kommende grosse Wendung.

Nur der Aufschwung in Handel und Industrie, der gegenwärtig in den wichtigsten Zweigen der Produktion immer weitergreift, kann die katastrophale Zertrümmerung eines Regierungssystems für einige Jahre aufhalten, bei dem ein bureaukratischer Athlet im Rocke eines Gentleman als staatsmännisches Genie galt und seine politischen Helfershelfer sich als Stützen der Kultur und des Fortschrittes ausgaben. Der ins Wanken geratene Block kann durch den Kitt der wirtschaftlichen Prosperität noch eine Zeitlang zusammengehalten werden: Kokowzew wird seine „glänzenden“ Einnahmen behalten, die Gutsbesitzer werden ihre hohen Brot- und Landpreise, die Kapitalisten ihre hohen Profite haben. Unter der Parole: „weniger Konflikte! nutzt den Augenblick! enrichissez vous!“ werden sich die Verbündeten mit den letzten Kräften aneinander klammern. Eben deswegen haben die Oktobristen, nachdem sie Stolypin „verwarnt“ hatten durch ihr Misstrauensvotum, nicht die praktischen Schlussfolgerungen gezogen, zu denen sie selbst die russische Konstitution berechnete: sie haben es ihrem Monarchen nicht offiziell zur Kenntnis gebracht, dass mehr als zwei Drittel der Duma das Vorgehen des Ministeriums ungesetzlich finden. Nur nicht so viele Konflikte, um Gotteswillen! denn es fängt schon an der goldene Regen der Eisenbahnkonzessionen, Subventionen und Staatsbestellungen.

Und doch hat die russische Sozialdemokratie, die Revolutionspartei par excellence, gar keinen Grund, den wirtschaftlichen Aufschwung zu fürchten. Im Gegenteil. Nach einer fast ununterbrochenen elf Jahre andauernden wirtschaftlichen Krise, die die Arbeitermassen bis aufs äusserste erschöpfte, die ihnen ihre Energie und ihr Selbstvertrauen nahm, ist gerade ein wirtschaftlicher Aufschwung notwendig, um die schrecklichen Wunden am Körper der Arbeiterklasse zu heilen, um sie fähig zu machen zur Erfüllung jener ungeheuren Aufgaben, welche die Geschichte Russlands ihr stellt. Die obere Schicht des Proletariats, die Trägerin der revolutionären Traditionen, besitzt jetzt die nur zu teuer erkaufte Erfahrung des letzten Jahrzehnts, der Vorbereitung, des Wirkens, des Niederschlagens der Revolution. Die Erfahrung hat sie gelehrt, alle politischen Kräfte nach ihrer Stärke zu werten, hat sie zu kluger Ueberlegung und Abschätzung erzogen und ihren Elan diszipliniert. Die vorgeschrittensten Arbeiter werden die Bahn der revolutionären Aktion nicht betreten, bevor sie dafür gesorgt haben und sich überzeugt haben, dass die breiten Massen der Arbeiter mit ihnen bereit sind, die grossen Opfer des revolutionären Kampfes auf sich zu nehmen. In den wenigen Jahren seit 1905 erwuchs eine neue Generation von Arbeitern, die die Revolution nicht mitgemacht haben. Die Krise ersetzte viele männliche Arbeitskraft durch weibliche. In der Textilindustrie, in der Tabakverarbeitung, in der Zuckerfabrikation, in der Ziegelbrennerei und in der Zementfabrikation finden wir ein sprunghaftes Anschwellen der Frauenarbeit. Anfang 1911 zählte man in den Hauptzentren der Industrie 545.000 Arbeiterinnen. 30 Prozent des gesamten Proletariats sind heute in Russland schon weiblichen Geschlechtes. Viele Hunderttausende pauperisierte Bauern verlassen das Dorf in der Hoffnung, in der Stadt Erwerb zu finden. Während der jahrelang währenden Krise hat der ununterbrochene Zustrom des landflüchtigen Arbeiters die Lage des städtischen Proletariats verschlechtert, ihn hoffnungsloser gemacht, ihn auch hie und da demoralisiert. Nur der ökonomische Aufschwung, und zwar ein nicht kurzfristiger, vermag diese ungefügten und ungeordneten Massen in eine einheitliche, sich ihrer Lage bewusste und für ihre Besserung ringende Klasse zu verwandeln. Die Anfänge dieses Prozesses vollziehen sich jetzt vor unseren Augen. Die Arbeitslosigkeit und die Furcht vor ihr mindert sich. Die jungen Arbeiter und die vom Dorfe kommenden Bauern treten nun unter ganz anderen Verhältnissen in die Fabriken und sie werden dort mit neuen Ideen, Hoffnungen,

mit dem Bewusstsein des Gegensatzes gegen die Kapitalisten und gegen die sie beschützende Regierung erfüllt. Die hohen Preise der Lebensmittel, die während der Krise eine der Ursachen der Hoffnungslosigkeit waren, werden jetzt bei den neuerlichen Steigerungen zu einem Antrieb zum ökonomischen Kampf der Arbeiter. Die Zahl der Streiks wächst, die zähe Beharrlichkeit der Arbeiter tritt da in Erscheinung. Schon jetzt reissen die Streiks die zurückgebliebensten Gruppen der Arbeiter mit sich und die Frauen nehmen an ihnen nach dem Zeugnis des Industriellen Verbandes von Zentralrussland „energischen Anteil“. Für die Arbeiterklasse beginnt eine Periode der Zusammenschweissung, der Gesundung, des Steigens des Selbstbewusstseins und der Solidarität, eine Epoche des organisatorischen Schaffens, der politischen Erziehung und der Sammlung der revolutionären Kraft. Alle diese Erscheinungen müssen auf die russische Sozialdemokratie wirken. Der mit der Prosperitätsperiode immer kräftiger einsetzende gute Wind wird unsere Segel schwellen und uns in das offene Meer der grossen politischen Aufgaben und der grossen Perspektiven des Klassenkampfes treiben. Dies erst wird der russischen Sozialdemokratie die Möglichkeit geben, sich von den zersetzenden Erscheinungen des fraktionellen Sektierertums zu befreien, das seine ganze Kraft nicht auf den äusseren Feind, sondern auf den inneren „Feind“ konzentriert. Unter dem Druck der Massen, die aus der Lethargie erwachen, wird die Partei zu dem werden, was sie sein muss, nicht eine Kombination der sich oft nur wegen rein theoretischer oder gar nur wegen persönlicher Differenzen bekämpfenden Fraktionen, sondern eine einheitliche, sich selbst Richtung gebende sozialistische Organisation der Arbeiter.

Je bedeutender und dauerhafter der ökonomische Aufschwung sein wird, desto besser und radikaler wird er seine grosse erzieherische Aufgabe erfüllen. Nur nach dieser Hochkonjunktur kann eine neue Wirtschaftskrise eine revolutionäre Situation schaffen: sie wird mit verzehnfachter Kraft die inneren Widersprüche des konterrevolutionären Systems aufdecken, die zeitweilig gemilderten Gegensätze innerhalb der Herrschenden aufs höchste verschärfen und vergiften und den Zusammenstoss des während des Aufschwunges erstarkten Proletariats mit der Konterrevolution unvermeidlich machen.

Friedrich Adler: Der Wert des Parlamentarismus

Mit Begeisterung zieht das Proletariat in den Wahlkampf. Aller Missmut über das Parlament, das der nationalistische Wahnsinn und die reaktionäre Intrige um seine besten Früchte betrogen, ist vergessen. Ein einziges Gefühl beherrscht alle: die in Oesterreich viel zu seltene Gelegenheit des Wahlkampfes muss ganz ausgenützt werden, um die noch unaufgeklärten Massen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Wir wissen es nur zu gut, dass nicht jeder, der sozialdemokratisch wählt, bereits mit allen unseren Grundanschauungen vertraut ist. Und doch ist die Tatsache, dass jemand zum erstenmal den Entschluss fasst, seinen Stimmzettel sozialdemokratisch auszufüllen, von kaum zu überschätzender Bedeutung. Wer sich durch die Märchen vom Teilen und der freien Liebe nicht mehr einschüchtern lässt, wer alle die anderen Vorurteile, die die Pfaffen und Soldschreiber des Kapitals mit Eifer nähren, zu überwinden vermag und auf seinen Stimmzettel den Namen des Sozialdemokraten setzt, der braucht ja sicher noch kein durchgebildeter Genosse zu sein, aber er schreibt sich damit in die Schule des Sozialismus ein.

Ueber den Wert des Wahlkampfes für unsere Bewegung besteht keinerlei Zweifel, wohl aber warnte bereits der Hainfelder Parteitag, sich über den Wert des Parlamentarismus einer Täuschung hinzugeben. Worin besteht diese Täuschung? Es ist vielleicht nicht überflüssig, sie gerade heute, mitten im Toben des Wahlkampfes, wieder aufzuzeigen. Eine einfache Analogie soll sie uns klarmachen.

Die moderne Technik hat uns gelehrt, die Energie des Bergbaches in Licht und Wärme umzusetzen, sie in weit entfernten Orten zu mechanischer Arbeit zu ver-

wenden. Ein jeder weiss, dass dazu eine Maschine nötig ist. Das Wasser gibt seine Geschwindigkeit etwa an eine Turbine, die sich gleichzeitig mit dem Anker der Dynamomaschine dreht, ab. Durch die Drehung dieses Ankers entsteht elektrischer Strom. Und zwar entsteht er in dem Masse, als die Wassermassen ihre Geschwindigkeit verlieren. Die Energie des Wassers wird in elektrische Energie umgewandelt, transformiert.

Die Maschinen — die Turbine und Dynamomaschine — sind keine Quellen der Energie, aus ihnen kann nur so viel entnommen werden, als andererseits in sie hineingelangt ist. Nicht Quellen der Energie sind sie, sondern nur Transformatoren, Umwandler der Energie.

Alle Missverständnisse über den Parlamentarismus gehen im letzten Ende darauf hinaus, dass man in ihm eine Quelle der Energie sucht, dass man dem Aberglauben verfällt, die parlamentarische Maschine könne aus sich heraus irgend etwas zeugen. Die Wahrheit, die wir uns in den verschiedensten Formen immer wieder zum Bewusstsein bringen müssen, ist: Der Parlamentarismus ist nur der Transformator der Energie der Klassen. Die Parlamente sind keine geheimnisvollen Energiequellen, die dem Proletariat oder irgend einer anderen Klasse die Aufwendung aller Kraft, die intensivste Tätigkeit ersparen können, sondern sie sind nur die Maschinen, in denen die Leistungen der Klassen umgewandelt werden in die Tätigkeit der Beamten der Gemeinwesen.

Die Energie, die die Klassen an das Parlament abgegeben, ist nicht verloren gegangen, sondern wir fühlen sie jeden Tag unmittelbar am eigenen Leibe, wenn der Beamte mit seinem Zettel kommt, der uns zur Steuerzahlung, zum Militärdienst, zum Gericht u. s. w. einladet. Wir fühlen den Zwang, der auf uns ausgeübt wird, der nicht von dem Stück Papier, nicht von der Person des Beamten, sondern von den Energien der Klassen ausgeht, die die Parlamentsbeschlüsse bewirken. Welche Beamten es gibt und was die Beamten tun, das hängt von dem Masse der Energie der einzelnen Klassen ab. Wenn heute der Arbeiter es mit dem Staat nicht nur in der Form des Polizisten zu tun hat, sondern der Gewerbeinspektor in der Fabrik erscheint und dem Unternehmer diktieren kann, welche Arbeiterschutzbestimmungen er einzuhalten hat, so kommt in dieser Funktion und in manchem anderen unstreitig die Energie zum Ausdruck, die die Arbeiterklasse an die Gesetzgebungsmaschine gewendet hat.

Aber verwenden wir die Energie des Proletariats nicht viel nützlicher, wenn wir sie, anstatt sie durch die Gesetzgebungsmaschine zu leiten, in direkter Aktion der Massen wirken lassen?

Bleiben wir bei unserem Beispiel. Auch beim Bergbach gibt es die direkte Aktion und hat sie allein gegeben, solange der Menscheng Geist nicht eingriff. Das eilende Bergwasser kam auch in früheren Zeiten zur Ruhe, als es noch keine Maschinen gab. Die Wucht des Wassers wurde verbraucht, in Wärme und Arbeit umgesetzt. Tief hat sich das Wasser in das Gestein eingebohrt, hat Sand und Steine, ja ganze Felsen zu Tale getragen. Das war Arbeit, unendlich viele Arbeit, aber mit wenigen Ausnahmen solche, aus denen die Menschen keinen Nutzen schöpften.

Wir verwerfen die direkte Aktion, die offene Revolte keineswegs prinzipiell, wir wissen, dass sie manchmal den herrschenden Klassen Zugeständnisse abgetrotzt hat, und wir wissen vor allem, dass gerade die Möglichkeit des Massenaufstandes der Druck ist, mit dem wir gegen die anderen Klassen wirken, die dem Wort unserer Vertreter im Parlament Bedeutung verschafft. Wir glauben aber nicht, dass die direkte Aktion die dauernde Form sein kann, in der das Proletariat seine Erfolge erzielt. Der permanente Aufstand ist nicht nur die unrationellste Form der Betätigung, sondern geradezu eine unerfüllbare Forderung an eine Klasse. Was die Taktik der Sozialdemokraten unterscheidet von jener, die die Syndikalisten und andere „Antiparlamentarier“ anpreisen, ist, dass wir die direkte Aktion der Massen als letztes Mittel benützen und für gewöhnlich durch die Bereitschaft zu ihr wirken, die „Antiparlamentarier“ sie zum täglichen Kampf verwenden wollen. Auch die Bereitschaft zur Aktion finden wir in unserer Analogie wieder. Es ist die Wassermasse, die hoch oben im Gebirge durch ein Wehr gestaut ist. Nicht die geringste Strömung bewegt diesen See, und doch enthält er bereits dieselbe Energie, die sich im reissenden Strome im Tale offenbart.

Es ist die Energie der Lage, die potentielle Energie, die dieses Wasser dort oben besitzt, die, je tiefer das Wasser fällt, um so mehr in Bewegungsenergie (kinetische Energie) umgewandelt wird.

Von den zwei Formen der Energie stützen sich die Sozialdemokraten in erster Linie auf die potentielle, die Syndikalistinnen allein auf die kinetische. Jeder grossen Massenaktion muss eine oft recht lange Periode der Ruhe, der Wiederaufspeicherung der verbrauchten Energievorräte folgen. Daher schon ist die permanente Massenaktion, wie sie die Antiparlamentarier predigen, ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten verwenden die aufgespeicherten Energievorräte viel rationeller. Sie lassen sie, bevor sie sie einmal verbrauchen müssen, als Drohung wirken, sie erzwingen ihren Wünschen Gehör durch die Möglichkeit der Aktion, sie üben eine Taktik der Kriegsbereitschaft.

Das Parlament arbeitet unter dem Druck der Klassen, die bereit sind, die Worte ihrer Vertreter mit ihrer ganzen Energie zu unterstützen. Was nun die Antiparlamentarier raten, ist, den anderen Klassen die Möglichkeit zu geben, ihre Energien in den Gesetzgebungsmaschinen möglichst ungestört zur Geltung zu bringen. Das Proletariat soll den Versuch aufgeben, wenigstens einen Teil dieser Energien zu paralysieren, das heisst unschädlich zu machen. Wahrlich es gibt keinen Rat, bei dem die herrschenden Klassen bequemer fahren können!

Sicher wissen wir in Oesterreich nur zu gut, dass die parlamentarische Maschine mitunter auch leer laufen kann, dass aus den längsten Beratungen oft nichts herauskommt. Aber besser ist es noch immer, die Maschine läuft leer, als allein im Interesse der herrschenden Klassen.

Wir glauben nicht, dass die Gesetzgebungsmaschinen aus sich heraus etwas leisten können, aber wir haben gar keine Lust, sie den herrschenden Klassen, die ja wohl wissen, was damit anzufangen, zu reservieren. Wir überschätzen nicht den Parlamentarismus, für uns steht die Energie des Proletariats in erster Linie. Sie wollen wir sammeln und stets dort einsetzen, wo jeweils der grösste Erfolg winkt. Das wird aber in der grossen Mehrzahl der Fälle bei den Gesetzgebungsmaschinen sein.

Momentan aber genügt es in Oesterreich nicht, sich auf die Kampfbereitschaft zu stützen, sondern es gilt, eine Massenaktion zur Durchführung zu bringen. Klein ist das Opfer, das der einzelne zu bringen hat, aber mächtig wird die Wirkung sein, wenn am 13. Juni Hunderttausende sozialdemokratische Stimmzettel zur Urne tragen.

Adolf Braun: Scharfmachertum und Reichsratswahl

Nichts wäre verfehlter, als den Kampf um die Besetzung der Reichsratssitze ausschliesslich als eine politische Angelegenheit zu behandeln. Der Wahlkampf, den wir führen, lehrt es uns von der oft so schwierigen Kandidatenaufstellung bis zur letzten Zeitungsnotiz, dass hinter diesem politischen Kampf, ihn beherrschend und ihm Richtung gebend, der Klassenkampf geführt wird. Wohl ist es merkwürdig, dass die Zahl der Unternehmer, der Fabrikanten, der Bankdirektoren, der Fabriksleiter in der Liste der bürgerlichen Kandidaten sehr gering ist, aber die Herren haben Wichtigeres und Nützlicheres zu tun, als in den Parlamenten. Sie verbringen besser ihre Zeit auf der Börse, in den Verwaltungsratsitzungen und in ihren Bureaus. Sie haben für die parlamentarische Arbeit Advokaten und Berufspolitiker, Herr Chiari braucht sich nicht wieder zu bemühen, Herr Dr. Licht wird, wenn er wieder mit dem gleichen, von der Wittkowitz Generaldirektion korrigierten Glück ins Parlament kommen sollte, ausführen, was Herr Chiari für notwendig halten wird. Die Angestellten und Beauftragten sind viel zuverlässigere, rücksichtslosere, folgsamere und durch das Noblesse oblige nicht beschwerte Vertreter der kapitalistischen Interessen. Ein Rothschild oder ein Gutmann, auch ein Wittgenstein und ein Kestranek hätten es weit schwerer, gegen den Acht-

sturentag in den kontinuierlichen Betrieben zu sprechen und zu stimmen, als die Advokaten und Unternehmersekretäre, die in ihrem Auftrag in den Parlamenten handeln.

Man erinnert sich noch, mit welcher Energie der Generalgewaltige des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, Herr Kirdorf, die Zumutung abgelehnt hat, für den deutschen Reichstag seine Kandidatur aufzustellen. Hochmütig sagte er, er habe Wichtigeres zu tun, als sich um parlamentarische Verhandlungen zu bekümmern. Aber man würde sehr irre gehen, wollte man meinen, dass die reichsdeutschen und österreichischen Kirdorfs den parlamentarischen Verhandlungen und Beschlussfassungen gleichgültig gegenüberstehen. Wer die lange Serie der Verhandlungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller einmal in den Händen gehabt hat, weiss, dass diese mächtige, auch für Oesterreich mustergebende Unternehmerorganisation keinen einzigen Gesetzentwurf, keinen irgendwie ernsthaft in Betracht kommenden Initiativantrag über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen unbeachtet liess, dass sie über jeden einzelnen Denkschriften veröffentlichte und auf die Regierungen, oft im besonderen auch auf einzelne Beamte, und auf die bürgerlichen Parteien und ihre Führer massgebenden, oft entscheidenden Einfluss zu nehmen wusste. Diese Wirksamkeit war oft bestimmend für den langsamen Gang der Sozialpolitik in Deutschland; man weiss, dass der deutsche Kaiser unter diesem Einfluss direkt stand. Früher hat lange Zeit der Freiherr v. Stumm, kürzere Zeit auch Krupp, dem deutschen Reichstag angehört. Aber diese Zeiten sind vorbei. Die Beauftragten der Grossindustriellen, nicht sie selbst führen den Kampf für den grossen Kapitalismus, es ist viel bequemer, es erscheint feiner, es lässt den niedrigen Egoismus nicht so deutlich zum Ausdruck kommen, als wenn die grossen Unternehmer selbst für das Anschwellen ihrer Reichtümer das Wort führen. In Oesterreich sehen wir ganz ähnliche Entwicklungen wie in Deutschland. Die Kandidatur der grossen Unternehmer ist eine Ausnahme, aber wir wissen, dass diejenigen, die für die bürgerlichen Parteien die Kandidaturen aufstellen, von den christlichsozialen Magistratsräten bis zu den deutschradikalen Advokaten, alle von dem Geld und dem Einfluss der Unternehmer gestützt, kandidiert werden und gewählt werden sollen. Zahlreiche nationale und christlichsoziale „Arbeiterkandidaturen“ werden ganz unverhüllt gefördert durch die grossen Kapitalisten der Wahlkreise, denen diese Arbeiterverführer als Mandatswerber zugemutet wurden.

Es hiesse die Parlamente überschätzen, wollte man annehmen, dass in ihnen die ganze Macht der in der Volkswirtschaft und in der Gesellschaft ringenden Kräfte zum Ausdruck gelangt. Es gilt dies schon nicht von den Arbeitern, noch weit weniger aber von den Unternehmern. Die Arbeiter setzen durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen vieles durch, was ihnen auf parlamentarischem Wege unerreichbar ist. Es gilt dies auch von den Genossenschaften und von den politischen Organisationen des Proletariats. Die Wirksamkeit der proletarischen Organisationen spielt sich in der vollsten Oeffentlichkeit ab, jedem kontrollierbar und für jeden auch messbar. Ganz anders aber liegt es bei den Unternehmern. Was sich in den engen Zirkeln der grossen Unternehmer, in der der Oeffentlichkeit unbekanntem oder doch zum mindesten stark verschleierte Wirksamkeit der mannigfachen Vereinigungen abspielt, sind nur zu oft ganz gewaltige Machtäusserungen der Besitzenden. Während im Reichsrat den wirtschaftlichen Fragen sehr wenig Zeit gewidmet wurde, freilich die hierfür verwendete Zeit intensiv ausgenützt wurde, während das Parlament mit formalen, nationalen, persönlichen Kämpfen ergebnislos den grössten Teil seiner Zeit verbrauchte, während da eine auf das höchste getriebene Uneinigkeit zu herrschen schien und die ganze Oeffentlichkeit diesen parlamentarischen Kämpfen gespannt und aufgeregt, oft unbefriedigt folgte, verstanden die Unternehmer ihre Interessen auf ausserparlamentarischen Wegen trefflich zu wahren. Sie lassen alle Unterschiede der Anschauung zurücktreten und kommen zu geschlossenen Willenseinheiten aller Interessenten ohne Unterschied der Nationalität und der sonstigen Schattierung politischer Gesinnung. Sie kommen zu klargesetztem Streben und sie finden die Wege, um günstige Entscheidungen herbeizuführen.

Auf Vordertreppen und Hintertreppen gelangen die Unternehmer zu den entscheidenden Stellen, überall wissen sie ihren Wünschen und Forderungen kräftigen

Nachdruck zu verleihen. Bevor ein Gesetzentwurf zur Vorsanktion des Kaisers gekommen ist, unterliegt er der aufs genaueste prüfenden Vorsanktion der Unternehmerverbindungen. Im Industrierat, im Gewerberat, ja selbst im Arbeitsbeirat, im Zollbeirat, im Gewerbeförderungsbeirat, in allen diesen zahlreichen Körperschaften, von den Handels- und Gewerbekammern ganz zu schweigen, wird die gesetzgebende Wirksamkeit der Regierung geprüft, gewogen, beurteilt und nur zu oft wird dort auch über sie entschieden. Selbst bevor diese für die Herrschaft des Kapitalismus nur zu charakteristischen Korporationen ihr entscheidendes Wort in die Wagschale geworfen haben, passen die Ministerialräte, Sektionschefs und Minister die Vorlagen für das Parlament den Wünschen der Unternehmerkorporationen an. Das klassische Beispiel hierfür ist der Entwurf und die Begründung eines Strafgesetzentwurfes, der dem Parlament zwar noch nicht zugeht, aber wohl, wenn Herr v. Hochenburger Minister bleiben sollte, der Gegenstand heftigster Kämpfe im nächsten Parlament werden wird. Die Wünsche der Unternehmer sind in eifrigster, ja man kann sagen raffinierter Weise in diesem Gesetzeswerk berücksichtigt worden. So ist der österreichische Strafgesetzentwurf in den die Unternehmer am meisten interessierenden Teilen zu einem schärfsten Klassengesetz gegen die Arbeiter, zur hingebendsten und liebevollsten Berücksichtigung aller Wünsche der Unternehmer geworden.

Aehnliche Fälle von Beeinflussungen der Gesetzgebung und der Verwaltung im Interesse des rücksichtslosesten Scharfmachertums können wir häufig feststellen. Wie Dr. v. Hochenburger für die Justiz gewirkt hat, so wirkt Herr Dr. Weiskirchner innerhalb und ausserhalb des Handelsministeriums, das gleiche geschieht in dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, überall sehen wir die Wirkung der zwar meist unsichtbaren Hände der mächtigen Unternehmerorganisation.

Sollte aber aus irgendwelchen Umständen der Einfluss der Unternehmerorganisationen in den Ministerien, im Abgeordnetenhaus und seinen Ausschüssen doch überwunden werden, so haben die Klassenvertreter des Kapitalismus im Herrenhaus eine mächtige Stütze, um ihnen unbequeme Gesetzentwürfe nicht oder möglichst spät zur Verabschiedung gelangen zu lassen. Verschlechterungen der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses setzte das Herrenhaus beim Verbot der Nacharbeit der Frauen, bei den Handlungsgehilfengesetzen und auch sonst durch; das Vereinsgesetz, das Gesetz, das die Bestrafung des Kontraktbruches aufheben wollte, die Unfallversicherung der Bauarbeiter wurden hintertrieben durch die zielbewusste Tatenlosigkeit des Herrenhauses.

Dass es an Einflüssen auf die Verwaltungsorgane, ja auf die Gerichte nicht fehlt, gesteht der nicht für die Öffentlichkeit bestimmte, merkwürdigerweise nicht bloss ohne Angabe des Verlages, sondern auch ohne Bezeichnung des Druckers erschienene „Tätigkeitsbericht der Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen im Jahre 1910“ zu, der im März 1911 veröffentlicht wurde.

Endlich wissen wir, dass die gewerkschaftliche Aktion der Arbeiter aufgehoben werden soll durch die immer besser ausgebauten, immer grössere Kreise der Unternehmer umfassenden Arbeitgeberorganisationen, die sich zu immer höheren finanziellen Leistungen verpflichten, die zu immer grösserer Solidarität gelangen und die international immer enger verknüpft werden. Streikversicherung, gegenseitige Hilfeleistung, Entscheidung der Organisation über die einzelnen Betriebe charakterisieren immer mehr die grossen Zusammenfassungen der Unternehmerinteressen. Auch bei den Unternehmern tritt das Individuum immer mehr zurück, die Kollektivitäten gelangen auch da zur Herrschaft, wo früher das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte als der ökonomischen Weisheit höchster Ausdruck betrachtet wurde. Aber diese Kollektivitäten sind wiederum ein Zeichen aufs höchste gesteigerter Macht der Unternehmer. Der einzelne Unternehmer, an sich schon den Arbeitern gegenüber mächtig, steigert diese Macht, indem er sich mit allen, die gleiches Interesse haben, zu engster Geschlossenheit verbindet, vor allem da, wo es gilt, dem Aufstieg der Arbeiterklasse Hemmnisse entgegenzustellen.

So sehen wir zu mächtigem Einfluss gedeihen das Unternehmertum. Wir sehen, dass die Unternehmer immer mehr von dem Geiste des Scharfmachertums beherrscht werden, dass sie in unbedingten Widerspruch zu allem kommen, was die

Arbeiter verlangen. Sie streben die Erhaltung der rückständigsten Bestimmungen der Gesetzgebung an, wenn die Arbeiter diese bekämpfen. Wenn die Unternehmer der ganzen Welt, mit Ausnahme Oesterreich-Ungarns, auf das Arbeitsbuch verzichten, so wenden unsere Unternehmer trotzdem ein unverständliches Uebermass von Kraft an, um dieses Arbeitsbuch für Oesterreich zu erhalten.

Wir können es heute dahingestellt sein lassen, ob es vom Standpunkt der Unternehmer klug ist, immer wieder mit der Kraft und dem Getöse einer Schnellzuglokomotive gegen jede, auch die unerheblichste Verbesserung der Arbeiterschutzgesetzgebung aufzutreten. Wir hoffen ja, dass sich diese Methode gründlich abnützen muss, aber für die Gegenwart ist festzustellen, dass alles, was im Interesse der Arbeiter verlangt wird, den schroffsten Widerstand der Unternehmer findet. Immer von neuem erklären die Unternehmer, dass auch die unbeträchtlichste Aenderung der Arbeiterschutzbestimmungen die Konkurrenzunfähigkeit unserer durch Riesenwälle geschützten Industrie zur Folge haben müsse. Die stereotypen Einwendungen gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt sind nicht bestimmt durch wirkliche Interessen des Unternehmertums. Das lehren die Erfahrungen aller Industriestaaten, die die rückständigen, von den Sozialdemokraten in unserem Abgeordnetenhaus ununterbrochen bekämpften Gesetzesbestimmungen schon seit Jahrzehnten nicht mehr besitzen. Es ist einerseits der Geist des Polizeistaates, der den zähen Widerstand gegen alle Verbesserungen der Arbeiterschutzbestimmungen erklärt. Es ist aber auch etwas, was für die neueste Entwicklung in Oesterreich überaus charakteristisch ist, die scharfe Hervorkehrung des Klassenkampfstandpunktes durch das Unternehmertum.

Dieser Klassenkampfstandpunkt gelangt zu überaus kräftigem Ausdruck in der ganzen Wahlbewegung in allen deutschen Wahlkreisen und auch in den nichtdeutschen Wahlkreisen Böhmens. Wir sehen da die enge Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Wird auch das Bild etwas verschoben durch das Vordrängen überaus zahlreicher Mandatswerber, so erfüllt doch alle die Hoffnung, zum Sieg zu gelangen durch das Ueberholen der sozialdemokratischen Stimmen. So sehen wir den auf wirtschaftlichem Gebiet so kräftig zum Ausdruck gelangenden Klassengegensatz auch politisch unverhüllt, wenn auch noch nicht zur geschlossenen Einheit gelangt.

Was hat nun die Arbeiterklasse gegen diese so kräftige Zusammenfassung der kapitalistischen Interessen zu tun? Wir sind nicht in der Lage, die Kraft des Proletariats in gleicher Weise zur Machtäusserung gelangen zu lassen, wie das die Unternehmer so leicht vermögen. Was für das Proletariat geschehen kann, spielt sich in voller Oeffentlichkeit ab. Die Mittel der Geheimnistuerei, die Methoden der Beeinflussungen, deren sich mit so nachhaltigem Erfolg die Unternehmer bedienen, sind uns ganz naturgemäss versagt. In der Oeffentlichkeit spielt sich alles ab, was im Interesse des Proletariats geschehen kann. Wir müssen natürlich alles ausnützen, was zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse wirksam sein kann. Wir hüten uns, das Proletariat glauben zu machen, dass alles, was zu seinem Besten notwendig ist, im Rahmen des Parlaments und gar im Laufe der nächsten Parlamentssession durchgesetzt werden kann. Aber wir sind der Meinung, dass das Parlament eine bedeutsame Kampfstätte ist, auf der für das Proletariat gestritten werden muss. Dort wird gekämpft um jeden Fussbreit der Entwicklung für das Proletariat, dort ist abzuwehren die parlamentarische Macht des grossen Unternehmertums. Können wir auch nicht alle Schlachten auf parlamentarischem Boden führen, so sind es doch hochbedeutsame, die uns auf diesen Plan rufen.

Je stärker das Klassenbewusstsein des Unternehmertums wird, je zielbewusster und allgemeiner die Beeinflussung aller Gesetze vorbereitenden, Gesetze gebenden und Gesetze ausführenden Faktoren durch das Scharfmachertum ist, desto entschiedener haben die Arbeiter alle Kraft einzusetzen, dass von den Bänken des Parlaments möglichst viele von Sozialdemokraten besetzt werden.

Schwere Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit, um die Abschaffung des Arbeitsbuches, der Strafbestimmungen wider den Kontraktbruch, um den Schutz der Arbeiter in den gesundheitsgefährlichen Betrieben, um die Sicherung der Kinder vor

Ausbeutung, um die Abwehr der geplanten Attentate auf das Koalitionsrecht, um die Selbstverwaltung in der Arbeiterversicherung, um die beschleunigte Durchsetzung der Sozialversicherung, Kämpfe gegen die Teuerung, um die Modernisierung der Vereins-, Versammlungs- und Pressgesetzgebung, mit einem Wort, um die dem Proletariat solange vorenthaltene Anpassung der Gesetzgebung an die Bedürfnisse der Arbeiterklasse müssen geführt werden auf dem Boden des Parlaments. Dort muss auch gesichert werden die Stellung unserer Genossenschaften, gegen die seit langem deutschnationale und christlichsoziale Mittelständler mit Hilfe der Regierung ernsthaftige Angriffe planen. Wie die Genossenschaften müssen wir auch die Gewerkschaften schützen gegen die sie in dem neuen Strafgesetzentwurf bedrohende Verschlechterung des Koalitionsrechtes. Gegen die Rückkehr der Willkür der Behörden müssen wir unsere politischen Organisationen sichern durch die Abschaffung der reaktionären Bestimmungen unseres Vereins-, Versammlungs- und Pressgesetzes. So sehen wir, dass das Klasseninteresse der Arbeiter, dass uns der Kampf um die Lebensfähigkeit aller Organisationen des Proletariats zu den höchsten Anstrengungen nötigt, die Vertretung der Arbeiter im Parlament möglichst stark werden zu lassen.

Man kann glücklicherweise in Oesterreich den Sozialdemokraten vom Gewerkschafter, den Gewerkschafter vom Genossenschafter nicht unterscheiden. In den meisten organisierten Arbeitern ist vereinigt der politische Genosse, der gewerkschaftliche und der genossenschaftliche. Alle diese Formen seines Interesses, all die Kraft, die er anzuwenden hat, all der Eifer, der in ihm ausgelöst werden kann, all das, was in unseren Arbeitern als bewusstes oder unbewusstes Klassengefühl enthalten ist, ringt nun, mehr denn je, nach Ausdruck. Das muss zur kräftigsten Betätigung in den letzten Tagen der Wahlagitation genützt werden; es soll zum Erfolg führen, zum Erfolg des klassenbewussten Proletariats am Wahltag.

Josef Frey: Problem und Methode des ‚Kapital‘

Was den modernen Klassenkampf charakterisiert, ist nicht die quantitative Entfaltung, sondern dies, dass die ideologischen Hüllen fallen, dass die Klasseninteressen unverhimmelt, unvermittelt aneinanderprallen, dass der Kampf der Klassen mit stets grösserem Bewusstsein seines Inhalts, seines Zieles und seiner Tragweite ausgefochten wird. Was beweist das Anschwellen der ökonomischen und soziologischen Literatur anders, als dass die Menschen begonnen haben, aus dem Himmelreich der Religion, aus dem Aether der Philosophie herabzusteigen, um hier auf Erden die Bedingungen ihres Daseins und damit zugleich die Bedingungen ihres Daseinskampfes zu erkennen? Allein die stets wachsende Fülle von Werken, Schriften, Pamphleten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Inhalts ist nur ein rein äusserlicher Ausdruck dieser Entwicklung vom Klasseninstinkt zum Klassenbewusstsein. Innerhalb der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft selbst geht eine Umwälzung vor sich, die weit sinnfälliger den Eintritt in die Epoche des bewussten Klassenkampfes widerspiegelt: Es ist der unwiderstehliche Siegeszug des Marxismus.

Diese Theorie, die das Chaos der gesellschaftlichen Beziehungen und Zusammenhänge entwirrt, die unzähligen Tendenzen und Gegentendenzen der sozialen Bewegung zu entscheidenden Resultanten zusammenfasst und die grossen Richtungslinien aufzeigt, mittels derer die proletarische Politik sich orientiert — diese Theorie, die wichtigste Geisteswaffe des kämpfenden Proletariats, wird unseren Gegnern zum Objekt des Klassenkampfes selbst. So wie jede Waffe soll auch diese den Händen der Beherrschten ent schlagen werden, so verlangt es das Interesse der Herrschenden. Von allen Seiten prasseln die Angriffe, kein Mittel wird verschmäht, bald werden einzelne Stellen aus dem Zusammenhange gerissen, bald wird ein Band gegen den anderen ausgespielt — Marx soll durch Marx erschlagen werden — bald werden alle möglichen Verelendungs-, Katastrophen-, Sozialisierungstheorien hineingedichtet, bald wieder die geringfügigste Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens mit den Sätzen der Theorie konfrontiert, um

diese ad absurdum zu führen, und bleibt kein anderer Ausweg, dann leugnet man die Möglichkeit einer Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft überhaupt.

Wer Marx gründlich studiert hat, wird mit solcher Kritik leicht fertig werden; meist genügt es, dem falsch verstandenen Marx den richtig verstandenen entgegenzusetzen. Die Gefahr dieser unermüdlichen Kritik liegt aber gerade darin, dass den meisten Genossen bei den heutigen Verhältnissen ein tiefergehendes Studium des Marxismus nicht möglich ist. Es mangelt an genügender Vorbildung, es mangelt noch mehr an der nötigen Zeit, Ruhe und Musse. Und selbst den wenigen, die sich an das Studium wenigstens des Marx'schen Hauptwerkes machen, stellen sich grosse Schwierigkeiten entgegen.

Das „Kapital“ bedeutet eine völlige Revolutionierung der politischen Oekonomie und wirklich populär, wie Marx bemerkt, können wissenschaftliche Versuche zur Revolutionierung einer Wissenschaft niemals sein*. Dazu kommt, dass die wenigsten unvoreingenommen an die Arbeit gehen. Vorurteile, die uns anerzogen sind, die sich von Geschlecht zu Geschlecht vererben, lassen sich nicht abschütteln, sie müssen in harter Geistesarbeit niedergerungen werden. Schliesslich wird der Rat selten beherzigt, den Engels im dritten Bande gibt: Wir müssten vor allem lernen, die Schriften, die wir benützen, so zu lesen, wie der Verfasser sie geschrieben hat. Kein Wunder, dass die Klage, die Marx im Vorwort zur zweiten Auflage erhebt, die im „Kapital“ angewandte Methode sei so wenig verstanden worden, von seinen Schülern immer wieder erhoben werden muss.

Das „Kapital“ ist die Hauptkenntnisquelle des wissenschaftlichen Sozialismus. Aus dem „Kapital“ schöpft der Proletarier die Mittel, die gesellschaftliche Bewegung zu begreifen, die Siegesgewissheit der sozialistischen Idee, des proletarischen Klassenkampfes. Das Verständnis dieses grundlegenden Werkes zu erleichtern, ist ein sozialdemokratisches Bedürfnis, dem nicht nur durch Popularisierung des Inhalts entsprochen wird, sondern auch durch zusammenhängende Darstellung der darin angewandten Methode.

Marx selbst empfand die Notwendigkeit, eine Einleitung über seine Methode vorzuschicken. Aber das Methodologische liess sich vom Materiellen nicht trennen, und „um die Vorwegnahme erst zu beweisender Resultate zu vermeiden“, hat Marx eine solche im Entwurf bereits ausgearbeitete Einleitung unterdrückt. Heute ist diese Rücksicht überflüssig, die Marx'schen Begriffe und Sätze sind in weiten Kreisen bekannt und werden immer bekannter. Kautsky hat daher mit Recht das Fragment dieser Einleitung in der Neuausgabe von „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ dem Texte vorangestellt. Ausserdem sind zahlreiche methodologische Ausführungen und Bemerkungen im Vorwort, im Text und in den Noten des „Kapital“, der „Mehrwehrtstheorien“ und in „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ eingestreut.

* * *

Eine Untersuchung der im „Kapital“ angewandten Methode muss mit der Frage nach dem Marx'schen Problem beginnen. Was ist Ziel, was ist Zweck des „Kapital“, welche Aufgabe will es lösen? Die Antwort auf diese Frage gibt Marx selbst in dem bekannten Satz: „Es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen.“ Marx will also die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer Entwicklung zugrunde liegenden Gesetze aufdecken. Das ist nun näher auseinanderzusetzen und es wird sich zeigen, dass durch die Stellung des Problems die Art und Weise seiner Lösung bedingt war.

Die entwickelte warenproduzierende Gesellschaft mit ihrem verwirrenden Getriebe widerspruchsvoller Erscheinungen, die sich wiederum in den verschiedenartigsten Formen und Gestalten tausendfältig verschlingen und verästeln, stellt uns vor ein gewaltiges Rätsel. Millionen von Menschen bewegen sich durcheinander, produzieren, transportieren, konsumieren, ohne bewusste, planmässige Leitung, jeder nur auf sich selbst bedacht, seine privaten Zwecke verfolgend; niemand berechnet den gesellschaftlichen Bedarf, nie-

* „Neue Zeit“, XX, 2, Seite 31/32, Brief an Kugelmann.

mand bestimmt, wer zu arbeiten hat, was und wieviel produziert werden soll — eine totale Anarchie des wirtschaftlichen Lebens, wo einer vom anderen nichts weiss und nichts wissen will. Und doch geht die Gesellschaft nicht zugrunde, sie lebt, sie bewegt und entwickelt sich. Wohl quietschen und ächzen die Räder des wirtschaftlichen Mechanismus, ja stellenweise, in Zeiten der Krise bleiben sie völlig stehen. Aber im ganzen, wenn man von den bald kleinen, bald grossen Friktionen absieht, produziert die Gesellschaft doch alles, was sie braucht, in der erforderlichen Quantität und Qualität*. Die scheinbar anarchische Wirtschaftsweise muss also in Wirklichkeit einem verborgenen Regulator gehorchen, der trotz aller Anarchie Fortbestand und Fortentwicklung der Gesellschaft sichert. Es muss eine innere, unsichtbare Organisation, eine Eigengesetzlichkeit des sozialen Lebensprozesses vorhanden sein, eine Gesetzmässigkeit, die die Menschen selbst, indem sie bewusst privaten, egoistischen Zwecken nachgehen, verwirklichen, ohne es zu wissen.

Es war das zunächst nur rein instinktive, aber im weiteren Verlauf immer mehr bewusste Ziel der klassischen Oekonomen, diese wirkliche innere Organisation der kapitalistischen Wirtschaft zu erforschen. Gerade die Stellung dieses Problems stempelt die Oekonomen von Petty bis Ricardo zu Klassikern der theoretischen Oekonomie.

Auch Marx will zunächst nichts anderes, als „in die Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft dringen“, „den verborgenen Bau ihres ökonomischen Systems aufdecken“ und „das Wesen, die innere Natur des Kapitals erkennen“. Dazu genügt es nicht, die Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens so zu nehmen, wie sie jedem Beschauer beim ersten Anblick erscheinen. Die Vulgärökonomie beschreibt nur die oberflächlichen Phänomene der Wirtschaft und bringt die Vorstellungen der Männer der kapitalistischen Praxis in ein gewisses System. Die Vulgärökonomie steht auf dem Boden des „gesunden Menschenverstandes“, der die Dinge nimmt, wie sie sich den Sinnen darbieten. Anders die wissenschaftliche Oekonomie. Ihre Aufgabe ist es gerade, „durch den äusseren Schein zum Wesen der volkswirtschaftlichen Vorgänge vorzudringen“, „die sichtbare, bloss erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren“; „alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn Erscheinungsform und Wesen der Dinge zusammenfielen“.

Die Tatsachen der Wirtschaft sind wohl der Ausgangspunkt der Marxschen Untersuchung, aber nicht das Ziel seiner Forschung. Marx ist vielmehr bestrebt, die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglichst rein, das heisst mit Beseitigung aller störenden, nebensächlichen Einflüsse herauszuarbeiten, er will, wie er sich ausdrückt, „die innere Organisation der kapitalistischen Produktion sozusagen in einem idealen Durchschnitt darstellen“. Das Forschen nach solchen Gesetzen aber ist das Ziel jeder Wissenschaft, auch der Naturwissenschaft. Nehmen wir zum Beispiel das Gesetz des freien Falles. Die Gleichung $s = \frac{g}{2} t^2$ entspricht genau genommen keiner konkreten Fallerscheinung, weil in Wirklichkeit viele Faktoren mitwirken, die in der Formel gar nicht berücksichtigt sind, Luftwiderstand, Reibung u. s. w. Der Physiker ist in der glücklichen Lage, die störenden Faktoren künstlich, durch Experiment zu beseitigen, er untersucht den freien Fall in der Fallröhre, im luftleeren Raum. Ist auf diese Weise das allgemeine Gesetz gefunden, dann geht er weiter, er lässt jene Faktoren, die er früher experimentell kaltgestellt, mitspielen und bestimmt die sich ergebenden Modifikationen. „Physikalische Gesetze sind nicht wahr oder falsch, sondern sie führen zu grösserer oder geringerer Annäherung an die Tatsachen der Beobachtung; und diese näherungsweise Uebereinstimmung ist das einzige Kriterium der Theorie.“** Analog dem Physiker verfährt der Oekonom. Nur kann er die Störungen und sekundären Erscheinungen nicht faktisch, durch Experiment beseitigen, er muss sie im Kopfe trennen, durch Abstraktion wegdenken, um das eigentliche Objekt seiner Untersuchung zu isolieren. So abstrahiert Marx, um nur die zwei wichtigsten Punkte hervorzuheben: Erstens von allen noch vorhandenen Resten früherer Produktionsformen. Sein Gegen-

* Natürlich nur in den Schranken, die der Gesellschaft durch die kapitalistische Produktionsweise gezogen sind.

** „Neue Zeit“, XXVIII/1, Seite 329. G. Eckstein, „Zur Methode der politischen Oekonomie“.

stand ist die kapitalistische Produktionsweise, gereinigt von allen feudalen, kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Rudimenten. Und zweitens abstrahiert Marx von den unzähligen Hemmnissen der freien Konkurrenz. Wie der Physiker luftleeren Raum, so unterstellt Marx absolut freie Konkurrenz, einen Zustand, wie er tatsächlich niemals geherrscht hat, auch nicht zur Zeit, da der Liberalismus auf dem Gipfel seiner Macht stand. Alle steuer-, handels-, kolonial-, mittelstandspolitischen u. s. w. Massnahmen, alle Einflüsse von Gewerkschaften, Genossenschaften, Kartellen und dergleichen bleiben bei der Aufstellung der allgemeinen Gesetze des Kapitals ausser Betracht. Die im „Kapital“ entwickelten Gesetze erklären also nicht die einzelnen Erscheinungen an der Oberfläche des wirtschaftlichen Lebens — sie wollen und können dies nicht; wohl aber schaffen sie die Grundlage, von wo aus jene überhaupt erst begriffen werden können; denn „die Marxschen Begriffe und Gesetze sind nichts anderes als die Denkmittel, durch die allein menschliches Bewusstsein das konkret Empirische (der kapitalistischen Wirtschaft) in seiner Gesetzlichkeit zu begreifen vermag“*. Nehmen wir das Lohngesetz zum Beispiel: Marx bestimmt die Grenzen, innerhalb deren der Lohn sich bewegt, und die Faktoren, die diese Bewegung beherrschen. Alles andere verweist er in Detailuntersuchungen über den Arbeitslohn, für die in einer allgemeinen Untersuchung des Kapitals kein Raum ist. Wer Marx dadurch zu widerlegen vermeint, dass er die Nichtübereinstimmung der im „Kapital“ entwickelten Gesetze mit den Einzelercheinungen der kapitalistischen Wirtschaft nachweist, verkennt das Wesen der Theorie überhaupt.

Weil Marx nach den allgemeinen Gesetzen des Kapitals forscht, sucht er immer das Normale, das Typische in dem steten Wechsel der wirtschaftlichen Bewegung; darum operiert er so oft mit Durchschnitten, wie durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, durchschnittliche Zusammensetzung des Kapitals, Durchschnittsprofitrate u. s. w. Im Durchschnitt einer grossen Zahl von Erscheinungen verschwindet das Zufällige; das Gesetzmässige, das Typische, wie es dem Begriff entspricht, kommt zum Ausdruck. Wo Marx an wirklichen Verhältnissen illustriert, wählt er daher solche, die dem Allgemeinen, dem Typus am nächsten kommen, und dies waren zu seiner Zeit Englands ökonomische Verhältnisse. Doch „ist es überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, dass sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt“**. Marx unterscheidet also Gesetze und Tendenzen. Gesetze beziehen sich auf einen gedanklich isolierten Komplex gleichartiger Erscheinungen, Tendenzen berücksichtigen auch schon die Widerstände, die die Verwirklichung des reinen Gesetzes hemmen, verzögern, kurz stören. Absolute Gesetze im Marxschen Sinne aber sind nicht solche, die unter allen Umständen für alle Zeiten Geltung haben, sondern solche, die sich innerhalb einer gegebenen Produktionsweise trotz aller Gegenteilstendenzen schliesslich immer wieder durchsetzen, es sind die mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Grundentwicklungstendenzen.

Wo nach Gesetzen der Wirtschaft geforscht wird, Gesetzen, die mit der Kraft von Naturgesetzen wirken, ist für moralische Betrachtungen kein Raum. Marx untersucht nicht, wie die Dinge seiner Ansicht nach sein sollten, er nimmt die Dinge, wie sie sind, ob die Menschen wollen oder nicht wollen. Dementsprechend verteilt er weder Lob noch Tadel, er macht nicht „den einzelnen verantwortlich für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich subjektiv über sie erheben mag“***. Wo er die Rücksichtslosigkeit der Kapitalisten gegen Leib und Leben der Arbeiter bespricht, verweist er ausdrücklich darauf, wie das Verhalten der einzelnen Kapitalisten im grossen und ganzen nicht von ihrem guten oder bösen Willen abhängt, weil die freie Konkurrenz die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion den einzelnen Kapitalisten gegenüber als äusseres Zwangsgesetz geltend macht†. Marx hat auch den Proletarier nicht idealisiert. Das proletarische Klasseninteresse konnte ihn zu seinem Werke bestimmen,

* „Neue Zeit“, XXIV/1, 1905. Seite 208. Otto Bauer; Vergl. „Marx-Studien“, I, 1904. Max Adler, „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft“. Seite 316.

** Marx, „Kapital“, 4. Auflage, III/1, Seite 140.

*** Marx „Kapital“, I, Seite VIII.

† Marx „Kapital“, I, Seite 233.

aber die Resultate seiner wissenschaftlichen Arbeit nicht beeinflussen. Dass seine Untersuchung des Kapitalismus in die Notwendigkeit des Sozialismus ausmündet, ist nicht subjektives Ziel, sondern objektives Ergebnis der objektiven Forschung. Nichts charakterisiert den Marxschen Standpunkt besser, als sein Urteil über Malthus: „Einen Menschen, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst, wie irrtümlich sie immer sein mag, sondern von aussen, ihr fremden, äusserlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkommodieren sucht, nenne ich „gemein“*.

Bis hierher steht Marx prinzipiell noch immer auf dem Boden der Klassiker. Wohl gräbt er tiefer als diese, indem er nicht, wie Ricardo, bei der Arbeit als solcher stehen bleibt, sondern auch diese Kategorie der Analyse unterzieht; insoweit ist Marx der Vollender der klassischen Oekonomie. Aber er ist zugleich ihr Ueberwinder.

Die Klassiker, die bürgerlichen Oekonomen überhaupt, identifizieren die kapitalistische Form der Produktion mit der Produktion schlechtweg. Die kapitalistische Produktionsweise hat seit jeher existiert, wenn auch in verschiedenen Färbungen und mit allerlei Mängeln behaftet, und sie wird immer existieren, kurz sie ist die absolute, die ewige Form der Produktion. Dementsprechend sind Kapital und Produktionsmittel, Lohnarbeit und Arbeit, Grundeigentum und Erde ganz identische Begriffe, zwei Namen für dasselbe Ding. Bei den Klassikern ist diese Auffassung noch historisch bedingt und daher begreiflich. Auf der einen Seite war die Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft noch unentwickelt, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Urzeit mit ihren, von den heutigen verschiedenen Produktionsformen noch wenig erforscht; andererseits fällt die klassische Oekonomie in den aufsteigenden Ast des Kapitalismus, wo dieser die ihm eigentümlichen Widersprüche noch nicht entfaltet, Widersprüche, die mit der Auflösung der alten die Bildung von neuen Produktionsformen anzeigen. Diese Entschuldigung fällt bei den späteren bürgerlichen Oekonomen weg. Nur ihre Klassenstellung erklärt die Art ihrer ökonomischen Betrachtung, die nicht mehr als wissenschaftlich, sondern nur als apologetisch bezeichnet werden kann. Wenn anders die Notwendigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, die Ewigkeit der bürgerlichen Gesellschaft bewiesen werden soll, dann dürfen die ökonomischen Verhältnisse nicht in der Bewegung untersucht werden, weil nur die unwiderstehliche Entwicklung zum Sozialismus das Ergebnis einer solchen Untersuchung sein könnte; dann muss die bestehende Wirtschaftsordnung in ihrer Ruhe, Erstarrung, Verknöcherung betrachtet werden; dann reduziert sich die Aufgabe der politischen Oekonomie darauf, die wirtschaftlichen Phänomene zu zergliedern und eine mehr oder weniger verständige Ordnung daraus zu konstruieren; dann wird die politische Oekonomie zur Vulgärökonomie, die nichts anderes tut, als den Alltagsvorstellungen der in den kapitalistischen Verhältnissen befangenen Fabrikanten, Kaufleute, Börsenspekulanten und Bankiers ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen.

Dieser metaphysischen Betrachtungsweise der bürgerlichen Oekonomie setzt Marx die dialektische entgegen. Alles fließt, alles bewegt sich, die Menschen, die Dinge und ihre gegenseitigen Beziehungen. Marx untersucht nicht nur die Statik, sondern auch und vor allem die Dynamik der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sein Ziel ist, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen. Diese Problemstellung erst hat es ermöglicht, die Widersprüche der Oekonomen nachzuweisen, aufzulösen und eine völlig erschöpfende Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu geben.

Der soziale Lebensprozess ist allerdings zunächst ein Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Solange der Mensch existiert, wird er stets arbeiten, produzieren, konsumieren, Arbeitsmittel anwenden, Mehrarbeit leisten und Mehrprodukt erzielen, das heisst mehr produzieren, als zu seiner unmittelbaren Erhaltung notwendig ist. Die genannten Begriffe sind somit logische, relativ ewige Kategorien, relativ ewig, wenn die Existenz der Menschheit als gegeben betrachtet wird. Aber der Lebensprozess der Gesellschaft ist mehr als ein blosses Verhältnis des Menschen zur Natur. Um zu leben, müssen die Menschen produzieren, aber um zu produzieren, müssen die Menschen in Beziehung

* „Theorien über den Mehrwert“, II/1, Seite 312/313.

zueinander treten. Der gesellschaftliche Lebensprozess ist daher immer zugleich ein Verhältnis unter den Menschen selbst, ein gesellschaftliches Verhältnis, und zwar ein gesellschaftliches Verhältnis auf geschichtlich bestimmter Entwicklungsstufe. Denn mit der Entwicklung der Produktivkräfte ändern sich die Beziehungen der Menschen in der Produktion und Reproduktion ihrer materiellen Daseinsbedingungen, ändert sich das Verhalten der Menschen zur Natur, ändert sich die Art und Weise der Produktion. Die gesellschaftliche Entwicklung ist von aufeinander folgenden Stufen, Formen der Wirtschaft begleitet und bedingt*. Die Kategorien Arbeit, Produktion, Arbeitsmittel, Mehrarbeit, Mehrprodukt heben nur das allen Wirtschaftsformen Gemeinsame hervor, sie ersparen schleppende Wiederholungen, aber sie genügen nicht, um mit ihnen allein eine spezifisch bestimmte, historische Entwicklungsstufe der Gesellschaft zu begreifen, weil sie gerade das ignorieren, was die einzelnen Phasen der Entwicklung scheidet und charakterisiert. Nehmen wir zum Beispiel den Begriff Arbeit, so sind Sklavenarbeit, Fronarbeit, Arbeit freier Handwerker und freier Bauern, Lohnarbeit progressive Stufen in der bisherigen Entwicklung der menschlichen Arbeit, Formen, die ganz bestimmte historische Bedingungen unterstellen und völlig verschiedene gesellschaftliche Verhältnisse ausdrücken. Ueber dem Gemeinsamen darf das Spezifische der Wirtschaftsformen nicht übersehen werden. Und gerade dies Spezifische bildet den Gegenstand der Marxschen Forschung. Er analysiert die kapitalistische Warenproduktion und auch diese nur in der Phase, wo das industrielle Kapital dem Handels- und Wucherkapital die Führung entrissen hat. Daraus ergibt sich ein Doppeltes:

Erstens. Die ökonomischen Kategorien sind Gedankenabbilder der jeweiligen ökonomischen Verhältnisse, auch sie tragen ihre „geschichtliche Spur“. Neben den allgemeinen Begriffen aller Wirtschaft gibt es Kategorien, die nur bestimmten Stufen der Produktionsentwicklung entwachsen und entsprechen; ändern sich die Produktionsverhältnisse, dann ändern sich auch diese spezifischen Begriffe. Allerdings, die Kategorien der kapitalistischen Produktion ermöglichen das Verständnis auch der früheren Wirtschafts- und Gesellschaftsformationen. Die kapitalistische Produktion ist die höchste Entwicklungsstufe einer seit Jahrtausenden bestehenden Produktionsweise — der Warenproduktion. Die Analyse der entwickelteren Produktionsform und die dieser entsprechenden Begriffe ermöglichen das Verständnis der minder entwickelten Formen, aber nicht umgekehrt**. „Wo die Dinge und ihre gegenseitigen Beziehungen nicht als fix, sondern als veränderlich gefasst werden, sind auch ihre Gedankenabbilder, die Begriffe, ebenso der Veränderung und Umbildung unterworfen.“***

Zweitens. Was von den Begriffen, gilt auch von den Gesetzen. Man kann zwar Gesetze aufstellen, die für die Produktion im allgemeinen Geltung haben, für die Konsumtion u. s. w. Auf diesem Wege kommt man zu einigen gemeinplätzlichen, nichtsagenden Redensarten, die jedem geläufig sind, wie, dass die Menschen, um zu leben, arbeiten müssen, dass der Gebrauch von Werkzeugen den Ertrag der Arbeit steigert und dergleichen. Solche Sätze bringen unsere Erkenntnis keinen Schritt vorwärts. Jede Produktionsform hat vielmehr ihre eigenen, ihre eigentümlichen, historisch bedingten Gesetze. Mit der ökonomischen Struktur der Gesellschaft ändern sich auch die sie beherrschenden Gesetze. Der Manufaktur entspricht das eherne Lohngesetz, der grossen Industrie die Marxsche Lohntheorie†. Gerade in unserer Zeit, wo wir aus der industriekapitalistischen in die finanzkapitalistische Phase treten, können wir die Aenderung der für die Epoche des Industriekapitalismus geltenden Gesetze beobachten, am deutlichsten, wie Hilferding zeigt, an dem Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate.

Die dialektische Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse führt aber noch zu anderen Konsequenzen. Der gesellschaftliche Lebensprozess enthüllt sich als Kreislauf, der auf immer höherer Stufenleiter vor sich geht, als Kreislaufprozess, in dem die Menschen je nach ihrer Funktion verschiedene ökonomische Charaktere, die Dinge je nach ihrer Rolle

* Vergl. Marx: „Lohnarbeit und Kapital“, Seite 25.

** Vergl. „Zur Kritik der politischen Oekonomie“, zweite Auflage, Seite XLI f. (Marx: „Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie.“)

*** „Kapital“, III/1, Engels, Seite XVI.

† E. Bernstein: „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus“, I., Seite 11 ff.

verschiedene Formbestimmtheiten annehmen. Die ökonomischen Formbestimmungen ergeben sich nicht aus irgendwelchen verborgenen, stofflichen Qualitäten, aus Natureigenschaften der Dinge, sondern aus ihrer wechselnden Funktion im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess. Damit ist der Fetischismus der bürgerlichen Oekonomie aufgelöst, die historische Form von der Naturalform unterschieden. Die Dinge sind Träger der wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen, sie bringen ökonomische Verhältnisse, also menschliche Verhältnisse, zum Ausdruck; aber dem bürgerlichen Oekonomen, der nicht Prozesse, sondern Dinge und statt der Gesellschaft nur Individuen sieht, erscheinen die ökonomischen Beziehungen der Menschen als Eigenschaften der Dinge, als Ding selbst und als Verhältnis der Dinge zueinander. Dass die Waren das Produkt abstrakt menschlicher Arbeit, der Wertcharakter der Waren, erscheint ihm als natürliche Qualität jeder Sache; dass die Waren als Wert qualitativ gleich, erscheint ihm als Ding selbst — als Geld; dass Menschen ihre privaten Arbeiten miteinander austauschen, erscheint ihm als Austausch von Waren, die er als blosse Dinge auffasst, der Warenaustausch also als ein Verhältnis von Dingen. Auf der einen Seite objektiviert, verdinglicht der Fetischist die ökonomischen, gesellschaftlichen Verhältnisse, Verhältnisse der Menschen, umgekehrt personifiziert, subjektiviert er die Dinge. Wie die Erde als „Madame la Terre“ die Rente produziert, so das Kapital als „Monsieur le Capital“ den Profit. Den Gipfel aber erklimmt die Mystifikation im zinstragenden Kapital: Geld, das mehr Geld heckt, automatisch, ohne jede Beziehung zur Reproduktion.

Der Irrtum des Fetischisten besteht nun nicht darin, dass ihm die Dinge in dieser mystifizierenden Weise erscheinen. Dieser Schein besteht wirklich, tatsächlich und Marx selbst zeigt, warum die Verhältnisse in dieser mystifizierten Gestalt dem Beschauer notwendigerweise erscheinen müssen; denn „selbst die wissenschaftliche Analyse der inneren Zusammenhänge kann den äusseren Schein nicht brechen“. Es ist damit genau so wie bei den sogenannten irrationellen Formen: Wert der Arbeit, Preis des Geldes, Wert des Bodens. „Die Vermittlungen der irrationellen Formen, worin bestimmte ökonomische Verhältnisse erscheinen und sich praktisch zusammenfassen, gehen die praktischen Träger dieser Verhältnisse in ihrem Handel und Wandel nichts an; da sie gewohnt sind, sich darin zu bewegen, findet ihr Verstand nicht im geringsten Anstoss daran. Ein vollkommener Widerspruch hat durchaus nichts Widerspruchsvolles für sie. In den dem inneren Zusammenhang entfremdeten und für sich, isoliert, genommen abgeschmackten Erscheinungsformen fühlen sie sich ebenso zu Haus wie der Fisch im Wasser.“*

Der Fehler der Fetischisten liegt vielmehr darin, dass sie den wirklich bestehenden, mystifizierenden Schein, der aber doch nur Schein ist, als Wahrheit nehmen. Marx zeigt nicht nur, wie die verschiedenen vulgären Ausdrücke, die den Fetischismus charakterisieren, entstehen, er deckt auch ihren wahren Inhalt auf, den inneren Zusammenhang, der sich hinter solchen Formen und Formeln verbirgt. Ein glänzendes Beispiel in dieser Hinsicht bildet der Fall, wo Marx den wahren Inhalt des vulgären Lehrsatzes „Senkung des Profits per Stück ergibt Steigerung des Gesamtprofits durch grösseren Absatz“ enthüllt**.

Im Kreislaufprozess der Wirtschaft sind die Menschen in ständiger Bewegung, die Dinge in ständigem Rollen. Da sind Definitionen, unter denen die Menschen oder Dinge subsumiert werden, nicht möglich, denn Bewegungen lassen sich verfolgen, aber nicht definieren. So zählt der bürgerliche Oekonom eine Reihe von Dingen auf, die ein für allemal unter den Begriff des fixen Kapitals fallen: Fabriksgebäude, Maschinen, Werkzeuge und dergleichen. Die Marxschen Kategorien aber drücken Funktionen aus, funktionelle Beziehungen. Ein und dasselbe Ding, vorausgesetzt, dass es überhaupt unter den Begriff des Kapitals fällt, ist einmal fixes, ein andermal zirkulierendes Kapital, je nach der Funktion, die es erfüllt. Arbeitsmittel sind fixes Kapital, nicht weil sie aus Eisen, Stein oder überhaupt aus dauerhaftem Material sind, sondern weil sie ihren Wert in bestimmter Weise, nämlich stückweise auf das Produkt übertragen. Roh- und Hilfsstoffe sind dem bürgerlichen Oekonomen immer zirkulierendes Kapital; nach Marx nur dann,

* „Kapital“, III/2, Seite 312.

** Vergl. „Kapital“, III/1, 206, 211/212.

wenn ihr ganzer Wert auf einmal in das Produkt übergeht. Darum ist der Hilfsstoff Dünger fixes Kapital*.

Die Betrachtung der Dinge in ihrer Bewegung hindert aber nicht, dass die Marxschen Begriffe ihre bestimmte, präzise Bedeutung haben. Im Gegenteil, kein Oekonom hat den Begriffen einen so klaren, fest umschriebenen Inhalt gegeben, wie gerade Marx. Darauf muss besonders der Anfänger achten. Denn vielfach werden Begriffe, die Marx auseinanderhält, zusammengeworfen, Gebrauchswert mit Wert, Wert mit Tauschwert, Preis mit Wert, Mehrwert mit Profit verwechselt, und noch öfter wird dem Marxschen Begriff der vulgäre Sinn beigelegt, das heisst jene Bedeutung, die dem gleichen Wort im Volksmund zukommt.

* * *

Auf die Arbeit der Forschung folgt die geistige Reproduktion der Forschungsergebnisse. Wer das „Kapital“ verstehen will, muss neben Marx' Untersuchungsmethode auch die Methode seiner Darstellung kennen. Für die Kritiker des „Kapital“ ist die Marxsche Darstellungsmethode eine Quelle steter Missverständnisse: das „Kapital“ sei eine blosser Deduktion; Marx gehe von einer rein willkürlichen Hypothese, der Werttheorie, aus, um dann allerdings in unanfechtbarer, streng logischer Weise seine Sätze aus dieser Hypothese abzuleiten. Gewöhnlich wird diese Ansicht so ausgedrückt, dass, einmal die Werttheorie als richtig zugegeben, alle Marxschen Sätze als richtig anerkannt werden müssten. Schon die Tatsache, dass die als Hypothese hingestellte Werttheorie Marx instand setzt, die den Kapitalismus tatsächlich beherrschenden Grundentwicklungstendenzen theoretisch als notwendig nachzuweisen, müsste der Kritik zu denken geben. Eine Hypothese, deren logische Konsequenzen durch die faktische Entwicklung, durch die Tatsachen selbst in dem Masse erhärtet sind, kann nicht beliebig erdacht, sie kann nur Resultat einer tiefgehenden Analyse sein.

Marx zeigt uns selbst die Wurzel dieses Missverständnisses. Forscher und Darsteller haben verschiedene Aufgaben. Der Forscher muss sich mit den ökonomischen Tatsachen bekanntmachen, ihre verschiedenen Entwicklungsmomente untersuchen, das innere Band aufspüren, das sie verknüpft, kurz der Forscher dringt vom Konkreten zum Abstrakten. Ganz anders ist die Aufgabe der Darstellung. Sie hat nicht zu schildern, wie der Forscher zu seinen Resultaten, zu den abstrakten Bestimmungen gekommen ist, umgekehrt, sie hat aus dem Abstrakten das Konkrete zu entwickeln, denn „die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, ist die Art für das Denken, sich das Konkrete anzueignen, es als ein Konkretes geistig zu reproduzieren. Keineswegs aber ist es der Entstehungsprozess des Konkreten selbst.

..... Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet“** mittelst abstrakter Begriffe.

Diese Methode der Darstellung, die in der Tat die einzig wissenschaftliche ist, hat die klassische Oekonomie, wie Marx ausführt, schliesslich selbst entwickelt und angewandt. Die ersten Klassiker gingen bei der Darstellung von konkreten Erscheinungen der Wirtschaft aus, drangen zu immer abstrakteren Bestimmungen vor, um von hier aus wieder zum Konkreten aufzusteigen. Denn nimmt man ein Konkretes, zum Beispiel die Bevölkerung, zum Ausgangspunkt der Darstellung, dann kommt man zu den Klassen, aus der die Bevölkerung sich zusammensetzt, von den Klassen zu Lohn, Profit, Rente, weil dies die Elemente sind, auf denen die Klassen beruhen u. s. w. Jetzt erst kann der Begriff der Klassen, weitergehend der Bevölkerung erfasst werden, das heisst, man muss denselben Weg wieder zurückgehen. Die späteren Klassiker fühlten das Schwerfällige dieser Form. Schon Smith zeigt eine Besserung, bei Ricardo aber kommt die neue Methodik bewusst zum Durchbruch. Die Werttheorie als Quintessenz seiner Forschung stellt er an die Spitze seines Werkes. Sie ist der Endpunkt seiner Untersuchung, der Ausgangspunkt seiner Darstellung. Nur macht Ricardo einen anderen Fehler. „Von

* Vergl. „Kapital“, II, 196/197.

** Marx, „Zur Kritik der politischen Oekonomie“, 2. Auflage, Seite XXXVI f.

der Bestimmung der Wertgrößen der Waren durch die Arbeitszeit ausgehend, untersucht er, ob die übrigen ökonomischen Verhältnisse, Kategorien, dieser Bestimmung des Wertes widersprechen oder wie weit sie dieselbe modifizieren. Er überspringt notwendige Mittelglieder und sucht in unmittelbarer Weise die Kongruenz der ökonomischen Kategorien nachzuweisen.“* Diese Methode führt sachlich zu vielen irrigen Resultaten, formell aber gibt sie seinem Werk einen ganz verfehlten Aufbau. Gleich im zweiten Kapitel „über die Grundrente“ stellt er die Frage: Widerspricht das Grundeigentum und die Grundrente der Bestimmung der Warenwerte durch die Arbeitszeit? Um diese Frage zu beantworten, muss er aber mit Begriffen operieren, die er in ihrer Bedeutung noch gar nicht entwickelt hat, die also streng genommen dem Leser noch gar nicht bekannt sind. „Das ganze Ricardosche Werk ist schon in seinen ersten zwei Kapiteln enthalten. In diesen werden die entwickelten bürgerlichen Produktionsprozesse, also auch die entwickelten Kategorien der politischen Oekonomie konfrontiert mit ihrem Prinzip, der Wertbestimmung, und zur Rechenschaft gezogen, wie weit sie ihm direkt entsprechen oder wie es sich mit den scheinbaren Abweichungen verhält, die sie in das Wertverhältnis der Waren hereinbringen.“ „In den späteren Kapiteln werden nur hier und da, soweit sie theoretisch Neues bringen, Lücken ausgefüllt, nähere Bestimmungen nachgeholt, die meist von Rechts wegen schon im ersten und zweiten ihren Platz finden mussten.“** So Marx über den Aufbau des Ricardoschen Werkes. Marx hat Ricardos Methode der Darstellung übernommen, aber ohne ihren Fehler. Von den abstraktesten Bestimmungen, den einfachsten Kategorien als Ergebnis seiner Analyse der kapitalistischen Produktion ausgehend, entwickelt er genetisch die konkreten, komplizierten Verhältnisse, Kategorien der kapitalistischen Wirtschaft***. Dadurch werden die Fehler der Ricardoschen Verfahrensart vermieden. Das ganze Werk ist aus einem Guss, in dem jeder Satz von den vorausgehenden Sätzen getragen wird und zugleich die Grundlage bildet für das Verständnis aller nachfolgenden Sätze. Eine Kritik, die einzelne Stellen aus dem „Kapital“ herausreisst, um Marx zu widerlegen, zeigt, dass sie Marx überhaupt noch nicht begriffen hat. In dieser Art kann man Eklektiker kritisieren, die Kapitel auf Kapitel in losem Zusammenhang vorbeidelfieren lassen, dem Marxschen System aber kann eine solche Kritik nichts anhaben.

Es gibt kein Gebiet der Gesellschaftswissenschaft, für das die Worte, die der junge Engels 1844 geschrieben, mehr gelten, als für die Wissenschaft der Oekonomie: „Alle Sozialphilosophie, solange sie noch ein paar Sätze als ihre Endresultate aufstellt, solange sie noch Morrisonsspillen eingibt, ist noch sehr unvollkommen; es sind nicht die nackten Resultate, die wir so sehr bedürfen, als vielmehr das Studium; die Resultate sind nichts ohne die Entwicklung, die zu ihnen geführt hat, . . . und die Resultate sind schlimmer als nutzlos, wenn sie für sich fixiert, wenn sie nicht wieder zu Prämissen für die fernere Entwicklung gemacht werden. Aber die Resultate müssen auch temporär eine bestimmte Gestalt annehmen, müssen durch die Entwicklung aus der vagen Unbestimmtheit zu klaren Gedanken sich gestalten†“, soll anders die ihnen entsprechende Phase der Entwicklung begriffen werden.

Die Marxschen Resultate können nicht verstanden werden ohne Marx' Methode. Und noch mehr: die Marxschen Resultate können fallen und sie werden fallen, bis die Entwicklung uns einer neuen, höheren Stufe der Produktion zugeführt. Aber seine Methode ist die Waffe, die unserem Geist auch im Chaos der gewandelten Wirtschaft Bahn bricht. Darum ist, wissenschaftlich gemessen, Marx' Methode seine grösste Geistesstat.

* „Theorien über den Mehrwert“, II/1, Seite 2 f.

** „Theorien über den Mehrwert“, II/1, Seite 7 f.

*** „Die Analyse ist die notwendige Voraussetzung der genetischen Darstellung, des Begreifens des wirklichen Gestaltungsprozesses in seinen verschiedenen Phasen.“ „Theorien über den Mehrwert“, III, Seite 572.

† „Nachlass von Marx, Engels und Lassalle“, herausgegeben von Mehring, I, Seite 477.

Josef Luitpold Stern: Die Stimme der Demokratie

„Die Stimme des einzelnen ist verklungen. Dafür lassen wir diese Stimme ergehen. Die Stimme von Tausenden, zu einer verschmolzen. Dies ist die Stimme einer neuen Demokratie“ ruft Horace Traubel in einem seiner kommunistischen Gesänge. Ueber den Türen der Wahllokale sollte dieser Spruch in grossen Lettern geschrieben stehen. Das unvergleichliche Ereignis einer allgemeinen, ein ganzes Reich umfassenden Wahl käme so manchem tiefer ins Bewusstsein. Wenige besitzen die Gabe, das Leben zu schauen. Lesen können alle. Wenn schon die meisten das junge Pulsen der Demokratie noch kaum merken, vielleicht führt sie ein Wort der Sache näher. Hier winkt den Dichtern ein neues Feld, wenn sie den Sinn der Zeit erfassen, wenn sie aussprechen können, wonach unsere Sehnsucht geht, wenn sie Erzieher zur Demokratie sein wollen.

Du gehst nächtens durch das Schweigen der Grossstadt. Droben in hoher Stille kreisen die Sterne. Drunten in dumpfen Kammern schläft alles — dem neuen Werktag entgegen. Da dreht sich ein Schlüssel, da knarrt ein Tor. Ein paar Männer treten ins Freie, grüssen einander kurz und eilen fort. Ein Augenblick, du kannst ihn wieder vergessen, wenn du ihn nicht zu deuten weisst. Aber wer tiefer schaut, vergisst nichts davon. Arbeiter waren es. Wahllisten legen sie Nacht um Nacht an, prüfen, reklamieren, legen Pläne fest, verschicken Aufrufe, suchen jedem einzelnen im Umkreis die Stimme der Demokratie ans Ohr zu bringen. Und alles in Stunden der knappen Musse. Wenn die Nacht tiefer in die Stunden schreitet, legen sie Papier und Feder fort, hören auf zu beraten und vorzubereiten und eilen heim zu kurzem Schlaf, der ihnen Sieg und Freude in die Träume zaubert, arbeiten, erwacht, mit Hobel und Feile und sammeln sich wieder, wann die Sonne sinkt. Wahlarbeit. Der Dichter von gestern wird nichts Grosses aus dem Worte herausspüren. Aber ahnt nicht der Dichter von heute, dass auch hier, dass gerade hier mächtige Stimmungen ihres Ausdruckes harren?

Freilich, besieht man das Schaffen unserer Dichter, so muss man leise lächeln. Julius Cäsar benutzte die Mussestunden einer Alpenreise um eine — grammatische Schrift de analogia anzufertigen. Die Grösse der Alpenwelt war dem klassischen Altertum fremd. Es fehlte dafür, wie Riehl so treffend bemerkt, das landschaftliche Auge. Unseren Dichtern ergeht es viel übler noch. Die Alpen sind erkannt in all ihrer dämonischen Kraft. Aber eine andere dämonische Kraft ist ins Leben getreten, alle Stunden des Tages dröhnen unter der Wucht ihres Trittes. Das Proletariat schreitet durch die Welt mit der Gebärde des riesenhaften Säemannes, bereit und entschlossen, zu roden und zu pflanzen. Mitten drin in neuformender Zeit klopfen uns Schläfe und Herz. Aber was die Seele der Masse aufwühlt, fühlen erst wenige Dichter. Die meisten gleichen dem köstlichen Cäsar. Rings brausende Bewegung, rings gigantisches Streben — und sie hocken und bosseln Kleinlichkeit. Was ihnen fehlt, ist das gesellschaftliche Auge.

Da setzt der Wahlkampf ein. Da springen neue Rubriken in die Spalten der Zeitungen. Da rufen einen an allen Ecken Plakate und Kandidatennamen. Da fliegen Zetteln in die Stube. Da klingen die Strassen, da demonstrieren Massen. Säle füllen sich, Redner treten von Tribüne zu Tribüne, gegnerische Geister prallen aneinander, gesammelter Zorn braust auf, verhaltene Leidenschaft reckt sich frei, der Wille der Nation tritt in Sicht. Man hört Argumente, man sieht jählings die Triebkräfte der Parteien, ihre Intelligenz, ihre Art, ihren Zieldrang. Man muss sich um sein eigenes Recht kümmern. Man fühlt die Bedeutung des einzelnen im Stimmenchor der Gesamtheit. Dann rückt der grosse Tag näher. Dramatische Spannung erfüllt den Alltag. Der Vormittag ist da mit dem Schwanken, mit dem Atembenehmenden der einzelnen Wahlstunden. Die Mienen der Wähler, das Fallen der gefalteten Wahlzettel, erregte Zwischenfälle, die Arbeit der Strichler. Nun die bangen Minuten vor der Verkündigung. Jetzt Stille. Das Resultat wird bekannt. Telegramme jagen einander. Endlich das allgemeine Klarwerden des Gesamtbildes, die Freuden und Enttäuschungen des Ergebnisses.

Lasst so nur einige Wahlen das Reich durchbranden und mit einem Male werden die Dichter die seelischen Werte erkennen, die jeder moderne Wahlkampf auslöst. Was Dickens, was Keller künstlerisch prägten, kann hier nicht vorbildlich sein. Sie hatten

kleinliche Verhältnisse vor sich. Sie sahen nicht Tage einer alles ergreifenden Demokratisierung. Heute ist nicht mehr Ironie und Satire am Platze. Der Wahlkampf der Gegenwart entfesselt einen Energiestrom geistiger Kräfte; es ist keiner, der nicht die Stosskraft verspürt. Und wie es doch die wirtschaftliche Entwicklung war, die das landschaftliche Auge umformte, so wird sie es sein, die auch das gesellschaftlichen Auge mit verjüngter Blickschärfe und Sehkraft begnadet wird. Wie die Eisenbahnen auf das landschaftliche Auge bestimmend einwirken, so kommen durch die Arbeiterbewegung in das gesellschaftliche Auge neue Bilder und Vorstellungsreihen.

Schon heute lassen sich die Anfänge einer neuen Wahlpoesie feststellen. Man lese nur, wie Alfons Paquet* die Bewegungen eines amerikanischen Volkskonventes zu fassen sucht. Hier die Schlusszeilen, die es ahnen lassen, dass auch unsere Zeit ihren Homer verdienen würde :

Die Halle wird leer; es füllen sich die frühen Strassen.

In zwei langen Reihen warteten draussen die Trambahnwagen die ganze Nacht hindurch; nun läuten sie hell und fahren nacheinander rasch die Strassen hinauf und hinunter. Zeitungsruf kommen gerannt, starke Stimmen, in den Händen die neuen Blätter mit den Reden dieser Sitzung des Konvents. Schwarz, fünf Zoll hoch, stehen die Namen der Redner auf der ersten Seite.

Der Strudel dieser Nacht, der Nachhall der gemünzten Worte und des Stimmenaufbruchs hebt und senkt sich durch die grosse aufwachende Stadt und durch das grüne Land nach allen Richtungen.

Freunde zu werben und zu sammeln
und dem Gegner den Beginn des öffentlichen Kampfes anzusetzen.

Das Bild einer deutschen Wahlversammlung weiss Otto Krille festzuhalten :

Das ist die Menge, Kopf an Kopf gedrängt!
Schwarz füllt sie Saal und niedrige Tribünen,
ihr Murmeln wird zum brausenden Orkan.
Und wie im Aehrenfeld die Halme wogen,
so geht ein Auf und Nieder durch die Masse.
Ist das ein Leib? Ein einzig grollend Meer?
Wohl tausend Hände, tausend heisse Köpfe
und tausend warme, glühnde Menschenherzen
mit eignem Leib und eignem Freudenquell!
Da ist ein Greis, den Todesnähe küsst,
und da ein Mann mit reifer Kraft und Glut.
Ein Jüngling frisch, mit flaumig-weicher Lippe,
im Blick Begeisterung und jugendfrohen Glanz.
Dort sitzt ein alternd Weib und dort ein Mädchen,
und doch ist's nur ein Schrei und nur ein Lachen,
das oftmals in der Rede Fluss sich drängt;
das ist ein einz'ger Wunsch und eine Hoffnung
nach Rettung aus verstaubter Lebensöde,
ein Funke nur springt jetzt von Herz zu Herz,
und wie der Redner lauten Wortes endet,
da braust ein Sturm durch den erhitzten Saal;
wie Meeresbrandung hallt ein Donnerruf!
Zukünft'ge Tage ziehen ihre Kreise.

Eine tiefe Dichtung voll packender Grösse verdanken wir Richard Dehmel. Er dichtete nach einer wahren Begebenheit die folgende Ballade:

Ein Märtyrer.

Jetzt sollt ihr hören ein rauhes Lied,
Von Frieden und Erbarmen leer!
Der Winternachtsturm schreit im Ried
Und peitscht das Schilf wie Heu umher;
Vor seinem Schnauben erstarrt das Moor,
Zerknicken die Binsen, zerbricht das Rohr.

Ein Häuschen umheult er am Heiderand
Und schüttelt die Pfosten der rissigen Wand
Und reisst an den Haspen und Sparren,
Dass sie kreischen vor Frost und knarren,
Und drinnen am Ofen die Kinder erschauern
Und dichter zum Schosse der Mutter kauern.

* Aus Alfons Paquet: „Auf Erden. Ein Zeit- und Reisebuch in fünf Passionen.“ Verlegt bei Eugen Diederichs, Jena 1908.

Die streckt, von Aengsten dumpf gerührt,
Zum Vater, der finster mit hastiger Faust
Flugschriften zu Stößen und Ballen schnürt,
Die bittenden, zitternden Hände:
„Ach, Mann, geh' nicht durchs Moor! mir graust.“
Doch er, aus dem Ballen ein Blatt gezaust,
Weist ihr die Worte am Ende:

Mensch presste den Menschen in Schmach und Acht,
Weil jeder nur immer sich selber bedacht.
So habt ihr euch selber zu Knechten gemacht.
Drum schart euch, ihr Schwachen, zusammen!
Stützt Rücken an Rücken zum rettenden Heer,
So schwellen die Wellen zum donnernden Meer,
Die Fünkchen zu sausenden Flammen.

Die Backen zucken ihm und er spricht:
„Drum bettle nicht! Drum quäl' mich nicht!
Ich hab's den Genossen geschworen.
Der Wahlruf muss heut noch hinüber ins Dorf,
Sonst geht der Sieg uns verloren.“

„Geh nicht, geh nicht! Was schieert der Sieg
Dein Weib und die jammernden Kleinen!
Geh nicht, geh nicht! Die zweite Nacht
Erst steht das Eis; o Gott, es kracht,
Es bricht! O sieh mich weinen!
Es schreit zum Himmel! Dein Leben ist mein!“

Da braust er auf vor Zorn und Pein:
„Schrei lieber zu Teufel und Hölle!“
Und hebt mit grimmiger Wucht die Last
Und fragt, schon tritt er die Schwelle:

„Hat 's etwa dein Herrgott zu Dank dir gemacht,
Dass ich tagtäglich in den Schacht

Eine Wahlballade veröffentlichte auch Franz Diederich in der Berliner Volks-Tribüne. Sie hiess Feld der Ehre und schilderte, wie ein alter kranker Arbeiter sich aufrafft, um zur Urne zu eilen:

Er schiebt sich durch der Menschenreihe
Vieltausendstimmiges Gebrause —
Die Augen flirren ihm. — „Nach Hause!“ —
Er wankt erschöpft zur Tür herein,
Sinkt auf das Bett, die Finger klammern
Sich krampfhaft um des Lagers Saum,
In seinen Schläfen tobt ein Hammern —
ein wimmernd Stöhnen weckt den Raum.

Es tickt die Uhr, das Pendel fliegt,
Da stürmt's herauf der Treppen Stufen,
Die Tür springt auf und Stimmen rufen:
„Triumph! Triumph! Sie sind besiegt!“
Licht flammt durchs Zimmer um den Alten,
Der kraftlos auf dem Kissen liegt,
Er starrt empor, die Hände falten
Wie betend sieh! „Und wir gesiegt?“

Ins Typisch-Allgemeine steigert die ganze Stimmungswucht der Wahlzeit Alfons Petzold in seinem letzten, den österreichischen Genossen gewidmeten Gedicht, das ich hier zum erstenmal veröffentlichen darf:

Die Vielen.

Vielen erklang ein eisernes Wort im Gehirn.
Es schoss aus der Zeit, es sprang in die Menschen
hinein.
Die stehen Arm an Arm gepresst, Stirne an Stirn
Und fühlen: die Kraft der Tat kann nur in der
Vielheit sein.

Meine Knochen für 'n Hungerlohn trage!
Und sollte mein Leben nicht eine Nacht
Für Glück und Gerechtigkeit wagen?

Lebwohl!“ — Ins Schloss die Klinke knallt.
Die Windsbraut stöhnt und ächzt im Schlot.
Am flachen Horizonte droht
Des Mondes Stirne blank und kalt.
Der Bergmann glüht, er trieft von Schweiss.
Der Mond legt über's dunkle Eis
Eine bleiche Strasse.

Der Bergmann glüht, der Bergmann keucht.
Doch bald: dann hat er das Ufer erreicht,
Schon schimmern — da knitter's, da biegt es
sich sacht,
Ein Hilfestammel. Da knirscht es und kracht
Und schollert's; ein Aufschrei verbrodelt im Moor;
Schrill winselt's im Schilf, hohl röchelt's im Rohr.
Hui! zischt es und pfeift's in den Binsen.

O rauher, o rauher, mein rauhes Lied!
Kein Witwengewimmer! Kein Waisengestöhn!
Nach Opfern schreit der Sturm im Ried.
Doch bald: dann kommt der Frühlingsföhn,
Dann schießt in Halme die junge Saat,
Der Tag der Auferstehung naht.

Dann schmilzt im Sturm das morsche Eis,
Dann wühlt er die Opfer empor vom Grund,
Die Helden alle, die niemand weiss;
Und jedes Toten vermoderter Mund
Wird klaffend nach Rache blecken
Und tausend Lebendige wecken.

„Ja, wir! doch war's ein hartes Stück!
Sie wehrten sich mit starrem Grimme,
Bis dann zuletzt durch eine Stimme
Der feste Sieg liess uns sein Glück.“
Da reckt sich mit Gewalt im Kissen
Der Greis empor: „Durch eine, was?“
Die Augen blitzen aufgerissen,
Und Rot schießt in der Wangen Blass.

Hoch führt die Hand, wild schwenkt er sie,
Im Raum zwei Rufe widerhallen:
„Sieg! Sieg!“ Er sinkt zurück: in Lallen
Stirbt jäh des Jubels Melodie —
Die Sense klang — — „Bringt Sarg und Tragen!
Hut ab, ihr Männer! Tretet her!
Ein Heldenherz hat ausgeschlagen
Im Kampf auf schönstem Feld der Ehr!“

Das Wort umspannt sie, formt sie zu einem
Leib —
Tausende Fäuste wachsen in eine Faust.
Vieler schwächerer Tage armseliger Zeitvertreib
Wird zum starken Appell, dessen Hall die Erde
durchbraust.

„Bruder, du auch?“ Hand fasst freudige Hand.
 Blick glänzt in Blick zu froher, seliger Sicht.
 Aus dem Staube der dunklen Stunde ins harrende
 Land
 Hebt sich die Einheit der Vielen, hebt sich das
 neue Licht.

Das sind Anfänge, frohe Anfänge. Wir haben nichts zu tun, als weiterzuarbeiten an unserer Sache, weiterzudringen in unserer Kulturarbeit, ihr weitere Opfer zu bringen, und damit weitere Siege. Die Dichter werden uns schon folgen. Weil das Herz der Arbeiterschaft so ganz offen steht der Weltschönheit und der Grösse dieses Lebens, so kann es nicht ausbleiben, dass sich auch die Herzen der Künstler allmählich der Arbeiterschaft immer weiter und inniger öffnen!

Bücherschau

Christentum und Sozialismus

Unter diesem Titel hat Dr. Ludo Hartmann einen Vortrag veröffentlicht, den er im Wintersemester 1910/11 im Sozialwissenschaftlichen akademischen Verein an der Czernowitzer Universität gehalten hat. Der interessante Vortrag (Preis 50 h) verdient in der Tat, einem weiteren Publikum zugänglich gemacht zu werden, und insbesondere in den Kreisen der Parteigenossen werden die bei aller Knappheit doch so klaren Ausführungen des Vortrages lebhaftem Interesse und Verständnis begegnen. Hartmann will in seinem Vortrag nicht auf den Inhalt der beiden grossen Kulturbewegungen der modernen Menschheit: Christentum und Sozialismus, eingehen. Mit Recht hebt er hervor, dass es ein grosser Irrtum ist, von einer Gleichheit der Lehren des Christentums mit jenen des modernen Sozialismus zu sprechen. Man übersieht dabei zumeist, wie anders doch die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber jenen vor fast zweitausend Jahren sind und man verkennt auch den Charakter des urchristlichen Kommunismus, der noch durch und durch blosser Konsumtionskommunismus war. Wenn aber die Vergleichung der Kulturinhalte von Christentum und Sozialismus nur wenig Gemeinsames, für unsere Zeit Fortwirkendes zeigt, so ist doch noch ein anderer Standpunkt möglich, der soziologische, welcher bloss die gesellschaftlichen Formen betrachtet, in denen beide Bewegungen auftreten. Diesen Standpunkt will Hartmann in seinem Vortrag einnehmen und von ihm aus die Organisationsform des Christentums und des modernen Sozialismus vergleichen. Welche Fülle oft überraschender Zusammenstimmungen sich unter diesem Gesichtspunkt ergeben, muss man in dem Vortrag selbst nachlesen. Insbesondere was Hartmann über das Verhältnis sowohl des Christentums als des Sozialismus zum gleichzeitigen Staat ausführt und über die parallel gehende Wandlung dieses Verhältnisses mit der Erstarkung beider Bewegungen, ist voll treffender Bemerkungen. Es lässt sowohl den so erstaunlichen Sieg des Christentums in der alten Welt begreiflich, wie den Triumph des Sozialismus schon in der heutigen Gesellschaft vorbereitet finden. Natürlich schliesst der Zweck und knappe Rahmen dieses Vortrages eine eingehendere Darstellung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen

Grundlagen des Christentums aus. Wer sich darüber mehr informieren will, wird gerne zu desselben Verfassers Büchlein: „Der Untergang der antiken Welt“ greifen, das bei billigem Preis (K 1.50) und geschmackvoller Ausstattung dieses Thema in gründlicher und dabei überaus anregender Weise behandelt. Beide angezeigten Schriften werden den Parteigenossen in dem Streben nach einem historischen Verständnis des Sozialismus sehr förderlich sein und seien daher ihrer Aufmerksamkeit wohl empfohlen.

Max Adler.

Volksbildung

Wiener Volksbildungswesen. Von Josef Luitpold Stern. (Eugen Diederichs in Jena 1910.) In diesem Buch stellt Genosse Stern die Wirksamkeit der bedeutendsten Wiener volksbildnerischen Institutionen dar: des Volksbildungsvereines, der Zentralbibliothek, der volkstümlichen Universitätskurse, des Volksheims, der Freien Volksbühne. Warum er diese Institutionen herausgreift, spricht er im Vorwort aus: „Nicht das Nebeneinanderwirken volkstümlicher Bildungsanstalten hat Bedeutung, sondern ihr Ineinanderwirken. Manche Wiener Einrichtung, die an sich wertvoll ist, blieb darum in der vorliegenden Studie unerwähnt. Was gegeben werden soll, ist das Bild einer Stadt, in der allen Bewohnern planmässig Wege zur Bildung bereitet werden.“ Mit dieser Umschreibung schliesst Genosse Stern die Bildungsarbeit, die von der Sozialdemokratie geleistet wird, von der Besprechung aus. Diese wendet sich nicht an „alle Bewohner einer Stadt“, sondern nur an die Parteiangehörigen, um ihnen politische Bildung zu vermitteln. Sie kann und soll dieses politischen Charakters wegen mit den neutralen Institutionen nicht kooperieren, es sei denn, man fasst als Kooperation, dass unsere Bildungsarbeit sich im grossen und ganzen auf die Erziehung zum Parteigenossen beschränkt und in Rücksicht auf die allgemeine Bildung die Mitglieder auf die Tätigkeit der neutralen Institutionen verweist.

Stern weiss die Tätigkeit der vorgenannten Institutionen fesselnd darzustellen. Manche Anregung, viele Belehrung kann man aus den Seiten seines Buches herauslesen. Aber er bleibt dennoch im Stoff stecken, bevor dieser erschöpft

ist. Er beschränkt sich darauf, die Erscheinung „Wiener Volksbildungswesen“ zu beschreiben. Bedeutsamer und interessanter — wenigstens für die Sozialisten — sind die Gründe der Erscheinung.

Im „Kampf“ vom März dieses Jahres sagt Stern gegen Verus' Satz, „die Arbeiterschaft Wiens wäre ohne den Volksbildungsverein nie und nimmer das geworden, was sie heute ist“: „Weiss Verus, dass man diesen Satz, wenn er einem Spass macht, umkehren kann?“ Und in seiner Notiz „Zehn Jahre Volksheim“ (am gleichen Orte) heisst es: „Ueber die Anfänge demokratischer Bildungsmittel wird die kapitalistische Gesellschaft nie hinauskommen. Die vollkommene Bildung des Geistes ist nicht möglich, wenn die Menschen in Ueberarbeit und Sorgen, in Hunger und in lichtlosen Zellen ihre Körper zermürben. Aus der Andeutung wird sich erst dann die Erfüllung heben, wenn aus der kapitalistischen Wirtschaft eine sozialistische wird.“

Diese beiden Gedanken, die Stern selbst an anderer Stelle ausspricht, hätten in einem Buch über Wiener Volksbildungswesen Erörterung finden müssen. Dass dies nicht geschah, ist sein Mangel — der teure Kaufpreis für eine leidenschaftslose „Sachlichkeit“. Ernst Lr.

Romane

Marie Claire, Roman von Marguerite Andoux, ins Deutsche übertragen von Olga Wohlbrück, nennt sich ein kürzlich erschienenen Buch, das bei seinem Erscheinen in Frankreich viel von sich reden machte. Der Roman einer Heimarbeiterin, hiess es zuerst und man sah der deutschen Uebersetzung, die nun im Verlag von Bong u. Komp. in Berlin erschienen ist, mit Spannung entgegen. Es ist nun nicht der Roman einer Heimarbeiterin, sondern das Kinder- und Mädchenschicksal einer Frau, die zuerst, nachdem sie Waise geworden, Klosterschülerin war, dann durch die Bosheit der Oberin Hirtin auf einem weltabgeschiedenen Meierhof geworden ist. Erst als ihr ein reicher Pächtersohn, der vorteilhaft von seiner unsympathischen Familie absticht, seine Liebe entgegenbrachte und die ihre gewann, war ihr Schicksal entschieden. Die Familie machte dieser Gefühlsepisode ohne Zartgefühl ein Ende und Marie Claire kehrte ins Kloster zurück, um ihren Schmerz an dem Herzen einer sympathischen Nonne zu bergen, an der sie mit schwärmerischer Liebe hing.

Als diese Nonne irgendwohin verschickt wurde, um die Aussätzigen zu heilen, da verliess auch Marie Claire das Kloster für immer, um nach Paris zu gehen. Ob nun in Paris ihre Laufbahn als Heimarbeiterin begann, verrät uns das Buch nicht, doch dürfte es so sein. Schriftstellerin wurde sie, als ihr der Arzt sagte, dass sie das Nähen aufgeben müsse, wenn sie nicht blind werden wolle. Da schrieb sie ihre Erinnerungen aus den Kinder- und Mädchenjahren, und ein Freund brachte das Manuskript dem berühmten französischen Schriftsteller Oktave Mirbeau, der von dem Werke der Ar-

beiterin so entzückt war, dass er ein Vorwort dazu schrieb und den Verleger besorgte. Mirbeau nennt das Buch „strahlend in Reinheit und Grösse“.

Das Buch verdient gelesen zu werden, wenn es auch nichts mit dem Leben der Arbeiterschaft zu tun hat. Die Schilderungen aus dem Kloster, in dem Marie Claire — dies der Romannamen für Marguerite Andoux — die Kinderjahre zubrachte, sind fesselnd und gewähren einen tiefen Einblick in das Milieu der französischen Klöster, in welchen Kinder erzogen werden. Eine Nonne, die Lieblingsschwester Marie Claires, bringt in ihrer Zelle ein Kind zur Welt. Dies erfährt man, ohne dass auch nur ein deutliches Wort darüber gesprochen wird.

Und immer wieder kehrt der Refrain: Werde nur keine Nonne. So fürchterlich sind die Seelenqualen, die die jungen Geschöpfe, die den Schleier genommen, erdulden. Und diese Oberin! Sie ist der Typus der bösen Nonne. Wie raffiniert geht sie zu Werke, als sie die kleine Marie Claire als Hirtin verdingte. Schafe hüten, Kühe melken und Schweine füttern, sollte sie lernen und nicht vor dem 18. Jahr dürften die Pächtersleute sie von ihrer Herde lassen, niemals dürfen sie sie in die Stadt gehen lassen, so hatte die Oberin vertragsmässig ausbedungen. Aus der Hirtin wurde dennoch eine Schriftstellerin, wie der Roman bezeugt.

pp.

Frauenfrage

Die Anmassungen der Frauenbewegung nennt sich eine im Verlage von C. Marhold in Halle an der Saale erschienene Schrift, in der Karl Erl auf 110 Seiten über alle möglichen Probleme spricht, mit dem Bestreben, die Frauenbewegung in Grund und Boden zu vernichten. Er widmet seine Schrift dem Psychiater und Verfasser des „Physiologischen Schwachsinn des Weibes“ — Möbius. Erl versichert, Möbius erst gelesen zu haben, als die Disposition zu seiner Studie feststand. Da wir Möbius, der den Federkrieg gegen die Frauen mit viel Geist geführt hat, auch gelesen haben, so ist uns bei der Erlschen Schrift keinen Augenblick der Gedanken gekommen, sie für ein Plagiat des „Physiologischen Schwachsinn“ zu halten. Zur Kennzeichnung der Geistesart des Herrn Erl sei nur angeführt, wie er von John Stuart Mill spricht. Er gesteht, diesen Schriftsteller nie gelesen zu haben (wie es überhaupt zu der „Originalität“ des Herrn Erl gehört, mit seiner Unbelesenheit zu prunken), er kennt sie nur aus einem Zitat Ellen Keys. Dennoch nimmt er sich die Unverfrorenheit gelinde gesagt — heraus, den englischen Philosophen und Nationalökonom einen jammervollen Pinsel zu nennen und seine Ansicht über die Frau als kompletten Gehirnv eitstanz zu erklären.

Aber wir wollen nicht voreingenommen sein und feststellen, dass es auf den 110 Seiten noch manchen guten Gedanken gibt, wenn auch keinen, der noch nicht ausgesprochen wurde, wie jeder finden wird, der das Material zur Frauenfrage nur eingermassen kennt.

pp.